

Eva Schäfer (Hrsg.)

Vollendete Wende?

Geschlechterarrangements in Prozessen des sozialen Wandels

Berlin, Mai 2002

Manuskripte 26

Eva Schäfer

Vollendete Wende?

Geschlechterarrangements in Prozessen des sozialen Wandels

ISBN 3- 320-02981-9

Inhalt

Einleitung

Michael Hofmann

Familie Heilmann. Gesellschaftliche Umstrukturierung und familiäre Konfliktpotenziale in Ostdeutschland. Eine Problemskizze

Anne Goedicke und Heike Trappe

Der geschlechtsspezifische Wandel des Arbeitsmarktes in Ost- und Westdeutschland

Michael Hofmann

Bilanz der Transformation

Iris Peinl

Ostfrauen auf der „Zeitengrenze“ (Christa Wolf): Erwerbsarbeit als zunehmend wichtiger sozialer Integrationsmodus

Erika M. Hoerning

Frauen in den Zentren der Macht. Zur sozialen Konstruktion symbolischer Ordnung

Einleitung

„Die Transformation ist tot. Es lebe die Transformation“ – so lautete das Fazit zum Zustand ostdeutscher Gesellschaft und Alltagsrealität 12 Jahre nach der politischen Wende auf einem Tagesworkshops der Rosa-Luxemburg-Stiftung im November 2001. Ist die Wende in Ostdeutschland wirklich vollendet? Was bedeuten die mit der Vereinigung einhergehenden Wandlungsprozesse für die Geschlechterarrangements in Ost- und Westdeutschland? Diese Fragen diskutierten die TeilnehmerInnen des workshops mit 5 ReferentInnen, deren Beiträge hier in überarbeiteter Fassung vorgestellt werden.

Was ist die ostdeutsche Gesellschaft für eine Gesellschaft geworden? Die Bilanzierung von 12 Jahren Transformation gleicht einem Eiertanz – stellt Michael Hofmann (Friedrich-Schiller-Universität Jena) zunächst fest. Neben einem strukturellen Wohlstandsaufstieg, Demokratie- und Freiheitsgewinn steht eine strukturelle Abwärtsmobilität, die in fast jede persönliche Biographie eingreift und letztlich auch das ambivalente Lebensgefühl vieler Ostdeutscher erklärt: Von 1990 bis 1994 erlebte Ostdeutschland eine extrem hohe soziale Mobilität (60 % – Vergleich alte BRD: 30 %) mit dem Effekt, dass sich eine Mehrheit der solchermaßen ‚mobilen‘ Beschäftigten auf einer veränderten sozialen Position wiederfand – und zwar zu 77 % mindestens eine halben Stufe tiefer. (23 % erlebten eine Aufwärtsmobilität). Bereits Mitte der 90er Jahre waren die Chancen für eine soziale Positionsveränderung wieder verschlossen und damit, so Michael Hofmann, der ostdeutsche Transformationsprozess beendet. Im Kern haben sich dabei die alten sozialen Verhältnisse durchgesetzt: Oben blieb oben, Mitte blieb Mitte und unten blieb unten. Neben diesen Milieustudien zeigt die Problemskizze „Familie Heilmann“ die familiären geschlechtsspezifischen Folgeprobleme der gesellschaftlichen Umstrukturierungen in einer idealtypischen Konstruktion einer ostdeutschen Familie.

Es gibt keine „vollendete Wende“, stellt Iris Peinl (Humboldt-Universität Berlin) in ihrem Eingangsstatement fest. Ostdeutsche Frauen und Männer können gar nicht in der „Zielgesellschaft“ Bundesrepublik angekommen sein, weil sich diese selbst in einem grundlegenden Strukturwandel befindet und damit das Ziel erodiert. Ostdeutschland gerät in den Strudel anhaltender ökonomischer, politischer wie kulturell-symbolischer Diskontinuität, Uneindeutigkeit und Unberechenbarkeit, die vor dem ostdeutschen Hintergrund allerdings prekäre Folgen hat – eine Tatsache, die Iris Peinl mit dem oben zitierten Befund „Die Transformation ist tot. Es lebe die Transformation“ quittiert und in ihrem Beitrag eindeutig als geschlechtlich strukturiert analysiert. In ihrer Untersuchung zur Deutschen Bahn erläutert

sie, dass die Umstrukturierungsprozesse durchaus „Gelegenheitsstrukturen“ für weibliche Erwerbsarbeit eröffnen, die allerdings politisch zu gestalten wären. Das heißt aber auch: Die einfache Formel von Frauen als den Verliererinnen der Wende“ ist so nicht aufrecht zu erhalten. Dies bestätigen auch Anne Goedicke und Heike Trappe (Max-Planck-Institut Berlin), die im Vergleich ostdeutschen und westdeutschen Erwerbsverhaltens die anhaltende Erwerbstätigkeit ostdeutscher Frauen als wesentliche Handlungsressource im Transformationsprozess der vereinten Bundesrepublik deuten.

Wie Frauen und Männer den gesellschaftlichen Umbruch verarbeiten, welche Sinnkonstruktionen, Identitäten und Handlungsstrategien sie hierbei auf der Basis verinnerlichter Geschlechtermuster ausprägen, das stellen auf der Tagung Erika M. Hoerning (Max-Planck-Institut Berlin) und Sylka Scholz (Universität Potsdam) dar.¹ Entwertete Biographien können individuell durchaus unterschiedliche Verarbeitungsmuster finden. Zur vorrangigen Bewältigungsstrategie ostdeutscher Männer gehört der Selbstentwurf über eine professionelle Identität, die sie über alle „Wende-Brüche“ hinweg aufrechterhalten.

Die Diskussion auf der Tagung wie auch die hier aufgeführten Beiträge eröffnen weitere Fragen und Problemfelder: Wenn davon auszugehen ist, dass es eine homogene Gruppe „der Frauen“ und „der Männer“ nicht gibt, welche Differenzierungen werden dann im gegenwärtigen Transformationsprozess sichtbar und wo gibt es Schnittpunkte zwischen unterschiedlichen Differenz- und identitätsebenen? Was ist etwa mit den „DDR-eigenen ‚Fremden‘“, den vietnamesischen VertragsarbeiterInnen? Gibt es bei aller Vereinigungsrhetorik und faktischer Angleichungsprozesse nicht zugleich auch eine Tendenz der „Ethnisierung der Ostdeutschen“ – und zwar von beiden Seiten? Welche Geschlechterbilder werden dabei herangezogen? Und nicht zuletzt: Wie kann die Entwicklung in Ostdeutschland als Teil einer sich insgesamt transformierenden westlichen Gesellschaft gesehen werden? Welche Wandlungen aber auch welches Beharrungsvermögen verzeichnen dabei Wertorientierungen und Sinngebungen in Bezug auf das Geschlecht in Ost und West?

¹ Der Beitrag von Sylka Scholtz ist bereits erschienen und deshalb hier nicht aufgenommen. Wir verweisen auf ihre Publikationen: „Das wichtigste, was ich mache, ist der Beruf...“. Die Bedeutung von Erwerbsarbeit für die Konstruktion von Männlichkeit ostdeutscher Männer.“ (gemeinsam mit Manuela Salzwedel) und: „Männlichkeit erforschen.“, beide erschienen in: Männlichkeit. The dark continent? Potsdamer Studien zur Frauen und Geschlechterforschung, H.1/2 2000.

Michael Hofmann

Familie Heilmann

Gesellschaftliche Umstrukturierung und familiäre Konfliktpotenziale in Ostdeutschland. Eine Problemskizze.

Frau Heilmann sitzt am Esstisch im Lichtkreis der Hängelampe. Sie heftet die Lohnbescheinigungen ab, vergleicht Rechnungen, Lieferscheine und Buchungen auf den Kontoauszügen. Sie nimmt die Lesebrille ab, lehnt sich zurück und fixiert einen imaginären Punkt draußen im Dunkel. *"Frankreich"* denkt sie, *"oder doch wieder Urlaub im bayerischen Wald? - Nein"*, kommt da ihr Beschluss, *"erst muss geklärt werden, was nun aus dem Mann wird. Auch wenn's ihm schwerfällt, er muss diese Umschulung machen..."*

Wer ist Frau Heilmann? Auf den ersten Blick wirkt sie wie eine Betriebsmanagerin beim abendlichen Kassensturz, eine außerordentliche Frau mit besonderen Entscheidungsbefugnissen.

Jedoch der Schein trügt. Frau Heilmann ist die typische, ostdeutsche Durchschnitts-Berufstätige, eine qualifizierte Fachkraft aus dem Dienstleistungssektor. Eine ganz normale Ost-Frau.

Und ihr Mann? Herr Heilmann, der derweil auf der Couch liegt und fernsieht, ist der typische ostdeutsche Mann, ein Facharbeiter aus der Industrie.

1. Frauen in der ostdeutschen Wirtschaft

Die hohe Berufstätigenquote für Frauen in der DDR (über 90 %) beruhte vor allem auf dem Einmarsch der Frauen in den Dienstleistungssektor. Von den 3,3 Millionen Beschäftigten im Dienstleistungsbereich der DDR waren fast 70 % Frauen, während von den 2,5 Mio. Industriebeschäftigten 75 % Männer waren. Die größte weibliche Berufsgruppe arbeitete im Bereich Handel und Versorgung, vor allem Verkäuferinnen, (606 000 Frauen = 88 % der gesamten Berufsgruppe), gefolgt von der Berufsgruppe der Sachbearbeiterinnen in Wirtschaft und Verwaltung (423 000 Frauen = 87 % aller

Sachbearbeiter) und den Beschäftigten in der DDR-Pädagogik (323 000 = 80 %). Die größte Berufsgruppe bei den Männer war die der Maschinen- und Apparatebauer (630 000 = 92 %), gefolgt von den Bauarbeitern (430 000 = 93 %) (berechnet nach: "Wirtschaftlich Tätige nach ausgeübter Tätigkeit" der letzten Volks- und Berufszählung der DDR aus dem Jahre 1981).

In den traditionellen Industriebetrieben änderte sich im Laufe der DDR-Jahrzehnte nur wenig, während die Frauen allmählich die unteren und mittleren Ebenen der Verwaltung und Versorgung (Dienstleistungssektor) besetzten.

Die Umstrukturierungen in Ostdeutschland trafen nun besonders die Männerdomänen: die Industrie und die höheren Verwaltungsebenen. Strukturell also waren Frauen besser platziert, auch wenn es starke Verdrängung durch Männer gab.

Jedoch täuscht auch der hohe Prozentanteil von Frauen an der Arbeitslosenquote, weil erstens die Umstrukturierung der Dienstleistungsbereiche zuerst begann und zweitens ABM und andere arbeitspolitische Instrumente vor allem Männer stützen.

2. Gesellschaftliche und familiäre Strukturen

Die Strukturen von Arbeit und Wirtschaft in der "Arbeitsgesellschaft" DDR prägten auch das Alltagsleben der Familien.

So bestand die statistisch häufigste Durchschnittsehe in der DDR zwischen einer Verkäuferin, Sachbearbeiterin, Lehrerin/Erzieherin und einem Metall- oder Bauarbeiter. Dies traf besonders in den Ballungsräumen zu, die Industrie- und Dienstleistungszentren zugleich waren, z.B. Leipzig.

Die folgende Problemskizze ist eine Zusammenfassung der Ergebnisse aus über 100 Interviews im großstädtischen Industriearbeitermilieu Leipzigs.¹ In der idealtypischen

¹ Diese Interviews wurden innerhalb des Forschungsprojektes A1 "Veränderungen der Arbeitsteilung von Personen: Zur sozialen Stabilisierungs- und Strukturierungsfunktion alltäglicher Lebensführung" im Sonderforschungsbereich 333 an der Universität München, Außenstelle Leipzig, von Ina Dietzsch und Michael Hofmann geführt. Siehe dazu: Michael Hofmann, Ina Dietzsch: Zwischen Lähmung und Karriere. Alltägliche Lebensführung bei Industriearbeitern und Berufsumsteigern in Ostdeutschland. In: Burkart Lutz/Harry Schröder (Hg.)(1995): Entwicklungsperspektiven von Arbeit im Transformationsprozess, München und Mering, S. 75-96.

Konstruktion der Familie Heilmann sollen die familiären Folgeprobleme gesellschaftlicher Umstrukturierungen in Ostdeutschland beschrieben werden.

Folgende Fragen stehen dabei im Mittelpunkt: Was bedeutet die wirtschaftliche Umstrukturierung, insbesondere die Deindustrialisierung für den Alltag der Familie Heilmann? Wie schlagen die gesellschaftlichen Umstrukturierungen durch auf Geschlechterverhältnis, Arbeitsteilung und Lebensplanung in einer typischen ostdeutschen Familie durch?

Ganz bewusst wird ein Blickwinkel verfolgt, der unter den statistischen Tatsachen (Benachteiligung und Verdrängung von Frauen, höhere Arbeitslosenquote bei Frauen in Ostdeutschland) oftmals verloren geht: Dass nämlich die größeren strukturellen Probleme und Lernzumutungen vor den Facharbeiter-Männern Ostdeutschlands stehen.

3. Frau Heilmann und Mann

Angelika Breuer war neunzehn als sie Martin Heilmann heiratete. Martin Heilmann, einundzwanzigjährig, arbeitete im Dreischichtsystem als Kranbauschlosser. Frau Heilmann hatte ihre Lehre mit dem Abschluss als Fachverkäuferin absolviert und eine Stelle im größten Kaufhaus der Stadt. Die Hochzeit war 1974. Zwei Jahre zuvor war Ulbricht von einem neuen Mann abgelöst worden, der hatte für das Land 'einen neuen Kurs' angekündigt: "Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik" hieß der in der offiziellen Öffentlichkeit. Die auf dem Weg zum Kommunismus waren, sollten schon zu Lebzeiten etwas davon haben. Die Konsumgüterproduktion wurde angekurbelt, junge Mütter und Familien finanziell unterstützt und bis zum Jahr 1990 sollte jeder eine Wohnung haben. *"Für Politik hab' sch misch nisch interessiert als Arbeiter"*, sagte Herr Heilmann. Die Programme "zur Entwicklung des Lebensstandards" registrierten die Leute mit Selbstverständlichkeit.

Die Hochzeit der Heilmannes hatte ihren Anlass: *"Wir haben geheiratet, weil das Kind kam"*, kommentiert Herr Heilmann das Geschehen. *"Da war das natürlich klar"*. Zuerst wohnte das Paar für ein paar Monate bei den Eltern von Herrn Heilmann. Aber die junge Frau Heilmann kümmerte sich sehr energisch um eine eigene Wohnung für ihre Familie. Jeden Dienstag, zum DDR-"Behördentag" setzte sie sich in die überfüllten

Gänge des Wohnungsamtes, stoisch und störrisch, sie hatte ihre Vorstellungen von "ordentlichen Verhältnissen".

Als 1975 der Sohn Tobias geboren wurde, lebten die Heilmanns schon in einer der neuen Plattenbauten auf der grünen Wiese vor der Stadt. Die Heilmanns gehörten als junge Arbeiterfamilie zu der durch den neuen Partei-Kurs besonders Geförderten. Frau Heilmann hatte endlich "ordentliche Verhältnisse" in ihrem Leben geschaffen: Sie lebte mit Mann und Kind in einer eigenen Wohnung, beide hatten eine ordentliche Arbeit und eine Anmeldung für ein PKW Trabant und eine Parzelle in der Kleingartenanlage. Schon nach einigen Monaten "Baby-Jahr" drängte Frau Heilmann auf ihre Rückkehr in den Beruf. *"Mir fiel zu Hause die Decke auf den Kopf. Ich musste wieder unter Leute."* Ihr Arbeitgeber, das Kaufhaus, war sehr am Wiedereinstieg der Fachverkäuferin interessiert. Schließlich organisierte das Kaufhaus einen Krippenplatz für die junge Kollegin. Zwei Jahre später bekam sie das zweite Kind. Nach der Geburt ihrer Tochter Anke nahm Frau Heilmann das "volle Babyjahr" und kehrte dann wieder in den Beruf zurück.

Die Berufstätigkeit beider Eltern brachte bei zwei kleinen Kindern jedoch einige Probleme mit sich. Frau Heilmann meint rückblickend: *"Ich weiß selbst nicht mehr, wie wir das damals gepackt haben. Aber irgendwie ist es gegangen."* Herr und Frau Heilmann hielten die doppelte Berufstätigkeit und das doppelte Einkommen in der Familie für selbstverständlich. Frau Heilmann wurde im Kaufhaus nicht nur voll eingespannt, sondern erhielt auch noch eine "gesellschaftliche Funktion", sie wurde die "Wettbewerbsverantwortliche": *"Das war gar nicht so schlecht, da bekam ich Überblick und konnte richtig mitmischen."*

Der familiäre Alltag erforderte einiges an Organisation. Frau Heilmann, deren Normalarbeitszeit von 10 bis 18.30 Uhr ging, brachte morgens die Kinder in den Kindergarten und in die Krippe, nachmittags musste Herr Heilmann die beiden holen und bis zum Eintreffen von Frau Heilmann versorgen. Das aber klappte nur, wenn er Früh- oder Nachtschicht hatte. Ging Herr Heilmann auf Spätschicht, dann musste seine Frau den Dienst tauschen, nur ab und zu konnten die ebenfalls berufstätigen Großmütter und Großväter die Kinderbetreuung übernehmen.

Der Alltag zu Hause lief in strengem eingespielten Takt wie in der Fabrik. Frau Heilmann leistete den Löwenanteil der Hausarbeit, sie stand früh auf und frühstückte mit ihrem Mann, 5.30 Uhr, wenn er von der Nachtschicht heimkehrte, oder 4.30 Uhr wenn er zur Frühschicht musste. Nach dem Frühstück begann Frau Heilmanns 'erste Schicht'. Sie *"brachte den Haushalt auf Vordermann"*. Sie räumte auf, machte Brote für ihren Mann und verrichtete alle Tätigkeiten, die keinen Lärm verursachten – Staubsaugen musste ihr Mann am Nachmittag. Um 7.30 Uhr weckte Frau Heilmann die Kinder, brachte sie in den nahegelegenen Kindergarten und fuhr anschließend mit der Straßenbahn ins Kaufhaus. Frau Heilmann führte die Regie, schrieb täglich auf Zettel, was der Mann noch zu erledigen hatte und nahm die meisten Sachen vom Kaufhaus aus in ihre couragierte Hand. Das Kaufhaus war sozusagen ihr Regie-Pult.

Von hier aus konnte sie in Absprache mit den Kolleginnen auch einmal schnell "einen Behördengang" erledigen, und: sie hatte hier ständig ein Telefon zur Verfügung. Privattelefonanschlüsse waren in der DDR dünn gesät. Also nahm das DDR-Volk die volkseigenen Telefone mit der Selbstverständlichkeit des Eigners für die privaten Belange in Dienst. Vom Kaufhaus-Telefon aus konnte Frau Heilmann die Fäden in der Hand halten und mit Verwandten und Bekannten, die ihrerseits *"auch nur auf Arbeit Telefon hatten"*, Absprachen treffen oder "Beziehungspflege" treiben.

Wochentags um 14.15 Uhr trat Herr Heilmann bei der Organisation des Alltags in Aktion, da kam er von der Arbeit oder stand auf, wenn er Nachtschicht hatte. Er setzte sich dann erst einmal ins Wohnzimmer, trank Kaffee und machte sich gegen 15.30 Uhr auf, die Kinder aus Kinderkrippe oder dem Kindergarten zu holen. *"Wir haben dann immer etwas angestellt"*, erinnert er sich, *"Kastaniensammeln, Drachensteigen, später dann sind wir in den Garten gefahren."*

Um 18.30 Uhr mussten sie wieder zu Hause sein. Herr Heilmann räumte dann auf und bereitete das Abendbrot vor, denn 19.00 Uhr kam seine Frau. Mit ihrem Eintreffen begann der Familienfeierabend. Frau Heilmann brachte aus ihrem Großkaufhaus so manches mit, was normale Kunden nur kurz oder nie in den Auslagen zu sehen bekamen.

Aber Frau Heilmann brachte nicht nur Überraschungen nach Hause, sondern auch Probleme. Meistens erzählte sie dem Ehemann beim Abendbrot, was sie stresste. Häufig

konnte sie *"nicht abschalten"*, und ihrem Mann ging das auf die Nerven. Er klagte: *"Die ist mit ihrem Kaufhaus verheiratet und denkt an nischt and'res."*

Ihr Mann hingegen war nicht mehr mit seinem Betrieb verheiratet. Die Maschinenbauer in den großen Industriebetrieben sahen in der Spätphase der DDR ihr ehemals hohes gesellschaftliches Prestige zerfallen. Denn die Betriebe und Anlagen waren verschlissen, während die Planaufgaben immer drückender wurden. Die qualifizierten Facharbeiter waren mit ständigen Engpässen und mit Notbehelfen konfrontiert. Unter diesem Verfall der Qualitätsmaßstäbe der Produktion litten viele traditionsbewusste Facharbeiter, lernten aber, dies stillschweigend zu akzeptieren.

Der Stolz auf den eigenen Betrieb und die eigene handwerkliche Leistung wurde so immer mehr abgebaut.

Der Garten, den die Heilmanns 1978 nach der Geburt ihres zweiten Kindes erhielten, half Herrn Heilmann, diese Defizite zu kompensieren und seine handwerklichen Fähigkeiten beweisen: Die Laube, *"mit allen Schikanen"*, hat er selbst errichtet, außerdem baute er Tomaten und Gurken an. Darüber hinaus wurde die Kleingartensparte für ihn auch sozial ein neuer Wirkungskreis. Das Stückchen Grün wurde zum Zentrum der Wochenendgestaltung, nicht nur für die Familie, sondern auch für Geselligkeit mit Kollegen und Freunden. In der warmen Jahreszeit wurden alle Geburtstage im Garten gefeiert. Regelmäßig einmal im Monat traf sich hier die Brigade von Herrn Heilmann zum Skaten, auch die Kolleginnen von Frau Heilmann kamen hin und wieder zum Grillen. Anfang der achtziger Jahre bekam die Familie ihren Trabi, Herr Heilmann fuhr dann fast täglich in den Garten.

Auf einer solchen Grillparty war es auch, so erinnerte sich Frau Heilmann, als eine Kollegin zu ihr sagte, dass ihr Mann ziemlich *"handzahn"* geworden sei. Freilich würde das Frau Heilmann etwas anders formulieren, dennoch weist die Bemerkung ihrer Kollegin und Freundin auf eine DDR-typische Entwicklung der Geschlechterverhältnisse hin: die Männer aus dem tradierten, patriarchalisch-geprägten Arbeiter-Milieu wurden zugänglicher, praktischer und 'weicher' für die soziale und die Haushaltsarbeit in der Familie. Allerdings waren meist die Frauen der inspirierende und antreibende Teil dabei; sie leiteten ihre Männer an. Bei Frau Heilmann wurde eine neue

Art weibliche Autorität in der Familie deutlich. Bisher haben die Frauen zwar auch den familiären Alltag strukturiert und gelenkt, aber eben nach dem Muster der 'klugen Frau', die im Hintergrund bleibt, um ihren verdeckten Einfluss weiß, 'klug schweigt' und die Autorität des männlichen Familienoberhauptes offiziell niemals anzweifelt.

Frauen wie Frau Heilmann eigneten sich nun aber über die traditionell häuslichen 'weiblichen' Bereiche auch die Sphären der beruflichen Arbeit, gesellschaftlicher Funktionen und Öffentlichkeit sowie der kollegialen Geselligkeit an. Häufig wurde das nun nur als "Doppelbelastung der Frauen" diskutiert. Das aber reflektiert jedoch nur einseitig die Kosten, nicht den Nutzen dieses Arrangements. Frau Heilmann, die wegen ihres "Babyjahres" zeitweilig Hausfrau war, setzte alles daran, wieder ihre alte Stellung einzunehmen, was auch trotz der familienunfreundlichen Arbeitszeiten gelang. Denn von ihrer Familien erfuhr Frau Heilmann dabei ebensoviel Kooperation und Rücksichtnahme, wie es traditionell nur dem männlichen "Familienoberhaupt" zukam. Die Tätigkeit im Kaufhaus war für Frau Heilmann mehr als nur eine Möglichkeit, das Familienbudget aufzubessern. "Auf Arbeit" und im Kreise ihrer Kolleginnen war Frau Heilmann quasi in ihrem "Element", hier fand sie Anerkennung, Freiraum wie auch Herausforderungen, die über das familiäre Bezugsfeld weit hinausreichten. Das "Kollektiv" von Frau Heilmann war das Boot, in dem alle gleichermaßen saßen, wo Frau sich austauschte über Männer, Familie, den Urlaub, die Arbeitsorganisation und die Politik.

Es ist deutlich geworden, dass mit der Zeit Frau Heilmanns (Angestellten)Status immer mehr gewachsen, während der (Arbeiter)Status ihres Mannes geschwunden ist.

Für uns stand nun die Frage, ob und wie sich die Verhältnisse zwischen Frau Heilmann und ihrem Mann änderten, wenn die DDR-typische Gleichsetzung von Arbeiter und Angestellten wegfällt und der Arbeiterstatus des Herrn Heilmann durch die Deindustrialisierung zusätzlich unter Druck gerät.

Äußerlich, an den Alltagsstrukturen des Familienlebens, lassen sich zunächst wenig Veränderungen feststellen. Immer noch stehen die Heilmanns gemeinsam auf, kurz nach fünf, denn Herr Heilmanns Arbeit beginnt um Sechs. Seine Frau erledigt bis zu ihrem

Dienstbeginn derweil wie immer einige Hausarbeiten bis sie ins Kaufhaus fährt. Wenn sie am Abend, gegen 19.00 Uhr nach Hause kommt, erwartet sie ihr Mann und die Kinder zum Abendbrot. Das Wochenende verbringen die Heilmanns weiterhin im Garten.

Aber die Arbeit von Herrn Heilmann ist nicht mehr die gleiche. Vor zwei Jahren wurde der Maschinenbaubetrieb, in dem er zweiundzwanzig Jahre gearbeitet hatte, geschlossen. *"Ich hatte gute Beziehungen zum Betriebsrat"*, berichtete er, *"deshalb bekam ich sofort auch die ABM-Stelle"*. Auf die Frage, ob es denn keinen Widerstand gegen die Schließung des Werkes gegeben habe, meint er: *"Nee, das hat sich nisch gelohnt. Wir hatten da keine Chance."* Herr Heilmann kam mit seiner neuen Arbeitsaufgabe, der Beräumung ehemaliger Industriebetriebe, gut zurecht. Er verdient in der ABM 2300.- DM brutto. *"Da kann man keine großen Sprünge machen"*, sagt er, *"aber es muss reichen."*

In einigen Monaten jedoch läuft dann auch die ABM-Stelle aus. Und dann? *"Mal seh'n, was für Angebote da sind, vielleicht doch Umschulung?"* - Herrn Heilmann wurde bereits 1991 eine Umschulung zum Klempner/Installateur angeboten, aber die hat er abgelehnt. Für ihn als Kranbauschlosser war es undenkbar, jetzt *"Toilettenbecken zu montieren"*. Schon zu DDR-Zeiten konnte Herr Heilmann nichts gegen den schleichenden Prestigeverlust der handwerklich-qualifizierten Arbeit im Maschinenbau tun, so wenig, wie er heute seinem bevorstehenden Abstieg vom Kranbauschlosser zur ABM-Kraft und möglicherweise zum Umschüler etwas entgegensetzen kann. Seit jeher haben sich für ihn die Muster der Lebensführung aus den gesellschaftlichen Bedingungen ergeben, also wartet Herr Heilmann nun auch wieder ab, welche neuen Konstellationen sich zeigen werden. Seinen sozialen Bereich kann er besser beeinflussen. Hier sichert er seine "Festung Alltag". Er betont mehrmals, dass sich in seinem Freundeskreis, der Geselligkeit in der Gartensparte und der Skatrunde nichts geändert habe und das sie immer noch unter sich seien.

Frau Heilmann konnte ihre Position als Fachverkäuferin halten. Im Jahr 1992 wurde das Kaufhaus von einem westdeutschen Unternehmen übernommen. Damit war für sie erst einmal *"die Zitterpartie"* überstanden. Trotzdem ist sie unzufrieden: *"Früher war's schöner. Heute fühle ich mich so herabgesetzt und herabgeschätzt. Nur noch als Auffüller, als Staubsauger und als Kassiererin. Mehr nich. Früher hab ich noch"*

verkauft..." Frau Heilmann beklagt in diesen Worten ihren Statusverlust. Als Verkäuferin spürt sie vor allem gegenüber den Kunden die Veränderungen als negative Entwicklung. Verkäuferinnen stehen nicht mehr als Repräsentanten der Versorgungswirtschaft hinter den Tischen, nicht mehr "Frau im Hause". Die Handlungen der Verkäuferinnen sind nicht mehr abgesichert durch die Zwänge des Systems und die Vorgesetzten. Bei Konflikten mit der Kundschaft steht die Verkäuferin plötzlich in einer persönlichen Verantwortung. Und die Arbeit absorbiert viel mehr Energie. Frau Heilmann muss um ihren Status kämpfen. *"Schlauchend"* ist die Arbeit weniger wegen der Erhöhung der Arbeitsintensität, sondern wegen der Verschärfung des sozialen Konkurrenzgebarens und der höheren emotionalen Kosten. *"Es ist mit den Kolleginnen nicht mehr so wie früher, ein anderes Klima, würd' ich mal sagen."* Zwar verdient sie als Verkäuferin mehr als in der DDR, aber der Arbeitstag zehrt sie aus. Das positiv besetzte *"Mitmischen"* im Kaufhaus ist für Frau Heilmann einem *"ziemlichen Stress"* gewichen. So fragt sich Frau Heilmann inzwischen ernsthaft, ob sich dieser Stress überhaupt lohnt. *"Gott sei Dank"*, sagt sie dann, *"zu Hause läuft alles."*

Allerdings brechen im Hause Heilmann jetzt alte Konflikte neu auf. Herr Heilmann wirft seiner Frau vor, sich zu wenig um die Familie zu kümmern, da sie *"ja nur noch in ihrem Kaufhaus stecke"*. Und dies, *"obwohl sie da nur beschissen wird"*. Energisch fordert Herr Heilmann von seiner Frau, dass sie ihre Tüchtigkeit und Umsicht mehr in den Dienst der Familie (in die Unterstützung der Kinder, die jetzt eine Lehrstelle suchen und auch die Pflege des alten Freundeskreises) investiert, anstatt sich *"mit den Nasen dort"* im Kaufhaus herumzuärgern.

4. Gesellschaftliche Strukturprobleme und familiäre Konfliktlinien

Wir sehen also, dass die gesellschaftlichen Strukturprobleme langfristige Auswirkungen auf den ostdeutschen Ehealltag haben.

Das "Gott sei Dank, zu Hause läuft alles" klingt so fast wie eine Beschwörungsformel. Denn auch die Ehe der Heilmanns geriet wie viele ostdeutsche Ehen mit im Dienstleistungssektor arbeitenden Frauen und ihren Industriefacharbeiter-Männern durch die Wende unter Druck. Diese "Misch-Ehe" ist durch sich immer deutlicher abzeichnende Konfliktlinien geprägt, die sich auf folgende

Fragestellungen zuspitzen lassen:

Wird es möglich sein, dass Frau Heilmann weiterhin ihren Beruf und öffentlichen Status verteidigt, während Herr Heilmann in die Rolle des Hausmannes hineinwächst?

Oder wird Frau Heilmann beruflich zurückstecken (z.B. Teilzeitarbeit), um ihren Mann beim Wiedereinstieg in eine Vollarbeit den Rücken freizuhalten? (Ist dieser Wiedereinstieg überhaupt möglich?) Werden sich die Konflikte so zuspitzen, dass die Ehe zerbricht? Oder vermag das Ehepaar Heilmann eine "moderne" Lebensführung zu praktizieren, bei der beide vor allem den Anforderungen ihrer Berufe und Laufbahnen nachkommen?

Herr Heilmann, schon durch den Niedergang der sozialistischen Industrie gezeichnet, steht vor großen Veränderungen. Gelingt es ihm nicht, einen der wenigen neuen industriellen Arbeitsplätze zu erlangen, so muss er sich grundsätzlich neu orientieren.

Das gilt für zahlreiche ostdeutsche Industriearbeiter. *Entweder* sie verkraften die "Verhäuslichung", die massenhafte Außerdienststellung der Facharbeiter (Vorruhestand, Arbeitslosigkeit, Invalidisierung) bzw. ihre Abdrängung in prekäre Jobs (ABM, Kurzarbeit, Gelegenheitsarbeit, Zeitarbeit). Denn gleichzeitig etablieren sich ihre Frauen auf dem Dienstleistungs-Arbeitsmarkt. Ein Facharbeiter, verheiratet mit einer Unterstufenlehrerin, drückte das so aus: *"Meine Frau hat noch richtige Arbeit, die muss ich jetzt pflegen"*. Das scheint eine der typische ostdeutsche Entwicklung zu werden.

Oder sie versuchen, sich mit aller Kraft auf dem Arbeitsmarkt, z.B. im Bau- oder Baunebengewerbe, neu zu etablieren und brauchen dazu die volle Unterstützung und den (freiwilligen) teilweisen Rückzug ihrer Frauen, um den Zusammenhalt der Familien zu sichern.

Obwohl die Chancen für die qualifizierten und erfahrenen weiblichen Angestellten im Dienstleistungssektor gut sind, werden die Frauen über ihre Männer, die fast alle Industriearbeiter waren, vom Zusammenbruch der ostdeutschen Industrie genauso hart getroffen. Denn die Frauen wollen nicht ohne oder gegen ihre Männer ihre beruflichen Ansprüche durchsetzen.

Die typischen Ost-Frauen, die Managerinnen ostdeutschen Arbeiterlebens sind ihren eigenen beruflichen Emanzipationsweg in der DDR aber immer in Kooperation mit ihren Männern gegangen. Sie werden sich deshalb, notfalls unter Verzicht auf eigene Entwicklungsmöglichkeiten, um den Ausgleich der gesellschaftlichen Strukturprobleme in ihrer eigenen Familie bemühen.

Frau Heilmann hat ihre Entscheidung schon getroffen. Für sie muss zuerst geklärt werden, welche Möglichkeiten für ihren Mann bestehen, bevor sie ihren neuen beruflichen Angestelltenstatus ausbaut. Sie tritt solange kurz, bis ihr Mann neue Ufer gefunden hat. Sie lässt es nicht auf einen Dauerstreit in ihrer Ehe ankommen.

Sie sorgt sich damit nicht nur um die Stabilität ihrer Ehe, sie sorgt sich damit auch um Ausgleich der gesellschaftlichen Strukturprobleme.

Anne Goedicke und Heike Trappe

Der geschlechtsspezifische Wandel des Arbeitsmarktes in Ost- und Westdeutschland

1. Ost-westdeutsche Vergleiche als Desiderat frauenbezogener Transformationsforschung – Einführung und Fragestellung

Sowohl in der Öffentlichkeit als auch bei der wissenschaftlichen Begleitung der Transformationsprozesse in den neuen Bundesländern hat die Erwerbssituation ostdeutscher Frauen besondere Aufmerksamkeit erfahren. Auf der Suche nach Beschäftigung waren Frauen nach 1989 nicht nur, wie auch Männer, mit raschem Arbeitsplatzabbau und betrieblicher Reorganisation konfrontiert, sondern darüber hinaus mit den Folgen eines Transfers von Institutionen, sozialpolitischen Maßnahmen und Ideologien aus Westdeutschland, die einem anderen Grundverständnis weiblicher Erwerbsbeteiligung folgten. Wie und auf welchem Wege sich Erwerbsmuster ostdeutscher Frauen unter den neuen kulturellen, wohlfahrtsstaatlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verändern würden, gehörte zweifellos zu den interessantesten Fragen der Transformationsforschung.

Im Rückblick auf die Forschungsaktivitäten der letzten 10 Jahre fällt auf, dass die sozialwissenschaftliche Debatte um Frauenarbeit in Ostdeutschland stark von zwei Phänomenen und einer Frage dominiert wurde: von der besonderen Betroffenheit ostdeutscher Frauen durch Arbeitslosigkeit, ihrer dennoch anhaltend hohen Erwerbsorientierung und von der Frage, ob und wie rasch sich Erwerbsmuster der ostdeutschen Frauen nun an die der westdeutschen Frauen anpassen würden, bzw. wo sich Beharrungstendenzen und dauerhafte Abweichungen ergäben. Interessanterweise wurde dabei die Frage nach der Anpassung oder Eigenständigkeit von Erwerbsmustern ostdeutscher Frauen in der Regel ohne einen unmittelbaren empirischen Vergleich von weiblichen Erwerbsverläufen in Ost- und Westdeutschland verhandelt. Trotz einer Fülle von Arbeiten über Frauen im Transformationsprozess gibt es jenseits der amtlichen

Statistik und einiger Globalauswertungen mit dem Sozio-Ökonomischen Panel und dem Mikrozensus nur wenig vergleichbares Material über Arbeitsmarktentwicklungen der 1990er Jahre in Ost- und Westdeutschland. Insbesondere fehlen komparative qualitative und Längsschnittuntersuchungen, die es erlauben, nicht nur den äußerlichen Entwicklungen, sondern auch den Ursachen weiblicher Beschäftigungsmuster in vergleichender Perspektive nachzugehen. Verbreitet sind daher ad-hoc Interpretationen ostdeutscher Arbeitsmarkttrends vor einer westdeutschen „Normalitätsfolie“, die, je nach politischer und akademischer Verortung der Verfasser, hohe Arbeitslosenzahlen ostdeutscher Frauen als notwendige Begleiterscheinung des wirtschaftlichen Reformprozesses oder als skandalöse Folge einer missglückten Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik verstehen. In ähnlicher Weise werden die Wünsche ostdeutscher Frauen nach qualifizierter Erwerbsarbeit entweder als Relikt der Vergangenheit und Katalysator der ostdeutschen Arbeitsmarktkrise oder als rationale Bewältigungsstrategie der schlechten Beschäftigungsbedingungen gedeutet. Ost-West-Differenzen sind in diesen Interpretationen ständig präsent, ohne explizit bearbeitet zu werden. Alles in allem gilt auch für die Untersuchung von Frauenerwerbsarbeit, dass es der Transformationsforschung bei allen Verdiensten um die Beschreibung des Wandels in den neuen Bundesländern zu wenig gelang, theoretisch innovativ und anschlussfähig zu werden, nicht zuletzt weil Vergleiche der ostdeutschen Entwicklungen mit der Situation in anderen Transformationsgesellschaften und Westdeutschland zu kurz kamen (Bertram/ Kollmorgen 2001).

Vor diesem Hintergrund beschreibt unser Beitrag Arbeitsmarktbedingungen und Trends der Erwerbsbeteiligung für ostdeutsche und westdeutsche Frauen in den 1990er Jahren. Unser Interesse gilt zunächst den strukturellen Rahmenbedingungen für Frauenerwerbstätigkeit und der Offenheit bzw. Geschlossenheit bestimmter Berufsfelder gegenüber weiblichen Beschäftigten. Anschließend fragen wir, wie sich die Erwerbstätigkeit von Frauen in Ost- und Westdeutschland entwickelte, in welchem Umfang Frauen von Arbeitslosigkeit betroffen waren und welche Bedeutung Kindern für die Erwerbsbeteiligung von Frauen zukam.

Welche Veränderungen sich nach 1989 im Erwerbsverhalten von Frauen ergaben, ist durchaus offen. Zu Beginn des Transformationsprozesses wurde mit raschen ost-westdeutschen Annäherungen gerechnet, die sich vor allem aus der Logik

des Einigungsvertrages und des west-ostdeutschen Institutionentransfers abzeichneten. Mit der Übernahme bundesdeutscher rechtlicher und sozialpolitischer Regelungen zur Verbindung von Familie und Beruf wurden in ostdeutschen Haushalten starke Anreize für längere Erwerbsunterbrechungen und eine Aufgabe des Doppelverdienermodells gesetzt. Doch gegen eine rasche Anpassung des Erwerbsverhaltens ostdeutscher Frauen an das der westdeutschen sprechen zum einen Unterschiede in den Traditionen weiblicher Erwerbstätigkeit. Ostdeutsche Frauen haben seit mehreren Generationen, jenseits wirtschaftlicher Notwendigkeiten, den hohen Stellenwert einer Berufstätigkeit und einer darauf beruhenden Möglichkeit selbstständiger Lebensführung verinnerlicht (vgl. Trappe 1995). Zum anderen unterschieden sich das Arbeitsplatzangebot und seine Entwicklung in Ost- und Westdeutschland über die 1990er Jahre grundlegend. Daher konzentrieren sich unsere Begründungen anhaltender Differenzen im Erwerbsverhalten ost- und westdeutscher Frauen auf diese Faktoren, auch wenn sich ein vollständiges Verständnis erst aus dem Zusammenspiel von soziopolitischen und kulturellen Rahmenbedingungen, Familienstrukturen, Arbeitsmarktbedingungen und anderen gesellschaftlichen Kontexten ergibt (Pfau-Effinger 2000).

2. Strukturelle Rahmenbedingungen für Frauenerwerbsarbeit in den 1990er Jahren

In beiden Teilen Deutschlands sehen sich Frauen mit einem zu knappen Arbeitsplatzangebot konfrontiert, wenn auch auf sehr unterschiedlichem Niveau. Während die alten Bundesländer seit über 20 Jahren von einem allmählichen Ansteigen der Sockelarbeitslosigkeit geprägt sind, erlebten die neuen Bundesländer nach der Wende einen schockartigen Beschäftigungseinbruch. Innerhalb eines Jahres, von Ende 1989 bis Ende 1990 sank die Zahl der regulär abhängig Beschäftigten von 9,5 auf 6,5 Millionen (Wiener 1997). Auf diesen Arbeitsplatzabbau reagierte die staatliche Arbeitsmarktpolitik mit einer beispiellosen Ausweitung von Maßnahmen zur Verringerung der Arbeitsnachfrage, zur zeitlichen Streckung des Personalabbaus und zum Erhalt individueller Qualifikationen. Über spezielle Kurzarbeitergeld- und Vorruhestands-Regelungen, über Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Lohnkosten-

zuschüsse sowie Fortbildungen und Umschulungen wurden in Ostdeutschland in der ersten Hälfte der 1990er Jahre jährlich bis zu zwei Millionen Personen vom ersten Arbeitsmarkt abgezogen². Verringert wurde die Arbeitsplatznachfrage nicht nur durch diese Maßnahmen, sondern auch durch mehr als eine halbe Million Arbeitspendler nach Westdeutschland und West-Berlin sowie durch mehr als eine Million dauerhafter Auswanderer aus den neuen Bundesländern bis 1995. Trotzdem übersteigt die offizielle Arbeitslosenquote in Ostdeutschland seit 1993 die 15 %-Marke, und war 1998 in den neuen Bundesländern mit 19,5 % fast doppelt so hoch wie in den alten (Klammer u.a. 2000).

Von zentraler Bedeutung für die Entwicklung von Frauenerwerbsarbeit sind darüber hinaus die unterschiedlichen Tertiärisierungsmodi der Wirtschaft in den beiden Teilen Deutschlands. Während Westdeutschland seit den 1960er Jahren einen stetigen Strukturwandel und einen allmählichen Zuwachs des Dienstleistungssektors erlebt, der einen Zuwachs der Frauenerwerbstätigkeit begünstigte, waren die neuen Bundesländer in den 1990er Jahren durch eine „passive“ Tertiärisierung im Gefolge einer Wirtschaftskrise gekennzeichnet. Das heißt, der anteilige Zuwachs des Dienstleistungssektors war Ergebnis eines überproportionalen Wegfalls von Arbeitsplätzen in der Industrie und der Landwirtschaft. Im tertiären Sektor entstanden im Saldo kaum mehr Beschäftigungsmöglichkeiten als zuvor, doch der Wirtschaftsbereich war durch eine Verlagerung von Arbeitsplätzen bestimmt. Die öffentlichen Verwaltungen wurden neu organisiert, Dienstleistungsarbeitsplätze im betriebsnahen Sozialwesen entfielen, dafür profitierten Servicebereiche, die aus systemimmanenten Gründen zuvor unterentwickelt geblieben waren, wie Kredit- und Versicherungsgewerbe, Immobiliengewerbe und Wirtschaftsberatungen. Statt durch Beschäftigungsausbau war der Dienstleistungssektor in den neuen Bundesländern durch erhöhte Konkurrenz um Arbeitsplätze geprägt, denn der zeitgleiche Beschäftigungseinbruch in männerdominierten Branchen war ein Anreiz für Männer, im Zuge der betrieblichen Restrukturierungen die attraktiver gewordenen Dienstleistungsdomänen zu erschließen (Nickel/Schenk 1994). Während sich der öffentliche Sektor in Ostdeutschland als vergleichsweise „sicherer Hafen“ für Frauenerwerbstätigkeit erwies, konnten daher Frauen im privaten Dienstleistungssektor,

² So stand einer ABM-Quote von etwa 3% in Westdeutschland 1994 eine ABM-Quote von etwa 20% in Ostdeutschland gegenüber (Roy 1996).

für den ihnen nach 1989 zunächst ein gewisser „Heimvorteil“ prognostiziert worden war (Nickel/Schenk 1994), von den Arbeitsplatzumschichtungen nicht profitieren. Sie waren einer verstärkten Konkurrenz um Arbeitsplätze mit Männern ausgesetzt (Beckmann/Engelbrech 1999; Nickel/Schenk 1994; Nickel 1999).

Die Arbeitsmarktentwicklungen der ersten Nachwendejahre führten zu der Vermutung, dass sich in Ostdeutschland in allen Branchen, unabhängig von deren Entwicklungsperspektiven und Geschlechtstypik, der Anteil männlicher Beschäftigter erhöhen würde (Nickel/Schenk 1994). Für die Anfangsjahre der Transformation traf dies tatsächlich zu, doch inzwischen scheint dieser Prozess zum Stillstand gekommen zu sein. Ende der 1990er Jahre ähnelte die sektorale Verteilung weiblicher Beschäftigter in Ostdeutschland derjenigen weiblicher Beschäftigter in Westdeutschland, mit Ausnahme eines höheren Anteils ostdeutscher Frauen im Dienstleistungssektor (Statistisches Bundesamt 1999). Da jedoch sektorale Betrachtungen auf einem sehr hohen Aggregationsniveau erfolgen, ist ein zusätzlicher Blick auf die beruflichen Strukturen der weiblichen Beschäftigung in Ost- und Westdeutschland sinnvoll.

3. Die geschlechtsspezifische Segregation beruflicher Tätigkeiten in Ost- und Westdeutschland

Arbeitsmarktoptionen für Frauen werden wesentlich durch geschlechtsspezifische Rekrutierungs- und Personaleinsatzpraktiken bestimmt. Die geschlechtsspezifische Segregation von beruflichen Tätigkeiten, d.h. die Spaltung des Arbeitsmarktes in Männer- und Frauenberufe ist daher eine wichtige Erklärungskomponente weiblicher Erwerbsmuster in Ost- und Westdeutschland. Dabei beschreibt die Segregation von Berufen zunächst nur, in welchem Maße sich Tätigkeitsfelder gegenüber weiblichen bzw. männlichen Arbeitssuchenden abschließen, in welchem Maße ein direkter Wettbewerb von Männer und Frauen um dieselben Arbeitsplätze verhindert wird. Inwieweit Frauenberufe im Hinblick auf Entlohnung, Arbeitsbedingungen, Aufstiegschancen und andere Merkmale des Arbeitsplatzes schlechter gestellt sind als Männerberufe, ist eine darüber hinaus gehende Frage. Allerdings wird häufig davon

ausgegangen, dass sie eine schlechtere Marktstellung aufweisen als typische Männerberufe (u.a. Klement 2001)

Angesichts der hohen Erwerbsquote von Frauen in der DDR und der vielfältigen Versuche, sie in technische Berufe zu orientieren, könnte man vermuten, dass vor 1989 die berufliche Segregation in der DDR weniger ausgeprägt war als in der BRD. Doch dies entspricht nicht den Tatsachen. In beiden deutschen Staaten war das Erwerbssystem stark in Männer- und Frauenberufe gespalten, in der DDR sogar etwas stärker als in der BRD. Allerdings unterschieden sich die Muster dieser Segregation. In den 1980er Jahren waren in der DDR mehr Berufe als in der BRD stark frauendominiert. Umgekehrt, gab es in der BRD einen höheren Anteil männerdominierter Berufe als in der DDR (Trappe/Rosenfeld 2001).

Für die Untersuchung geschlechtsspezifischer Segregation von Berufstätigkeiten in Ost- und Westdeutschland in den 1990er Jahren eignet sich die Datenbasis des Mikrozensus³. Auf Grundlage der Berufsklassifikation des Statistischen Bundesamtes (Stabu92) lassen sich berufliche Tätigkeiten sehr differenziert in 257 Berufskategorien untergliedern. Für diese 257 beruflichen Tätigkeiten berechneten wir, getrennt für die alten und neuen Bundesländer, die jeweiligen Anteile männlicher bzw. weiblicher Beschäftigter und gruppierten die Tätigkeiten nach ihrem Männeranteil.

³ Der Mikrozensus ist die amtliche Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt in Deutschland. Jährlich werden rund 370 000 Haushalte mit 820 000 Personen befragt (1 % aller Haushalte in Deutschland), darunter etwa 160 000 Personen in rund 70 000 Haushalten in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost. Die Durchführung der Befragung und die Aufbereitung obliegt den statistischen Landesämtern. Eine 70 %-Stichprobe ist für die Forschung verfügbar.

Abb.1: Verteilung der Berufe nach ihrem Männeranteil
- Mikrozensus 1991 -

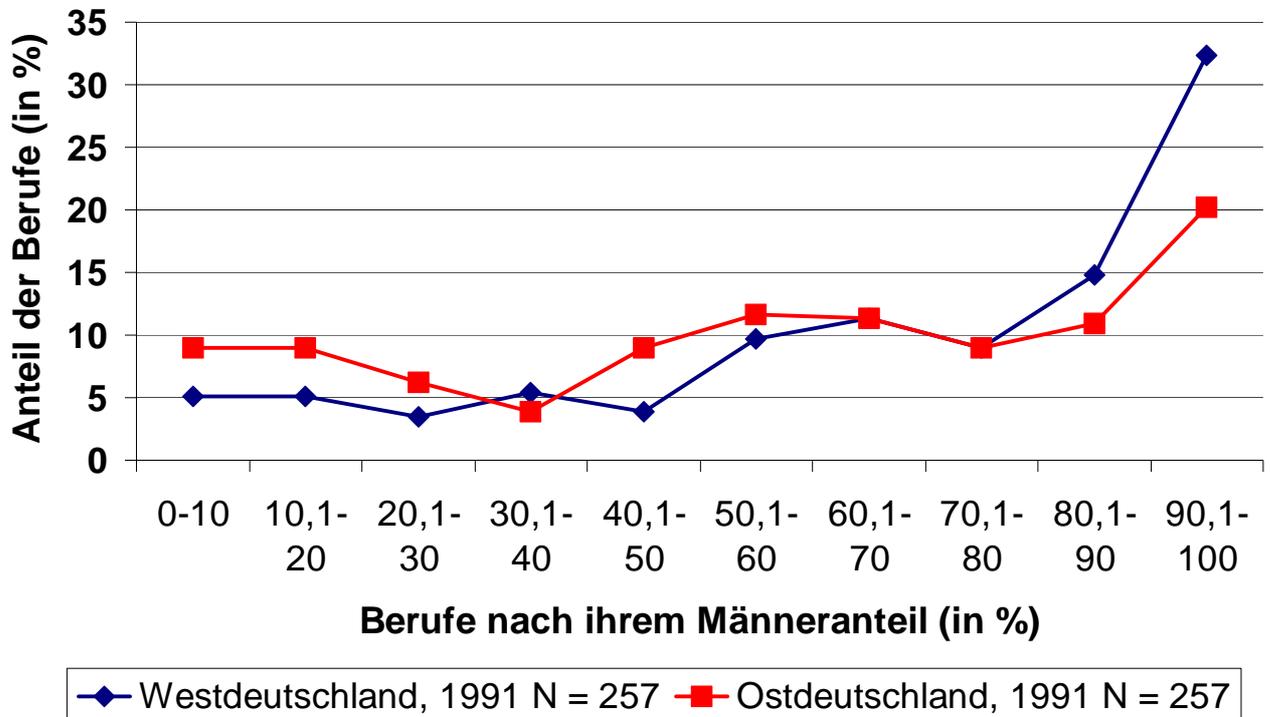


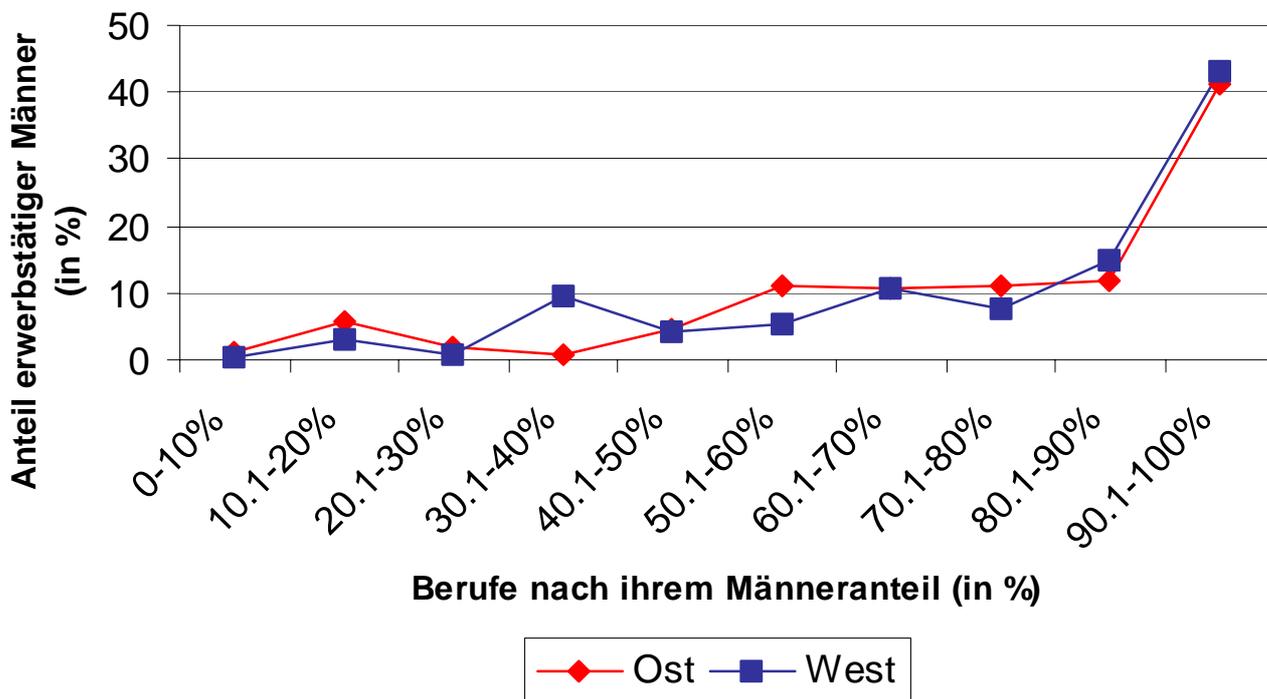
Abbildung 1 zeigt für Ost- und Westdeutschland im Jahr 1991⁴ die Verteilung von Berufen nach Dezilen des Männeranteils, Frauenberufe finden sich am linken, Männerberufe am rechten Rand der Verteilung. Es wird deutlich, dass es in beiden Landesteilen mehr Berufe mit einem hohen Männeranteil als Berufe mit einem hohen Frauenanteil gab. Allerdings lag der Anteil der reinen Frauenberufe (in denen höchstens jeder zehnte Beschäftigte ein Mann war) in Ostdeutschland höher – 9 % stehen 5 % in Westdeutschland gegenüber. Solche Berufe sind in Westdeutschland zum Beispiel Sekretärin und Reinigungskraft, in Ostdeutschland fallen u.a. Erzieherinnen, Altenpflegerinnen und Sozialarbeiterinnen in diese Kategorie. Auch die nächsten beiden Dezile (10,1-20 % Männer und 20,1-30 % Männer) wiesen 1991 für die neuen Bundesländer einen höheren Anteil an allen Berufen auf als für die alten. Umgekehrt gibt es in Westdeutschland deutlich mehr männertypische Berufe. In 32 % der von

⁴ Für das Jahr 1991 liegt der erste Mikrozensus für die alten und die neuen Bundesländer vor, der parallele Auswertungen ermöglicht.

westdeutschen, aber nur in 20 % der von ostdeutschen Beschäftigten verrichteten Berufe, arbeiteten weniger als 10 % Frauen. Zu diesen „reinen Männerberufen“ gehörten in ganz Deutschland Berufskraftfahrer, in Westdeutschland auch Unternehmer bzw. Geschäftsführer.

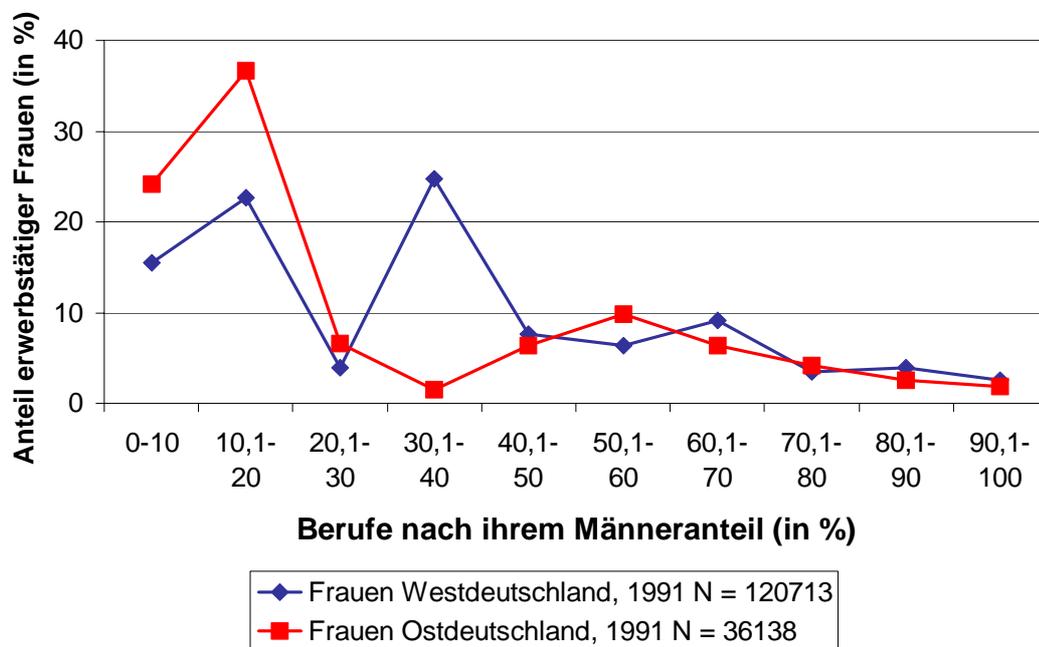
Diese erste Gruppierung behandelte Berufe unabhängig von ihrem unterschiedlichen Anteil an allen Beschäftigten. Nimmt man die Beschäftigten in den Blick, so zeigt Abbildung 2 für das Jahr 1991 eine fast identische Konzentration von ost- und westdeutschen Männern in Berufen mit hohem Männeranteil. In beiden Landesteilen arbeiten mehr als zwei Fünftel (41 % in Ostdeutschland und 43 % in Westdeutschland) in Tätigkeiten mit einem Männeranteil über 90 %.

Abb.2: Verteilung erwerbstätiger Männer über Berufe nach ihrem Männeranteil
- Mikrozensus 1991-



Auch Frauen waren zu Beginn der 1990er Jahre in Ost- wie in Westdeutschland stark auf geschlechtstypische Berufe konzentriert (vgl. Abbildung 3). Allerdings zeigen sich markante Unterschiede zwischen den Landesteilen. Drei Fünftel der ostdeutschen Frauen arbeiteten in Berufen mit weniger als 20 % Männeranteil! In Westdeutschland sind es zwei Fünftel. Frauen in den alten Bundesländern waren vergleichsweise häufiger in Berufen mit einem Männeranteil zwischen 30 und 40 % beschäftigt. Es handelt sich dabei vor allem um Bürofachkräfte in der Verwaltung und Sachbearbeiterinnen.

Abb.3: Verteilung erwerbstätiger Frauen über Berufe nach ihrem Männeranteil
- Mikrozensus 1991 -



In den alten wie in den neuen Bundesländern war der Arbeitsmarkt zu Beginn der 1990er Jahre also durch eine klare Spaltung in Männer- und Frauenberufe gekennzeichnet, auch wenn sich die Geschlechtstypik einzelner Berufe und Tätigkeiten unterschied. Für beide Geschlechter ist die Berufs- und Arbeitsplatzwahl dadurch eingeschränkt. Gleichzeitig ermöglicht erst eine geschlechtsspezifische Segregation von beruflichen Tätigkeiten die Abwertung weiblicher Erwerbsarbeit und Schlechterstellung bzw. -bezahlung im Vergleich zu männlicher. Eine Berechnung von Segregationsindizes stützt den Befund der geschlechtsspezifischen Spaltung des

Arbeitsmarktes: Für 1991 erhält man mit dem unstandardisierten Segregationsindex das Ergebnis, dass 57 % aller westdeutschen und sogar 61 % aller ostdeutschen Beschäftigten den Beruf hätten wechseln müssten, um eine ausgeglichene Geschlechterverteilung herzustellen.

Für eine Einschätzung der Erwerbssituation von Frauen in den 1990er Jahren muss die Momentaufnahme von Arbeitsmarktsegregation für das Jahr 1991, nun um eine Längsschnittbetrachtung für die 1990er Jahre ergänzt werden. Wurden ostdeutsche Frauen im Gefolge der Transformation tatsächlich in nahezu allen Beschäftigungsbereichen von Männern verdrängt, wie dies Nickel und Schenk (1994) auf Basis sektorbezogener Auswertungen für die Anfangsjahre der Transformation behaupteten? Trug der allmähliche Tertiärisierungsprozess der westdeutschen Wirtschaft dazu bei, dass Frauen dort zusätzliche Berufsfelder erschlossen?

Abb.4: Veränderungen im Männeranteil von Berufen zwischen 1991 und 1996
- mindestens 5 Prozentpunkte Unterschied -

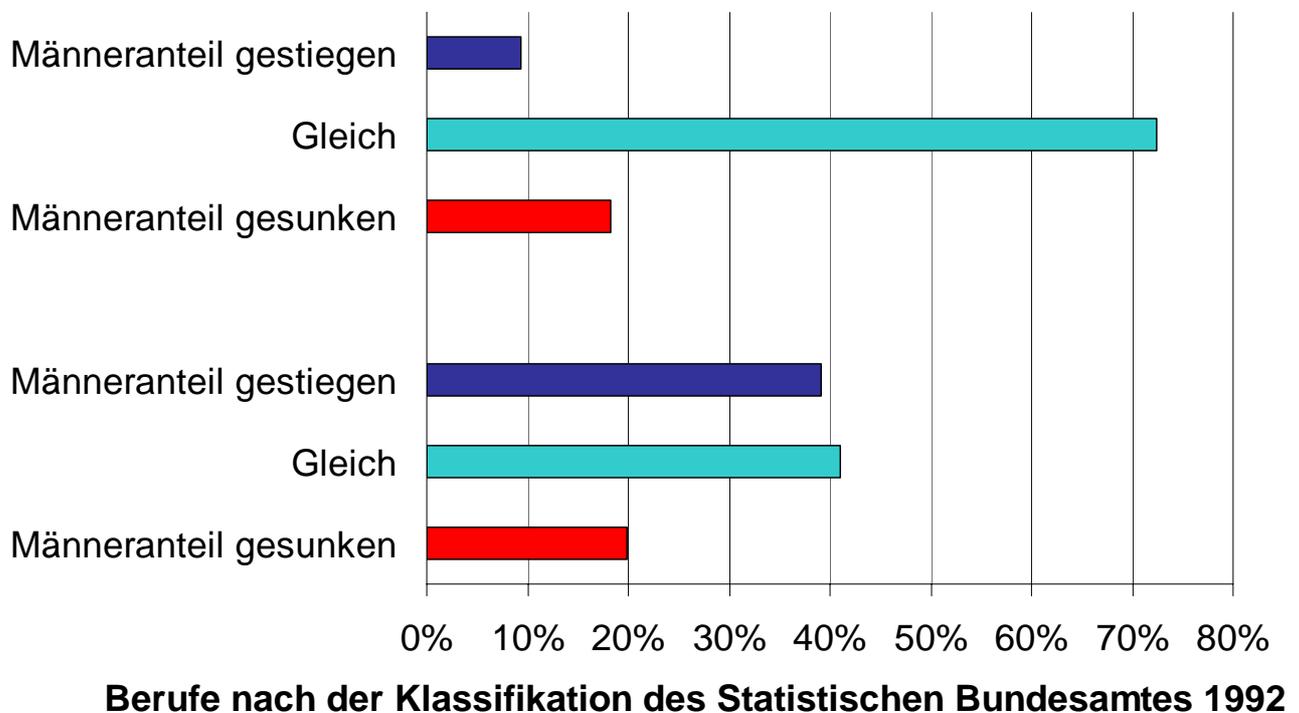
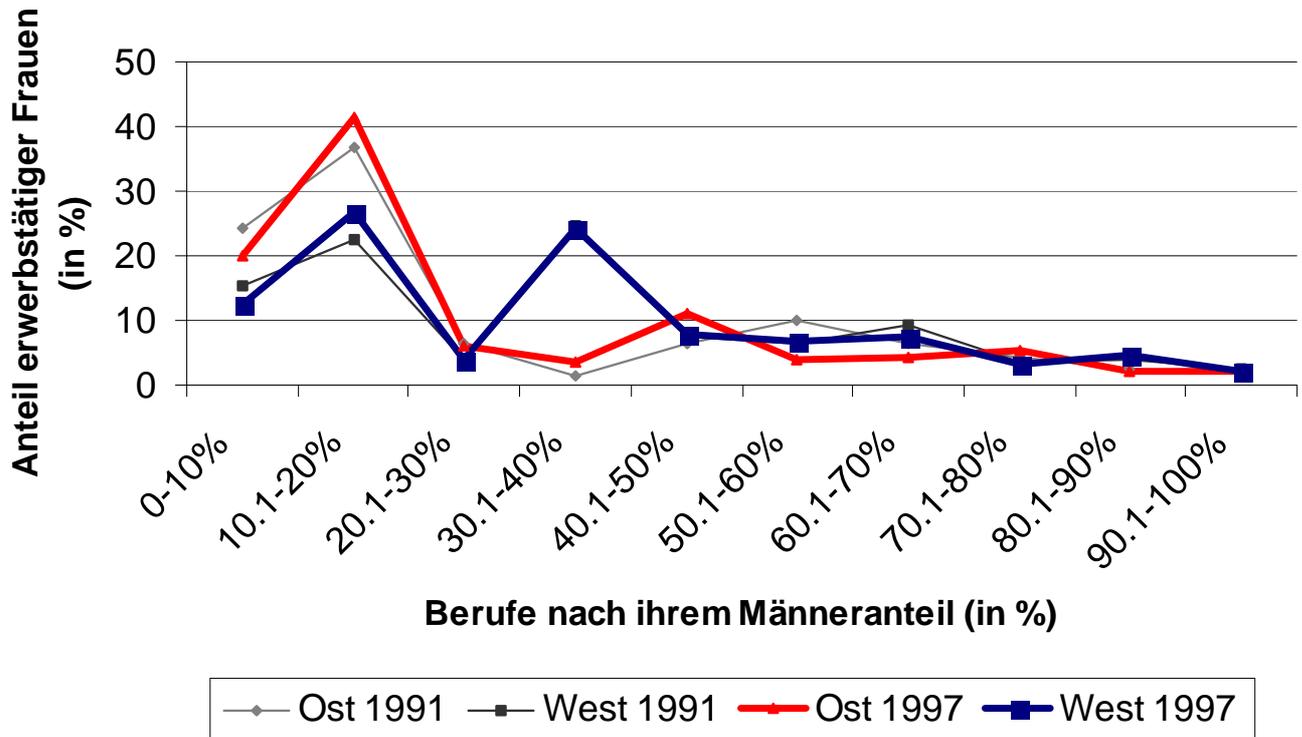


Abbildung 4 zeigt zunächst, wie sich die Männeranteile in Berufen zwischen 1991 und 1996 entwickelten. Abgetragen ist der Anteil der Berufe, deren Männeranteil um mindestens 5 % stieg oder sank. Es zeigt sich, nicht unerwartet, dass die Stabilität des Erwerbssystems in Westdeutschland höher war. Während für fast drei Viertel der Berufstätigkeiten in den alten Bundesländern die Geschlechterproportionen 1991 und 1996 höchstens geringfügig differierten, war das in den neuen Bundesländern nur bei 41 % der Berufe der Fall. Dort verzeichneten jedoch viermal so viele Berufe wie in Westdeutschland einen deutlichen Zuwachs an Männern, sei es durch überproportionale Entlassungen von Frauen oder durch die Einstellung von Männern. Während in den neuen Bundesländern 39 % der beruflichen Tätigkeiten zwischen 1991 und 1996 „maskuliner“ wurden – darunter Verkäufer/in, Sozialarbeiter/in, Koch/Köchin und Buchbinder/in – waren es in den alten Bundesländern nur 9 %. Entgegen der Ausgangsvermutung lässt sich in den neuen Bundesländern aber auch der gegenläufige Prozess feststellen. In ebenso vielen Berufsgruppen wie in Westdeutschland wuchs zwischen 1991 und 1996 der Frauenanteil deutlich. Dies betraf in Ostdeutschland 20 % der Berufe (u.a. Verwaltungsfachleute und Hoteliers/Gastwirt/innen), in Westdeutschland 18 % der Berufe. Der Verdrängungsprozess weiblicher Erwerbstätiger durch Männer ist offensichtlich in den neuen Bundesländern nicht so universell, wie von der frühen Transformationsforschung prognostiziert. Über alle Berufe ergibt sich natürlich dennoch ein Trend zu einer maskulineren Erwerbswelt in Ostdeutschland, während sich in Westdeutschland das Spektrum beruflicher Tätigkeiten für Frauen zu erweitern scheint.

Ein erneuter Blick auf die Komposition der Beschäftigten relativiert dieses Ergebnis allerdings, denn die veränderte Geschlechtstypik einzelner, zum Teil gering besetzter Berufsgruppen, schlägt nur in geringem Maße auf die Verteilung der Erwerbsbevölkerung durch. So gab es für Männer zwischen 1991 und 1997 fast keine Veränderungen. Für Frauen zeigen sich leichte Verschiebungen bei frauentypischen Tätigkeiten. Die Konzentration weiblicher Beschäftigter in "reinen Frauenberufen" nahm in Ost- und Westdeutschland noch etwas zu, während Berufe mit 10-20 % Männern ihren Beschäftigungsanteil etwas verringern (vgl. Abbildung 5). Nach wie vor blieben jedoch frauentypische Tätigkeiten in Ostdeutschland stärker gegen Männer abgeschlossen als in Westdeutschland und die scharfe Spaltung des ostdeutschen und

des westdeutschen Erwerbssystems in männer- und frauentypische Tätigkeiten hielt über die 1990er Jahre an⁵.

Abb.5: Verteilung erwerbstätiger Frauen über Berufe nach ihrem Männeranteil
- Mikrozensus 1997 und 1991 -



Zur Frage, was die Spaltung des Erwerbssystems in Männer- und Frauenberufe an Karriereoptionen oder Beschäftigungsrisiken mit sich bringt, wie sich dies in der historischen Entwicklung und im Ost-West-Vergleich darstellt, gibt es aus unserer Sicht erheblichen Forschungsbedarf. In der Literatur wird regelmäßig von einem Zusammenhang frauentypischer Berufe mit schlechten Aufstiegs- und Entwicklungschancen, hohen Entlassungsrisiken und niedriger Entlohnung ausgegangen (u.a. Born 1994, Klement 2001). Erste Analysen unsererseits mit dem Mikrozensus und Lebensverlaufsdaten des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung, Berlin, für eine junge, 1971 geborene Kohorte, relativieren diese Überzeugung. Für individuelle

⁵ Im Vergleich zu 1991 hatte sich 1996 der unstandardisierte Segregationsindex in Ostdeutschland sogar noch leicht erhöht. 1996 hätten nach den Angaben im Mikrozensus 61 % aller ostdeutschen Beschäftigten den Beruf wechseln müssen, um eine ausgeglichene Geschlechterverteilung herzustellen.

Arbeitslosigkeitsrisiken fanden wir nur schwache Einflüsse der Geschlechtstypik von Berufen, die sich noch dazu zwischen Ost- und Westdeutschland unterschieden. Dass Frauen in Männerberufen per se günstigere Beschäftigungsaussichten haben, zeigte sich nicht. Nach den Daten des Mikrozensus ist ein höherer Frauenanteil von Berufen in Westdeutschland mit kürzeren Arbeitszeiten, verstärkter Teilzeitarbeit und geringfügiger Beschäftigung verbunden. In Ostdeutschland scheinen diese Zusammenhänge (noch) weniger ausgeprägt, und es fällt vor allem die Konzentration von Frauenbeschäftigung auf den öffentlichen Dienst auf⁶.

4. Trends der Erwerbsbeteiligung von Frauen in Ost- und Westdeutschland

Lässt sich schon im Hinblick auf die Segregation des Arbeitsmarktes in den neuen und alten Bundesländern ein sehr komplexes Bild fortbestehender Unterschiede und struktureller Ähnlichkeiten zeichnen, so gilt dies erst recht für das Erwerbsverhalten von Frauen. Charakterisierungen von Frauenerwerbstätigkeit in den alten und neuen Bundesländern nehmen allzu oft nur auf die anhaltend hohe Arbeitsmarktpräsenz ostdeutscher Frauen Bezug. Tatsächlich lag die Frauenerwerbsquote in den neuen Bundesländern, d.h. der Anteil der Erwerbstätigen und Arbeitslosen an der 15 bis 65jährigen Wohnbevölkerung, bis zum Ende der 1990er Jahre mehr als 10 Prozentpunkte über der Frauenerwerbsquote in Westdeutschland (Klammer u.a. 2000)⁷. Eine Auswertung des Sozio-Ökonomischen Panels (SOEP) ergab, dass sowohl 1991 als auch 2000 nur 5 % der ostdeutschen Frauen 1991 zwischen 16 und 59 Jahren in absehbarer Zeit nicht (wieder) erwerbstätig werden wollten (Holst/Schupp 2001). Betrachtet man denselben Tatbestand jedoch unter dem Aspekt längerfristiger Trends, so ist festzustellen, dass sich die Dynamik eher in den westdeutschen Entwicklungen findet: Nach einem raschen Rückgang in den ersten Nachwendejahren stagniert die

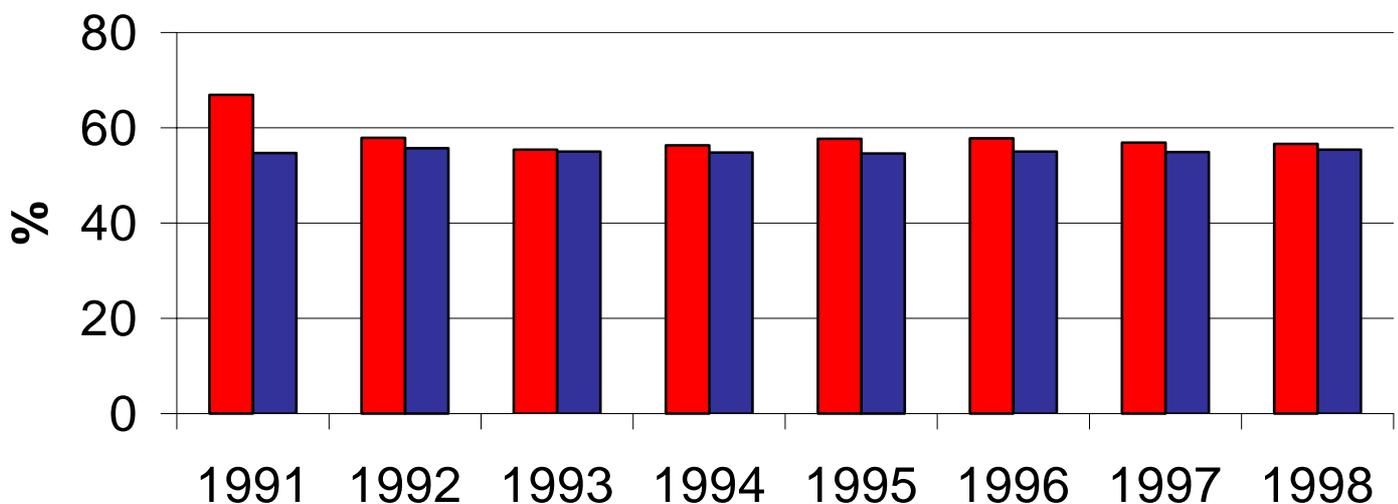
⁶ Es bleibt zu untersuchen, ob dies am Alter der Frauen lag. Viele hatten die Phase der Familienbildung, in der sich geschlechtsspezifische Arbeitsmarktrisiken möglicherweise stärker ausdifferenzieren, zum Befragungszeitpunkt noch vor sich.

⁷ Und dies trotz eines steilen Falls zu Beginn der 1990er Jahre: Zwischen 1989 und 1993 sank die Frauenerwerbsquote in den neuen Bundesländern von einem Ausgangsniveau von 89 % um etwa 13 Prozentpunkte, v.a. wegen verlängerter Ausbildungszeiten und früherer Verrentungen im Zuge der Transformation, nicht aufgrund von Rückzügen in Familienarbeit (Klammer u.a. 2000).

Frauenerwerbsquote in Ostdeutschland, während sie in Westdeutschland zwischen 1985 und 1998 um etwa 7 % angestiegen ist. Um dieser Komplexität des Geschehens gerecht zu werden, betrachten wir im Folgenden unterschiedliche Facetten der Erwerbsbeteiligung und mehrere Indikatoren sozialer Ungleichheit am Arbeitsmarkt in ihrer Entwicklung über die 1990er Jahre⁸.

Bemerkenswert ähnlich stellt sich seit 1992 die Erwerbstätigenquote von Frauen in Ost- und Westdeutschland dar (vgl. Abbildung 6). Sie beschreibt den Anteil der tatsächlich in einem Beschäftigungsverhältnis Stehenden an der Wohnbevölkerung und liegt in beiden Teilen Deutschlands seit diesem Jahr zwischen 55 und 60 %. Die verbleibende Ost-West-Differenz beträgt weniger als 4 Prozentpunkte. Diese Ähnlichkeit des tatsächlichen Beschäftigungsniveaus von Frauen in den alten und neuen Bundesländern hat jedoch einen unterschiedlichen Hintergrund. In Ostdeutschland fielen Erwerbswunsch und -realisierung wesentlich stärker auseinander als in Westdeutschland. Offensichtlich schlug sich aber auch dort die zunehmende Arbeitsmarktpräsenz von Frauen über die 1990er Jahre nicht in einer steigenden Erwerbstätigenquote nieder.

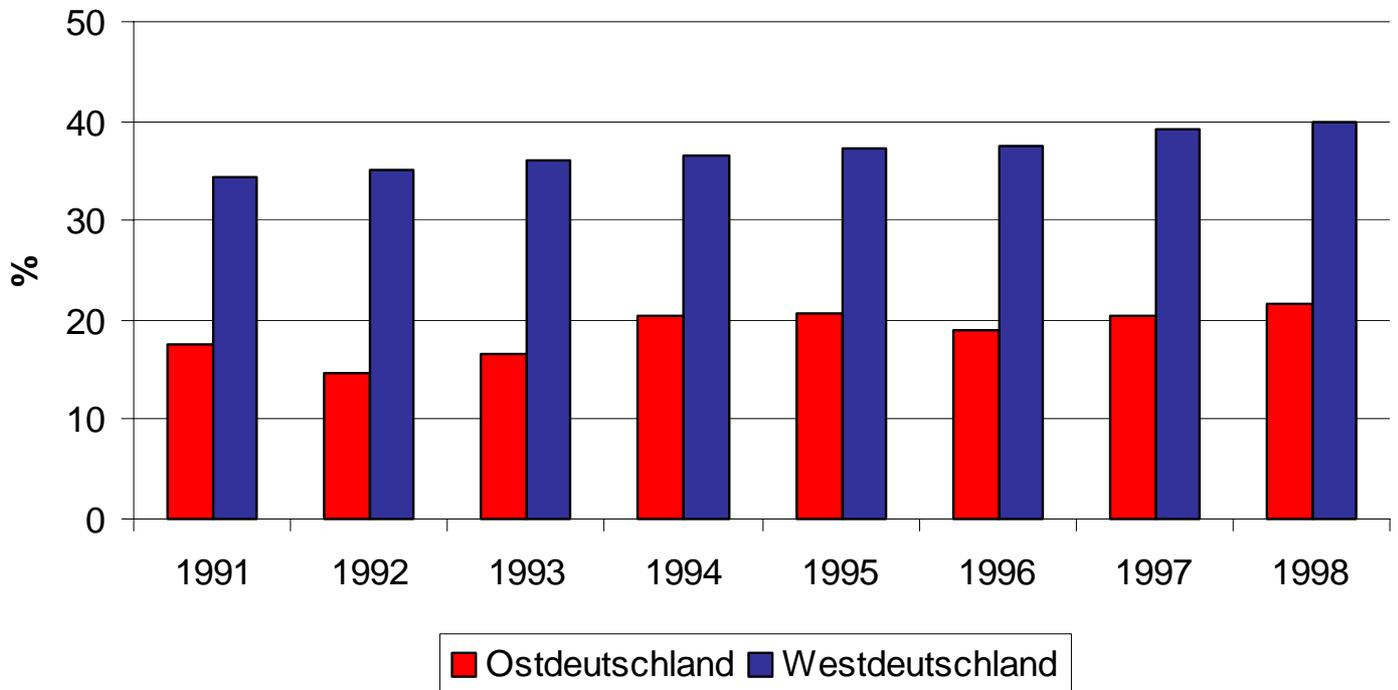
Abb.6: Erwerbstätigenquoten der 15 – 65-jährigen Frauen in Ost- und Westdeutschland 1991-1998



⁸ Die entsprechenden Zahlen u. entnommen, einer hervorgeh. SI-Fr u.a. 2000) Ostdeutschland Westdeutschland akten zur Frauenerwerbstätigkeit in Deutschland.

Ehe auf die Arbeitslosigkeitsproblematik eingegangen wird, noch ein Wort zu Strukturunterschieden der Arbeitsverhältnisse: Frauen in Ostdeutschland sind noch immer nur etwa halb so oft teilzeitbeschäftigt wie westdeutsche Frauen (vgl. Abbildung 7), obwohl der Zuwachs von Teilzeitarbeit in den neuen Bundesländern fast nur Frauen betraf. Die steigende Teilzeitquote in Westdeutschland verdeutlicht darüber hinaus, dass die zunehmende Integration westdeutscher Frauen ins Erwerbsleben wesentlich über Teilzeitarbeit realisiert wurde. Dagegen ist für Frauen in den neuen Bundesländern seit 1994 eher eine Stagnation des Teilzeitanteils festzustellen, und während Teilzeitarbeit in Westdeutschland in der Regel die (unter den gegebenen Rahmenbedingungen) freiwillig gewählte Beschäftigungsvariante ist, um Berufsarbeit mit Familienarbeit zu verbinden, arbeiten ostdeutsche Frauen zu einem Drittel unfreiwillig in Teilzeit, weil Vollzeitstellen nicht verfügbar sind (Holst/Schupp 2001).

Abb.7: Quoten der Teilzeitbeschäftigten an allen weiblichen Beschäftigten in Ost- und Westdeutschland

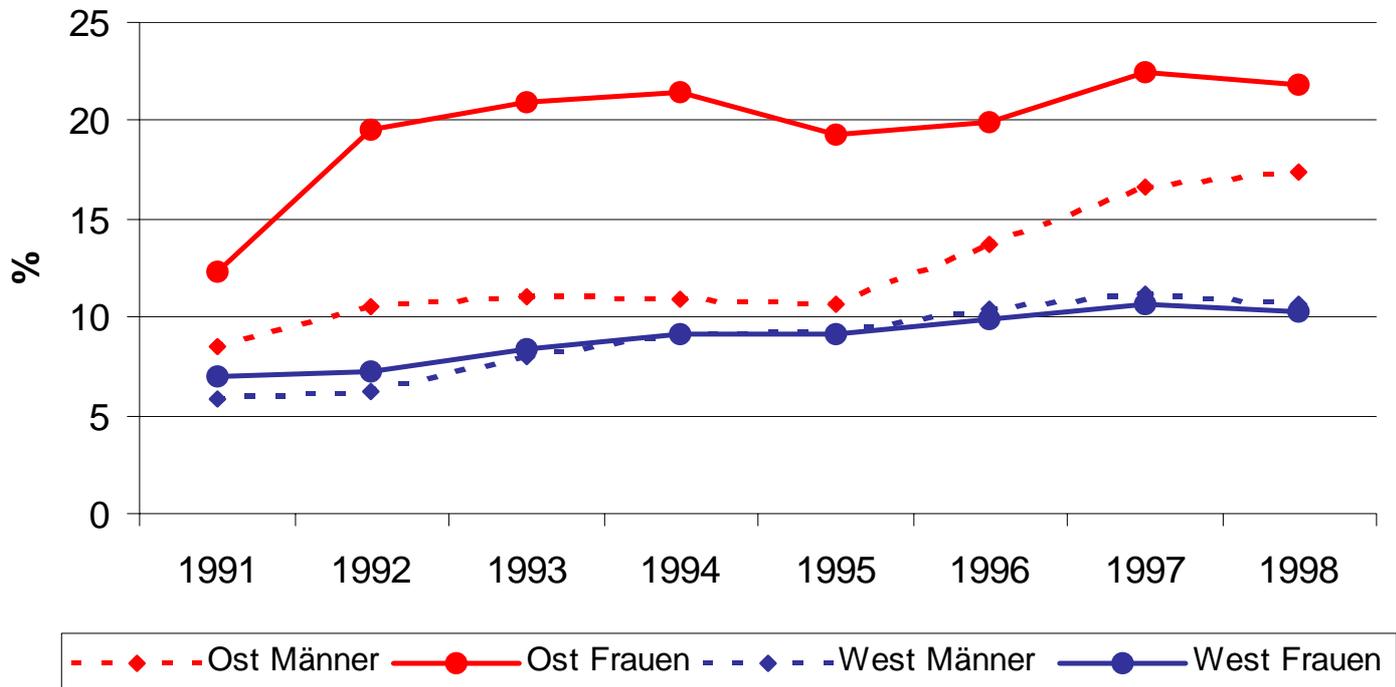


In ganz Deutschland war in den 1990er Jahren das Anderthalb-Verdiener-Modell auf dem Vormarsch, wenn auch von unterschiedlichen Ausgangssituationen und, zumindest in Ostdeutschland, nicht ganz freiwillig. Im Jahr 2000 gingen in 61 % der westdeutschen Paarhaushalte und 66 % der ostdeutschen Haushalte beide Partner einer Beschäftigung nach. Allerdings waren in 43 % der ostdeutschen gegenüber nur 22 % der westdeutschen Haushalte beide Partner ganztags erwerbstätig. In 4 % der west- und 8% der ostdeutschen Paarhaushalte verdienten nur die Frauen (Holst/Schupp 2001). In Bezug auf Erwerbstätigkeit und Teilzeitarbeit von Frauen kam es also in den 1990er Jahren durchaus zu, teilweise erzwungenen, Angleichungsprozessen zwischen den alten und den neuen Bundesländern, wenngleich diese in den neuen Bundesländern nach den ersten Transformationsjahren abbrachen.

Ein gänzlich anderes Bild liefert die Betrachtung von Arbeitslosigkeitsrisiken, die Gelegenheitsstrukturen widerspiegelt, wie sie verschiedener in einem Land kaum sein könnten. Vor allem in Ostdeutschland steht das Arbeitsplatzangebot in einem krassen Missverhältnis zur Zahl der Beschäftigungssuchenden. Wie Abbildung 8 demonstriert, wurden die im Laufe der neunziger Jahre leicht steigenden Arbeitslosenquoten westdeutscher Männer und Frauen von den ostdeutschen Quoten deutlich übertroffen. Der Anteil der Arbeitslosen an der Erwerbsbevölkerung war in den neuen Ländern etwa doppelt so hoch wie in den alten. Doch würde eine solchermaßen aggregierte Betrachtung verschleiern, dass, wie die Abbildung 8 belegt, ostdeutsche Frauen und Männer sehr unterschiedlich von dem massiven Arbeitsplatzabbau im Zuge der wirtschaftlichen Reformen betroffen waren. Bereits seit dem zweiten Halbjahr 1990 waren ostdeutsche Frauen überproportional arbeitslos, und zwischen 1992 und 1995 war ihre Quote fast doppelt so hoch wie die der ostdeutschen Männer⁹. Dieser ausgeprägte Geschlechterunterschied findet sich in Westdeutschland nicht, so dass, in Relation zu Männern, die Arbeitsmarktposition von Frauen in den neuen Bundesländern prekärer ist.

⁹ Der Anstieg der Arbeitslosenquote von ostdeutschen Männern nach 1995 ist auf das Auslaufen der subventionierten Baukonjunktur und einen massiven Arbeitsplatzabbau im Baugewerbe und in den baunahen Fertigungsberufen zurückzuführen, der durch das auf niedrigem Niveau wachsende verarbeitende Gewerbe nicht aufgefangen werden konnte.

Abb.8: Arbeitslosenquoten von Frauen und Männern in Ost- und Westdeutschland



Dass die Beschäftigungsrisiken von Männern und Frauen in Ostdeutschland stärker differieren als in Westdeutschland, lässt sich auch im Hinblick auf die Struktur von Arbeitslosigkeit feststellen. Während sich das Risiko westdeutscher Männer und Frauen, nach einer Entlassung mehr als 12 Monate arbeitslos zu bleiben, in den 1990er Jahren kaum unterschied, waren in Ostdeutschland zwei Drittel aller Langzeitarbeitslosen Frauen (Klammer et al. 2000). Dies lag vor allem an ihren geringen Chancen, nach einer Entlassung einen neuen Arbeitsplatz zu finden. Wiedereinstiege in Beschäftigung gelangen ostdeutschen Frauen in den 1990er Jahren vor allem im öffentlichen Dienstleistungssektor, weitaus seltener in der Privatwirtschaft (vgl. Solga/Diewald/Goedicke 2000; Goedicke 2002).

Ein wichtiger Verdienst der Transformationsforschung zu Frauenerwerbstätigkeit bestand darin, dass das einheitliche Bild von den ostdeutschen Frauen als „Verliererinnen der deutschen Einheit“ differenziert und relativiert wurde. Neben vergleichsweise geringen Entlassungsrisiken für Beschäftigte im öffentlichen Dienst ist vor allem auf qualifikationsspezifische Unterschiede von Arbeitsmarktrisiken zu verweisen.

Abb.9: Qualifikationsspezifische Arbeitslosenquoten
in Ost- und Westdeutschland (1997)

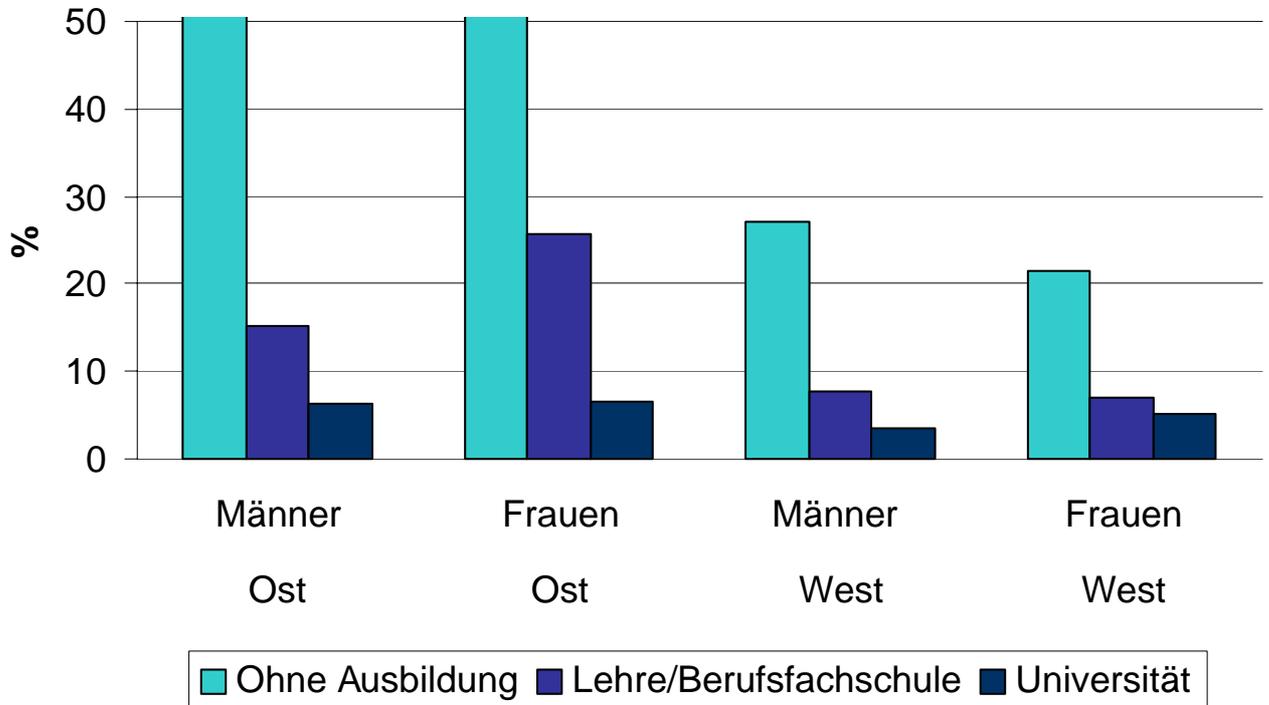
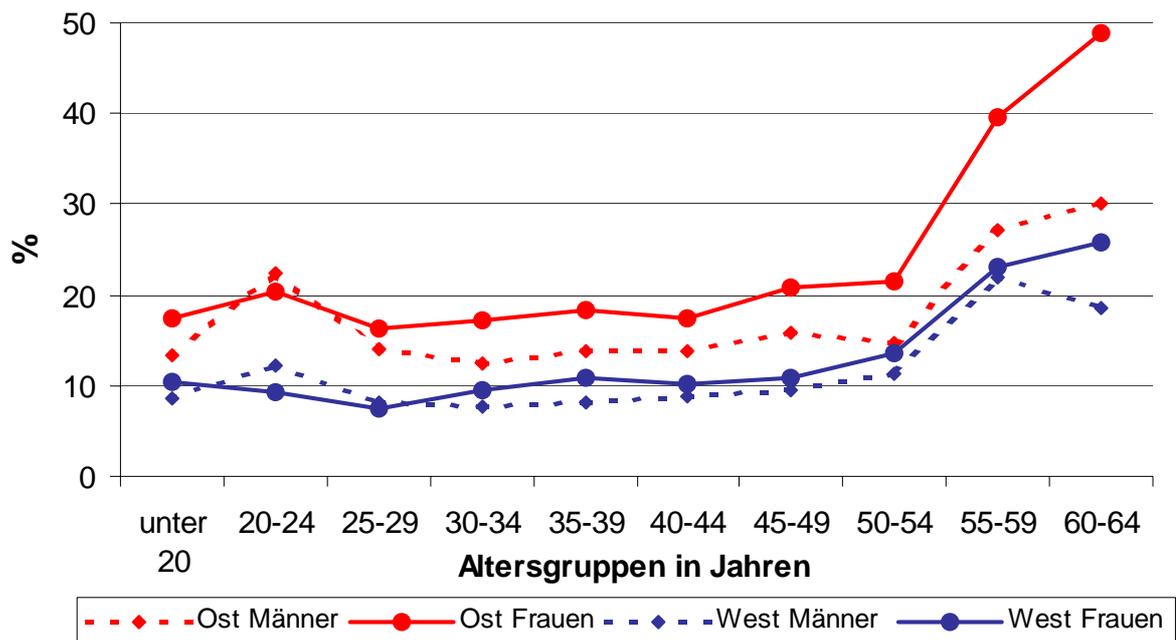


Abbildung 9 zeigt für das Jahr 1997 ein gesamtdeutsches Muster zunehmender Arbeitslosigkeitsrisiken mit abnehmender Qualifikation. In beiden Teilen Deutschlands waren Personen ohne Berufsausbildung überproportional von Arbeitsplatzverlust betroffen, wobei in Ostdeutschland dramatische Arbeitslosenquoten von 54 % für Männer und 56 % für Frauen bei den, zugegebenermaßen wenigen, Un- und Angelernten erreicht wurden. Die Schutzwirkung von Universitätsabschlüssen vor Arbeitslosigkeit zeigt sich bei beiden Geschlechtern in beiden Landesteilen eindrucksvoll, wenngleich sie bei westdeutschen Männern am stärksten ausfällt. Zu beachten sind die Arbeitslosenquoten der Facharbeiter und Facharbeiterinnen: Für ostdeutsche Männer war die 1997 Quote etwa doppelt so hoch wie für westdeutsche Frauen bzw. Männer, für ostdeutsche Frauen hingegen etwa dreieinhalb mal so hoch. Auch hier zeigen sich also in den neuen Bundesländern wieder stärkere Geschlechterunterschiede als in den alten. Im Jahr 1997 war die Beschäftigungskrise der Männerdomäne Bauwirtschaft voll ausgebrochen! Wenn dennoch ostdeutsche Facharbeiterinnen doppelt so häufig wie männliche Facharbeiter arbeitslos waren,

belegt dies einen Verdrängungsprozess von Frauen aus qualifizierten Tätigkeiten in der Industrie und Landwirtschaft. Auch Auswertungen mit dem SOEP zeigen, dass Facharbeiterinnen in Ostdeutschland eine deutlich höheres Risiko qualifikatorischen Abstiegs hatten als Facharbeiter (Holst/Schupp 1995).

Abb.10: Arbeitslosenquoten (1998) von Frauen und Männern in Ost- und Westdeutschland - nach Altersgruppen -

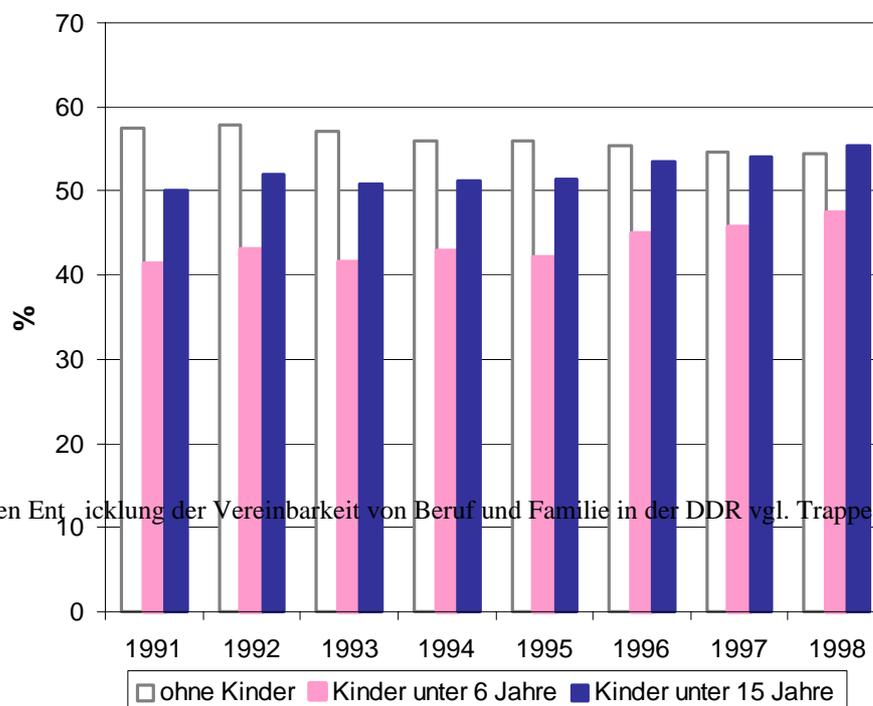


In beiden Landesteilen ist die Arbeitsmarktlage von Frauen in fast jeder Altersgruppe prekärer als die von Männern. Auch in dieser Hinsicht sind die Geschlechterunterschiede in den neuen Bundesländern jedoch stärker ausgeprägt. Wie die Abbildung 10 für das Jahr 1998 zeigt, war die Arbeitslosenquote ostdeutscher Frauen im Vergleich zu Männern besonders nach dem 54. Lebensjahr stark erhöht. Aber auch in der auf dem Ausbildungsmarkt und beim Berufseinstieg, in der Altersgruppe der unter 20jährigen, sind ostdeutsche Frauen einem hohen Arbeitslosigkeitsrisiko ausgesetzt. Ostdeutschen Mädchen gelingt es seltener als Jungen, einer der begehrten Ausbildungsplätze im betrieblichen dualen System zu bekommen. Sie werden häufiger auf schulische oder überbetriebliche Ausbildungen verwiesen. Trotz dieser höheren Eingangsbarrieren sind für junge ostdeutsche Frauen nach Beendigung der dualen

Ausbildung die Weiterbeschäftigungschancen geringer als für westdeutsche Frauen oder ostdeutsche Männer (Konietzka 2001).

Die Möglichkeiten für Frauen einer Erwerbstätigkeit nachgehen zu können, werden wesentlich durch die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für eine Verbindung von Familien- und Erwerbsarbeit bestimmt. Kurze Erwerbsunterbrechungen bei der Geburt von Kindern sowie das Nebeneinander von Vollzeitberufstätigkeit und Familie gehörten vor 1989 zu den markantesten Unterschieden der Erwerbsarbeitsmuster von DDR-Frauen im Vergleich zu Frauen in der BRD. Ermöglicht wurde die Erwerbsbeteiligung von Müttern in der DDR durch ein verlässliches Angebot institutionalisierter Kinderbetreuung¹⁰, v.a. für kleinere Kinder, das sich trotz Ausdünnung nach der Wende noch immer in weitaus besserem Zustand als in den alten Bundesländern befindet. Ende 1994 waren zwei Drittel aller Betreuungsplätze bis zum 3. Lebensjahr des Kindes in den neuen Bundesländern angesiedelt. Dies entspricht einer mehr als 20fachen Versorgungsquote in Ostdeutschland im Vergleich zu Westdeutschland (Spiess/Wagner/Kreyenfeld 2000). Für 60 % der ostdeutschen, aber nur 5 % der westdeutschen Kinder im Grundschulalter steht ein Hortplatz zur Verfügung. Zudem orientieren sich in den neuen Bundesländern die Betreuungszeiten stärker an der Erwerbstätigkeit der Eltern.

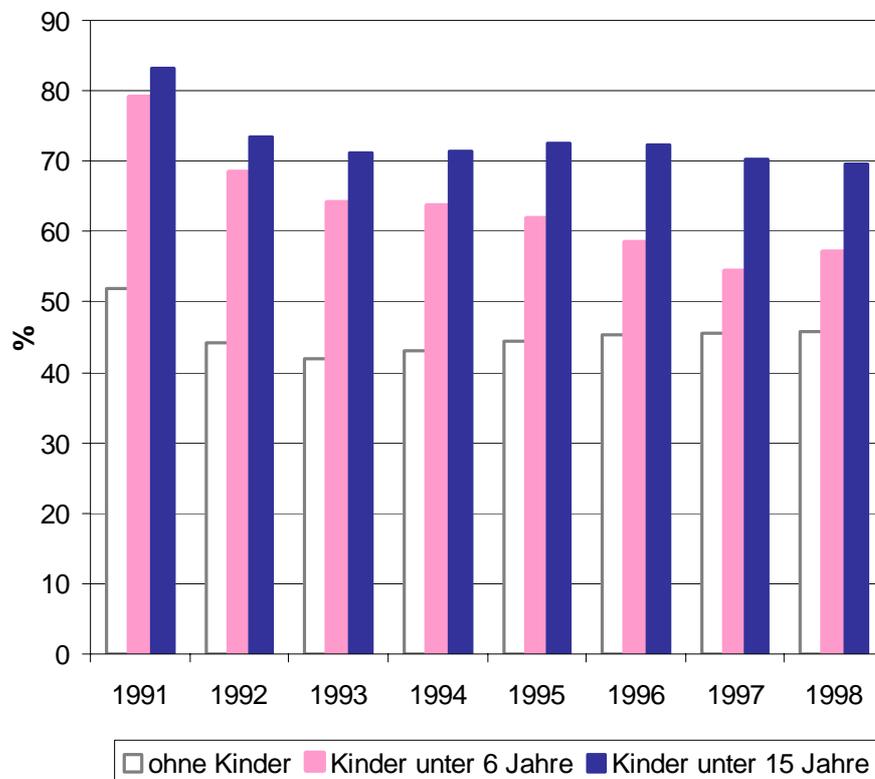
Abb.11: Erwerbstätigenquoten von Frauen (15 - 65 Jahre) in Westdeutschland nach Vorhandensein und Alter der Kinder



¹⁰ Zur historischen Entwicklung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie in der DDR vgl. Trappe 1995.

Wie korrespondiert die unterschiedliche Betreuungssituation in Ost- und Westdeutschland mit der Arbeitsmarktintegration von Müttern? Für die alten Bundesländer lässt sich über die 1990er Jahre ein Trend zunehmender Erwerbstätigkeit von Frauen mit Kindern feststellen, unabhängig von ihrer Altersstufe (vgl. Abbildung 11). 1998 arbeiteten Mütter mit älteren Kindern bereits ebenso häufig wie Frauen, die (noch) keine Kinder hatten. Erwartungsgemäß waren Mütter, deren jüngstes Kindern weniger als 6 Jahre alt war, seltener erwerbstätig als Mütter älterer Kinder¹¹.

Abb.12: Erwerbstätigenquoten von Frauen (15 - 65 Jahre) in Ostdeutschland nach Vorhandensein und Alter der Kinder



¹¹ Beckmann/Kurtz 2001 verweisen darauf, dass Erziehungsurlauberinnen im Mikrozensus als Erwerbstätige (mit 0 Arbeitsstunden) gezählt werden. Dies führt zu einer erheblichen Überschätzung der Zahl erwerbstätiger Frauen mit Kindern unter 3 Jahren. Rechnet man Erziehungsurlauberinnen aus der Erwerbstätigenquote der Mütter von Kindern bis zu drei Jahren heraus, so ergeben sich 26% für Westdeutschland (zuvor 44%) und 37% für Ostdeutschland (zuvor 50%).

Für Ostdeutschland stellt sich das Bild etwas anders dar. Auch hier sind Mütter mit älteren Kindern häufiger erwerbstätig als Mütter mit kleineren Kindern. Frauen, die keine Kinder (mehr) betreuten, gingen jedoch weitaus seltener einer Erwerbsarbeit nach. Offensichtlich befanden sich diese Frauen überdurchschnittlich oft noch in der Ausbildung oder aber bereits in Arbeitslosigkeit oder im Vorruhestand. Ostdeutsche Mütter sind, darauf wurde bereits hingewiesen, im Regelfall erwerbstätig, häufig auch vollzeitbeschäftigt. Von einem hohen Niveau ausgehend, sank die Erwerbstätigenquote ostdeutscher Mütter in den ersten Jahren der Transformation, insbesondere wenn die Kinder kleiner waren. Dies deutet auf zunehmende Schwierigkeiten von Frauen mit Kindern auf dem Arbeitsmarkt hin. Trotz einer Annäherung ostdeutscher Erwerbsunterbrechungsmuster an westdeutsche, nehmen ostdeutsche Mütter noch immer für einen kürzeren Zeitraum Erziehungsurlaub als westdeutsche Frauen, sind aber danach etwas häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen (Engelbrech/Jungkunst 2001a; Falk/Schaeper 2001). Untersuchungen mit Erwerbsverlaufsdaten weisen darauf hin, dass Kinder unter 6 Jahren in beiden Landesteilen das Arbeitslosigkeitsrisiko der Mütter erhöhen (Diewald et al. 1995, Falk 2000a). Gleichzeitig waren ostdeutsche Frauen in den 1990er Jahren bereits beim Berufseinstieg gegenüber Männern stärker benachteiligt als Frauen in den alten Bundesländern. Ihre gegenüber Männern erhöhten Arbeitslosigkeitsrisiken treten früher im Lebensverlauf auf und haben weniger mit der Zunahme familiärer Verpflichtungen zu tun (Falk 2000b).

Das sich in den neuen Bundesländern der Abwärtstrend der Müttererwerbstätigkeit nach den ersten Transformationsjahren nicht fortsetzte, ist vor allem dem anhaltenden Wunsch beider Partner nach einer Verbindung von Erwerbstätigkeit und Familie anzurechnen. Von mehr als zwei Drittel der ostdeutschen Frauen mit Kleinkindern, Kindergartenkindern oder Kindern im Grundschulalter wird ein Modell gewünscht, in dem ein Partner Vollzeit und der andere Teilzeit arbeitet. Das ehemals überwiegende Vollzeit-Vollzeit-Modell wünschte sich jede fünfte Frau (Engelbrech/Jungkunst 2001b).

Zusammenfassung

In der Gesamtschau ergibt sich ein komplexes Bild: In beiden Teilen Deutschlands schränkt ein hochgradig segregiertes Erwerbssystem das Berufsspektrum von Frauen ein. Es ist jedoch nicht davon auszugehen, dass sich die unterschiedlichen Muster dieser geschlechtsspezifischen Spaltung rasch angleichen. Der ost-westdeutsche Vergleich des Erwerbsverhaltens von Frauen in den neunziger Jahren zeigt fortdauernde Kontraste ebenso wie Anpassungsprozesse. Über die gesamten 1990er Jahre waren ostdeutsche Frauen häufiger am Arbeitsmarkt aktiv, arbeiteten seltener in Kurzarbeit und gingen als Mütter kleinerer Kinder öfter einer Erwerbstätigkeit nach. Annäherungsprozesse an westdeutsche Erwerbsmuster von ostdeutscher Seite zeigten sich beispielsweise in der sinkenden Erwerbsquote, in einer zunehmender Teilzeitquote und dem Rückgang der Müttererwerbstätigenquote. Doch in den neuen Bundesländern kamen diese Prozesse nach den ersten Transformationsjahren rasch zum Stillstand. Zur Zeit werden die verbleibenden Differenzen eher von westdeutscher als von ostdeutscher Seite verringert, indem die Erwerbsquote von Frauen im allgemeinen und von Müttern im besonderen zunimmt. Gleichzeitig verbergen sich hinter scheinbaren Annäherungsprozessen häufig noch grundlegende Unterschiede. So ist das Anderthalb-Verdiener-Modell, das in Westdeutschland an Boden gewinnt, in Ostdeutschland trotz seiner Zunahme oft „zweite Wahl“ gegenüber einer doppelten Vollzeitbeschäftigung.

Der zeitliche Verlauf der Arbeitsmarktentwicklungen in Ost- und Westdeutschland spricht nicht dafür, dass fortbestehende Unterschiede vor allem auf überdauernde DDR-Traditionen der Erwerbstätigkeit von Frauen zurückzuführen seien. Die Vereinheitlichung der institutioneller Rahmenbedingungen für die Verbindung von Erwerbsarbeit und Familie sollte konvergente Entwicklungen erzeugen, die sich über die 1990er Jahre eher verstärken als abschwächen. Dass sich die zu beobachtenden Anpassungen von östlicher Seite auf die Anfangsjahre der Transformation konzentrieren, spricht für eine durch den Umbau des Wirtschaftssystems und den Abbau von Arbeitsplätzen getriebene Entwicklung. Unter den Bedingungen einer Beschäftigungskrise und „passiver“ Tertiärisierung fallen die Beschäftigungsrisiken von Frauen und Männern in den neuen Bundesländern unterschiedlicher aus als in den alten. Vor allem in Bezug auf Arbeitslosigkeit und Langzeitarbeitslosigkeit ist die relative Position von Frauen in Ostdeutschland schlechter. Dies gilt in nahezu allen

Altersklassen und insbesondere für Frauen mit einem Facharbeitabschluss. Gleichwohl lassen sich die ungebrochene Erwerbsorientierung ostdeutscher Frauen, ihr hohes Qualifikationsniveau, und ihre starke Position in der Familie aufgrund des Verschwindens der traditionellen männlichen Ernährerrolle, als wichtige, aus der DDR mitgenommene Anpassungsressource in der ostdeutschen Beschäftigungskrise verstehen.

Der Transfer westdeutscher Arbeitsmarktinstitutionen nach Ostdeutschland und die Angleichung der rechtlicher Rahmenbedingungen für Familien- und Erwerbsarbeit resultierten offensichtlich nicht in einheitlichen Gelegenheitsstrukturen für Frauenerwerbsarbeit in Deutschland. Spezifische wirtschaftsstrukturelle Rahmenbedingungen und eigenständige Traditionen weiblicher Erwerbsarbeit haben in den neunziger Jahren in Ost- und Westdeutschland sehr unterschiedliche Regimes von Frauenerwerbsarbeit entstehen lassen. Zum Teil werden ostdeutsche Frauen unter den Bedingungen einer harten Arbeitsplatzkonkurrenz noch stärker benachteiligt, als Frauen in Westdeutschland, zum Teil kompensieren ostdeutsche Paare die Folgen des raschen wirtschaftsstrukturellen Wandels durch vergleichsweise modernere Arrangements der Arbeitsteilung. In welchem Maße wir es mit befristeten Reaktionen auf eine gesellschaftliche Umbruchssituation zu tun haben und in welchem Maße daraus dauerhaft unterschiedliche Geschlechterarrangements entstehen, müssen sozialwissenschaftliche Studien zeigen, die sich differenziert und in einer komparativen Längsschnittbetrachtung mit Frauenerwerbsarbeit in Deutschland beschäftigen.

Literatur:

- Beckmann, Petra; Engelbrech, Gerhard (1999): Beschäftigungsentwicklung und -perspektiven ostdeutscher Frauen in den 90er Jahren. In: E. Wiedemann (ed.) Die arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitische Herausforderung in Ostdeutschland. Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung des IAB 223: 203-226.
- Beckmann, Petra/Kurtz, Beate (2001): Erwerbstätigkeit von Frauen: Die Betreuung der Kinder ist der Schlüssel. Nürnberg: 7 S. Reihe / Serie: IAB-Kurzbericht Nr. 10/2001.
- Bertram, Hans/Kollmorgen, Raj (ed.): Die Transformation Ostdeutschlands. Berichte zum sozialen und politischen Wandel in den neuen Bundesländern. Leske + Budrich, 2001.
- Born, Claudia (1994): Beruf und weiblicher Lebensverlauf. Plädoyer für einen Perspektivenwechsel in der Betrachtung von Frauenerwerbsarbeit. In: P. Beckmann, G. Engelbrech (ed.) Arbeitsmarkt für Frauen 2000 – Ein Schritt vor oder ein Schritt zurück. Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung des IAB 179: 209-228.
- Diewald, Martin/Huinink, Johannes/Solga, Heike/Sørensen, Annemette (1995): Umbrüche und Kontinuitäten - Lebensverläufe und die Veränderung von Lebensbedingungen seit 1989. In: Johannes Huinink, Karl Ulrich Mayer et al.: Kollektiv und Eigensinn. Lebensverläufe in der DDR und danach. Akademie Verlag :307-348.
- Engelbrech, Gerhard/Jungkunst, Maria (2001a): Erziehungsurlaub: Hilfe zur Wiedereingliederung oder Karrierehemmnis?. Nürnberg: 5 S. Reihe / Serie: IAB-Kurzbericht Nr. 11/2001.
- Engelbrech, Gerhard/Jungkunst, Maria (2001b): Erwerbsbeteiligung von Frauen: Wie bringt man Beruf und Kinder unter einen Hut?. Nürnberg: 4 S. Reihe / Serie: IAB-Kurzbericht Nr. 07/2001.

- Falk, Susanne (2000a): Wege in und aus Arbeitslosigkeit. In: Reinhold Sackmann, Ansgar Weimann, Matthias Wingens (ed.). Die Generation der Wende. Westdeutscher Verlag, 57-88.
- Falk, Susanne (2000b): Geschlechtsspezifische Ungleichheit im vereinten Deutschland. In: Heinz-Herbert Noll und Roland Habich (ed.) Vom Zusammenwachsen einer Gesellschaft, Campus : 273-295
- Falk, Susanne/Schaeper, Hildegard (2001): Erwerbsverläufe von ost- und westdeutschen Müttern im Vergleich: ein Land – ein Muster? In: In: C. Born, H. Krüger (ed.). Individualisierung und Verflechtung. Juventa, 181-210.
- Goedicke, Anne (2002): Beschäftigungschancen und Betriebszugehörigkeit. Die Folgen betrieblichen Wandels für ostdeutsche Erwerbstätige nach 1989. Westdeutscher Verlag.
- Holst, Elke/Schupp, Jürgen (2001): Erwerbsverhalten von Frauen: Trotz Annäherung immer noch deutliche Unterschiede zwischen Ost und West. DIW-Wochenbericht 42/01.
- Holst, Elke/Schupp, Jürgen (1995): Aspekte der Arbeitsmarktentwicklung in Ostdeutschland. Berufliche Aufstiege vorwiegend von Männern verwirklicht, öffentlicher Dienst bislang wichtiger Stabilisator für die Beschäftigung von Frauen. DIW-Wochenbericht 23/95.
- Klement, Carmen (2001): Der freie Markt und seine Grenzen. Aufstiegsweiterbildung in einem geschlechtshierarchisch strukturierten Arbeitsmarkt. In: C. Born, H. Krüger (ed.). Individualisierung und Verflechtung. Geschlecht und Generation im Lebenslaufregime. Juventa, 139-157.
- Klammer, Ute/Klenner, Christina/Ochs, Christiane/Radke, Petra/Ziegler, Astrid. (2000): WSI-FrauenDatenReport. edition sigma.
- Konietzka, Dirk (2001): Hat sich das duale System in den neuen Ländern erfolgreich etabliert? Ausbildung, Arbeitslosigkeit und Berufseinstieg in Ost- und Westdeutschland in der Mitte der 1990er Jahre. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 53, Heft 1, 50-75.

- Nickel, Hildegard Maria (1999): Lebenschancen von Frauen in Ostdeutschland. Risiken und Optionen der Neuformierung von Frauenerwerbsarbeit In: Wolfgang Glatzer und Ilona Ostner (ed.). Deutschland im Wandel. Sonderband der Zeitschrift Gegenwartskunde, Leske + Budrich, 255-264.
- Nickel, Hildegard Maria/Sabine Schenk (1994): Prozesse geschlechtsspezifischer Differenzierung im Erwerbsleben. In: Hildegard Maria Nickel; Jürgen Kühl; Sabine Schenk (ed.). Erwerbsarbeit und Beschäftigung im Umbruch. Berlin: Akademie Verlag, 259-282.
- Pfau-Effinger, Birgit (2000): Kultur und Frauenerwerbstätigkeit in Europa. Theorie und Empirie des internationalen Vergleichs. Leske + Budrich.
- Roy, Klaus-Bernhard (1996): Arbeitsmarktpolitik. Probleme und Perspektiven im ostdeutschen Transformationsprozess. In: Bernd Rebe, Franz Peter Lang. Die unvollendete Einheit. Cloppenburg Wirtschaftsgespräche Band 8, 193-223.
- Solga, Heike/Diewald, Martin/Goedicke, Anne (2000): Arbeitsmarktmobilität und die Umstrukturierung des ostdeutschen Beschäftigungssystems. In Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt – und Berufsforschung (2), 242-260.
- Statistisches Bundesamt (Hg.) (1999): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Fachserie 1, Reihe 4.1.1 Stand und Entwicklung der Erwerbstätigkeit 1998 (Ergebnisse des Mikrozensus), Metzler-Poeschel.
- Spiess, Katharina/Wagner, Gert/Kreyenfeld, Michaela (2000): Kindertageseinrichtungen in Deutschland. Ein neues Steuerungsmodell bei der Bereitstellung sozialer Dienstleistungen. DIW-Wochenbericht 18/00.
- Trappe, Heike (1995): Emanzipation oder Zwang? Frauen in der DDR zwischen Beruf, Familie und Sozialpolitik. Akademie Verlag.
- Trappe Heike (2001): Zur Erwerbssituation ostdeutscher Frauen im Kontext des geschlechtsspezifischen Umbaus des Wirtschaftssystems. Vortrag auf der Fachtagung "Alleinerziehende, Stärken und Probleme. Impulse für eine handlungsorientierte Forschung", Erfurt, April 2001.
- Trappe, Heike/Rosenfeld, Rachel (2001): Geschlechtsspezifische Segregation in der DDR und der BRD. Im Verlauf der Zeit und im Lebensverlauf. In. B. Heintz.

Geschlechtersoziologie. Sonderheft 41/2001 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 152-181.

Wiener, Bettina (1997): Ausdifferenzierungsprozesse im Erwerbssystem und Neustrukturierung von Erwerbsmustern - Ein Überblick. In: Sabine Schenk (ed.). Ostdeutsche Erwerbsverläufe zwischen Kontinuität und Wandel. Opladen: Leske + Budrich, 11-58.

Michael Hofmann

Bilanz der Transformation

Eine Bilanzierung der ersten 12 Jahre gesellschaftlicher Transformation in Ostdeutschland zu versuchen, gleicht einem Eiertanz. Einerseits sind die Modernisierungen, Demokratisierungen und Konsumverbesserungen der Gesellschaft unübersehbar, andererseits geriet ein großer Teil der ostdeutschen Bevölkerung in eine Abwärtsspirale und konnte seine strukturellen (Berufs-) Chancen nicht verbessern. Wie dieses zwiespältige Ergebnis zu bewerten sei, darüber streitet sich die politische Öffentlichkeit.¹² Denn die Diskussion ist zugleich mit der (banger) Frage nach dem „Wohin treibt Ostdeutschland?“ verbunden.

Im Folgenden soll ein Überblick über die Tendenzen des sozialen Wandels in Ostdeutschland in der Transformation gegeben werden. In einem ersten Schritt werden die strukturellen und sektoralen Veränderungen Ostdeutschlands diskutiert (die Tertiärisierung), um dann in einem zweiten Schritt soziale Entwicklungsszenarien für Ostdeutschland zu zeichnen (den Wandel sozialer Milieus).

1. Strukturelle Auf- und Abstiege in Ostdeutschland

Die Frage nach den strukturellen Auf- und Abstiegschancen ist die Frage nach Gewinnern und Verlierern im Transformationsprozess. Diese Frage ist zunächst einmal klar zu beantworten: Die „Wende“ in der DDR bedeutete das Ende der industriellen Epoche für Ostdeutschland. Das, was für jeden Beobachter der DDR augenscheinlich war, die fehlende Konkurrenzfähigkeit der DDR-Industrie auf dem westlichen Weltmarkt, führte zur bruchartigen Demontage: Bis 1994 gingen 2 800 000 Arbeitsplätze in der Industrie verloren. Ähnliches galt für die Landwirtschaft, deren sektoraler Anteil am Sozialprodukt von fast zehn auf unter drei Prozent sank. In der

¹² Im Untertitel eines Buches von Thomas Roethe wird von einem „Ende der Schonzeit“ für die Ostdeutschen gesprochen und damit eine notwendige, heftige Diskussion über die Bewertung des Vereinigungsprozesses provoziert. Allerdings legt Roethe keine soziologischen Analysen vor, sondern bebildert auf fast vergnüglich sarkastische Weise politische Ressentiments. Vgl. Thomas Roethe (1999): *Arbeiten wie bei Honecker, leben wie bei Kohl.* Ein Plädoyer für das Ende der Schonfrist. Frankfurt

Landwirtschaft gingen 660 000 Arbeitsplätze verloren. Diese Strukturbrüche trafen vor allem Beschäftigte mit ausführenden Tätigkeiten sowie mit Hilfstätigkeiten. Die letzte Berufszählung der DDR aus dem Jahre 1981 hatte ergeben, dass 65 % aller Beschäftigten der DDR in diesen Tätigkeitsbereichen arbeiten.

Die Deindustrialisierung traf also vor allem die größte Gruppe wirtschaftlich Tätiger der DDR, die Meister und Facharbeiter, aber auch fast alle Hilfstätigkeiten.

Der massive Abbau der Industriebeschäftigten wurde allerdings, und dies ist ein wichtiges Spezifikum für Ostdeutschland, von starken arbeitspolitischen Maßnahmen begleitet. Drei Prozesse federten für große Gruppen ostdeutscher Industriearbeiter die bruchartigen Umstrukturierungen ab: Erstens gab es großzügige Vorruhestands- und Rentenregelungen, die die rasche Außerdienststellung der DDR-Aufbaugeneration von Arbeitern erleichterten.

Zweitens wurden umfangreiche Kurzarbeits- und ABM-Regelungen vor allem für den Kern der traditionellen (männlich dominierten) Industrien, der Bergbau-, Kohle-, Metall-, Maschinenindustrie geschaffen.

Drittens schließlich kam es vor allem vor und in der unmittelbaren „Wendezeit“ zu einer starken Abwanderung junger, gut qualifizierter Facharbeiter hin zu den westdeutschen Industriestandorten.

Das Ende der Industrie war also in Ostdeutschland mit sozialen Maßnahmen umfangreich abgefedert. Außerdem gelang es, einige Kernbereiche industrieller Produktion in Ostdeutschland zu erhalten bzw. neu aufzubauen. Es gibt einige bedeutende industrielle Kerne, wie das VW-Werk in Mosel bei Zwickau, wie Carl Zeiss Jena oder Siemens in Dresden. Diese Vorzeigebispiele dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die industrielle Struktur in Ostdeutschland nicht von großen Industrieunternehmen, sondern vor allem von den lokalen, kleinen Gewerbetreibenden in den neu entstandenen, baulich stark subventionierten Gewerbegebieten repräsentiert wird.

Anders in den Dienstleistungen. Obwohl der tertiäre Bereich wuchs, gab es auch hier zunächst einmal viele Umschichtungen und Entlassungen. Tendenzielle Verlierer waren hier vor allem die Berufsgruppe der Verkäuferinnen, zum Teil die Angestellten der politischen und gesellschaftlichen Organisationen der DDR sowie wiederum die

Hilfstätigkeiten. Allerdings gab es für sie viel weniger arbeitspolitische Stützungen und öffentliche Aufmerksamkeit, denn die Dienstleistungsbereiche galten ja als die strukturellen Gewinner der Transformation. Die enorme Modernisierung des Einzelhandels in Ostdeutschland zum Beispiel führte zu einer Verzehnfachung der Verkaufsflächen bei gleichzeitiger Reduzierung der Beschäftigten auf die Hälfte. Diese Entlassungen blieben weitgehend „unbemerkt“. Den verbliebenen Verkäuferinnen, in der DDR ein Facharbeiterberuf, forderte der Strukturwandel entweder eine weitere wirtschaftliche oder Management-Qualifizierung ab oder degradierte sie zu Pack-, Auffüll- oder Kassierungskräften.

Die große Mehrheit der ausführenden und der Hilfs-Tätigkeiten (die in der DDR immerhin ca. 400 000 Arbeitsplätze ausmachten) wird für die modernisierte, tertiärisierte Wirtschaftsstruktur Ostdeutschlands offensichtlich nicht gebraucht. Dieser Bereich stellt auch den Hauptteil der ostdeutschen Arbeitslosen.

Die Verlierer sind also die Arbeiter, aber abgestuft nach Gruppen: Am schlimmsten hat es die Landarbeiter getroffen, die ohne arbeitspolitische Sonder-Interventionen und ohne Chance auf die Schaffung von entsprechenden ländlichen Wirtschaftsstrukturen ihre Arbeit verloren. Hart getroffen wurden auch die Arbeiterinnen der Textil- und der Leichtindustrie. Hier gab es vergleichsweise viel geringere arbeitspolitische Anstrengungen. Außerdem alle un- und angelernten Arbeiter und Hilfskräfte, die als billige Arbeitskräfte entweder von ausländischen (in der Bauwirtschaft) oder von höher qualifizierten Arbeitern ersetzt werden. Diese großen Gruppen haben strukturell viel häufiger Abstiege erlebt als andere Beschäftigtengruppen.

Durch die gleichzeitige Verbesserung der Konsummöglichkeiten und die ungleich günstigeren Rentenregelungen fallen die persönlichen Bilanzen der strukturellen Verlierer jedoch unterschiedlich aus.

Viel günstiger sah es hingegen für die führend, leitend und verwaltend Tätigen, ein gutes Drittel aller Beschäftigten in der DDR, aus. Die Transformation brachte eine rasche sektorale Verschiebung in Ostdeutschland mit sich: der Dienstleistungssektor (tertiärer Sektor) wuchs und wurde 1990 zum dominierenden Sektor in Ostdeutschland. Die DDR hatte zu keiner Zeit den Tertiärisierungsgrad der Bundesrepublik erreicht.

Nach dem 2. Weltkrieg war die sowjetische Besatzungszone insgesamt der industrielle und tertiär weniger entwickelte Teil Deutschlands. Der Tertiärisierungsgrad der DDR betrug 1950 nur etwa 27 % (gegenüber 33,7 % in der BRD). Durch die Bildungsreform, den Ausbau staatlicher, kultureller, sozialer und Sicherheitsinstitutionen holte die DDR den Tertiärisierungsrückstand gegenüber der Bundesrepublik in den 1950er Jahren fast auf. 1960 hatte die DDR einen Tertiärisierungsgrad von 37 %, nur 1,6 % weniger als die Bundesrepublik. Erst nach der Ölkrise ab Mitte der 1970er Jahren vergrößerte sich der Abstand wieder beträchtlich. Denn durch die Ölkrise wurden in der Bundesrepublik ein industrieller Modernisierungsschub und internationale Vernetzungs- und Globalisierungsbestrebungen ausgelöst, die in besonderem Maße so genannte moderne Dienstleistungen (Forschung und Entwicklung, Marketing, Finanzdienstleistungen etc.) beförderten.

Die DDR hingegen konnte die Krise nicht durch eine Modernisierung ihrer energetischen und technischen Basis überwinden. Sie musste, eingebunden in das sowjetische Wirtschaftssystem, durch eine extensive Nutzung einheimischer Braunkohle, ihre Energiebasis selbstständig sichern. Außerdem hemmte die politische Monopolisierung die Entwicklung moderner Dienstleistungen in den Bereichen Finanzen, Marketing und Management. So waren es in den 1970er und 1980er Jahren vor allem der enorme Ausbau der politischen und Sicherheitsbereiche sowie die Erweiterung sozialer und kultureller Strukturen, negativ als Ausprägung des „Wasserkopfes“ bezeichnet, die den abgeflachten Tertiärisierungsverlauf in der DDR trugen. Diese Schwerpunktsetzung der DDR-Dienstleistungen im Kultur-, Sozial- und Sicherheitsbereich hatte sehr viel mit dem politischen Versuch der Stabilisierung des gesellschaftlichen Systems der DDR zu tun. Wirtschaftlich gesehen handelte es sich um einen „hinkenden Tertiärisierungsprozess“ (Vester)¹³. Die Transformation brachte nun wieder einen Anstieg der Tertiärisierungskurve, ohne das DDR-Muster der Tertiärisierung grundlegend zu verändern: der Schwerpunkt der Dienstleistungen liegt in Ostdeutschland Ende der 1990er Jahre wiederum im kulturellen, sozialen und Verwaltungsbereich. Auch die Ursache dieser Neuauflage der „hinkenden Tertiärisierung“ ist die gleiche: die Notwendigkeit sozialer Stabilisierung der

¹³ siehe Vester/Hofmann/Zierke (Hg.)(1995): Soziale Milieus in Ostdeutschland, Köln, S. 23

ostdeutschen Gesellschaft. So genannte wirtschaftsnahe Leistungen (Forschung, Service, Beratung, Management) konnten wegen der Deindustrialisierung in Ostdeutschland auch kaum entstehen. Im Gegenteil, fast die gesamte Industrieforschung der DDR wurde abgewickelt bzw. wanderte in die westdeutschen Zentralen ab.

Dennoch wurden in den Dienstleistungsbereichen 700 000 Arbeitsplätze gewonnen. Das liegt zum einen daran, dass ein Beschäftigtenabbau in den sozialen, kulturellen, Bildungs- und Verwaltungsbereichen in großem Umfang nicht zu verzeichnen war. Zwar gab es Umstrukturierungen in der Medizin, der Kultur (die so genannten freien Träger entstanden), aber die Beschäftigtenzahl reduzierte sich kaum. Zum anderen gab es Zuwächse, die meisten in den Finanzdienstleistungen, wo verwaltungs- und führungserfahrene Erwerbstätige mittlerer und höherer Bildung gefragt waren.

Zudem erlebte Ostdeutschland einen wirtschaftlichen Gründungsboom, bis 1992 hatten sich über eine halbe Million vor allem kleinere Unternehmen neu gegründet. Die soziale Zusammensetzung der Gründer war sehr verschieden, auf jeden Fall aber öffneten sich hier für die Ingenieure und Manager der sozialistischen Industrie und Landwirtschaft neue Möglichkeiten. Zwar folgte dem Gründungsboom der Gründerkrach 1993/94, in dem vorübergehend höhere Ab- als Anmeldezahlen für Gründer verzeichnet wurden, aber die Wiederbelebung des „alten Mittelstandes“ im Osten Deutschlands gehört dennoch zu den Gewinnergeschichten der Transformation.

Im ostdeutschen Transformationsprozess öffneten sich also vor allem in den Dienstleistungsbereichen soziale Räume: Dienstleistungsberufe und generell führende, leitende und verwaltende Tätigkeiten hatten strukturell Gewinnerchancen: das betraf Funktionäre und Manager in Industrie und Landwirtschaft ebenso wie Ärzte, Juristen, Lehrer und generell Angestellte der gesellschaftlichen und staatlichen Verwaltungen.

Fasst man diese beiden widersprüchlichen Tendenzen zusammen, so ergibt sich folgende Bilanz der Tertiärisierung:

Von 1990 bis 1995 erlebte Ostdeutschland eine ungewöhnlich hohe soziale Mobilität. Über fünf Jahre lang lag die jährliche Mobilität über 50 %, d.h. über die Hälfte der Beschäftigten fand sich am Ende des Jahres auf einer veränderten Position gegenüber dem Jahresanfang. Diese Zeit der hohen sozialen Mobilität griff in fast jede ostdeutsche

Biographie ein, zumal sie eine über zwei Jahrzehnte andauernde soziale Immobilität und in den 1980er Jahren auch die Erstarrung in der DDR ablöste. Jeder Ostdeutsche hat also seine eigenen, persönlichen Erfahrungen mit den gesellschaftlichen Strukturbrüchen gemacht. Dennoch stellt die Transformation keine soziale Revolution dar. Es fand keine größere soziale Durchmischung statt: Oben blieb Oben, Mitte blieb Mitte und Unten blieb Unten. Die Transformation wirkte wie ein Lösen der Fesseln, die ostdeutsche Gesellschaft trieb auseinander. Vom Startpunkt der 1980er Jahre in der DDR ausgehend vergrößerten sich lediglich die sozialen Abstände, größere soziale Ungleichheiten entstanden. Untere soziale Lagen gehörten (strukturell gesehen) viel eher zu den Verlierern als obere, Aufstiege sind wiederum vermehrt in den mittleren und oberen sozialen Lagen anzutreffen. Von denen, die mobil waren (unabhängig davon, ob freiwillig oder gezwungenermaßen), erlebten 77 % eine Abwärtsmobilität und 23 % eine Aufwärtsmobilität.¹⁴ Diese strukturellen Auf- und Abwärtsbewegungen umfassen in ihrer großen Mehrheit nicht dramatische Abstürze vom Professor zum Arbeitslosen oder rasante Aufstiege vom Universitätsangestellten zum Vorstandsvorsitzenden eines Software-Unternehmens.¹⁵ Die typischen Mobilitätspfade waren Auf- und Abstiege um eine Stufe in der sozialen Position. Für den Gründungsboom, soweit er auf ostdeutschen Gründern beruht, ist zum Beispiel der Aufstieg leitender Angestellter in die nächste Kategorie, die Selbstständigen, typisch (etwa im Fall des Management buy out). In den Dienstleistungsbereichen (z.B. bei der Sparkasse Leipzig) gab es zahlreiche Aufstiege von Angestellten von einfachen zu qualifizierten Tätigkeiten. Auch auf den Modernisierungseinseln der ostdeutschen Industrie gab es für Facharbeiter Aufstiegsmöglichkeiten zum Vorarbeiter, Polier oder Meister.

Bei den Abstiegen gab es die Abstufung leitender Angestellter in qualifizierte (Stellvertreter-)Tätigkeiten in vielen Bereichen. Vor allem in den Verwaltungen,

¹⁴ Diese Zahlen stammen aus dem DFG-Projekt „Ostdeutschland: Soziallagen im Umbruch“ von Frank Adler und Albrecht Kretschmar. Siehe ihr Paper auf der Arbeitstagung der Gruppe Arbeitsmarkt/Sozialstruktur in Bremen am 01.12.1994. Die Zahlen wurden durch die aktuelle Sozialberichterstattung ergänzt. Vergleiche auch Thomas Buhlmann (1996): Sozialstruktureller Wandel. In: Zapf/Habich (Hg.)(1996): Wohlfahrtsentwicklung im vereinten Deutschland. Berlin, S. 25-49

¹⁵ Diese Auf- und Abstiege gab es und sind vor allem in den Zeitungen immer wieder beschrieben worden: siehe in der Leipziger Volkszeitung vom 11./12. September 1999 den Bericht über das erfolgreiche ostdeutsche Softwareunternehmen PC-Ware und seinen Geschäftsführer, einen ehemaligen Mitarbeiter der Universität Leipzig.

Hochschuleinrichtungen und staatlichen Dienstleistungen entstand durch die westdeutsche Elitenkonkurrenz oft eine Art Überschichtung ostdeutscher Strukturen, aber auch die Vereinfachung und Verflachung der Hierarchien trug zu diesem Effekt bei. Für (Metall-, Maschinenbau- oder Bergbau-)Facharbeiter war die Umschulung bzw. das Anlernen in einer Bauhilfstätigkeit ein typischer Mobilitätspfad, sehr oft verbunden mit einem Abstieg vom Facharbeiter in die Stellung eines angelernten Arbeiters. Neu bei den strukturellen Abstiegen war die Entstehung eines neuen unteren Sozialraumes von risikoreichen, problematischen Positionen.¹⁶ Hier entstanden zum einen massenhaft prekäre Beschäftigungsverhältnisse (mit ca. 60 % des Facharbeitereinkommens). Auch der massive Einsatz arbeitspolitischer Maßnahmen (die so genannten ABM-Stellen) führte nicht zu einer Integration dieser Arbeitskräfte in den ersten Arbeitsmarkt. Zum anderen stieg die Zahl der Langzeitarbeitslosen (länger als 24 Monate arbeitslos). Die dauerhafte Ausgrenzung aus dem Arbeitsmarkt ließ eine für die ostdeutsche Sozialerfahrung neue Versorgungsklasse entstehen.

1994/95 ebte die hohe soziale Mobilität in Ostdeutschland ab. Sowohl die Schrumpfung der Industrie auf einige Kernbereiche als auch der Aufbau neuer Dienstleistungen waren strukturell abgeschlossen. Die Räume sozialer Möglichkeiten schlossen sich wieder, was die Verteilungskämpfe deutlicher hervorbrechen ließ. Wir können also seit der Mitte der 1990er Jahre von einem neuen Status quo sprechen, der als Ergebnis der ostdeutschen Transformation entstand.

Vergleichen wir nun dieses Ergebnis mit dem politischen Ziel der Strukturangleichung, so zeigt sich in Ostdeutschland erstens ein deutliches Defizit im verarbeitenden Gewerbe, zweitens ein ungleicher Stand in den Dienstleistungen. Ostdeutschland hat durch die hohen Rationalisierungseffekte im Einzelhandel und im Finanzwesen viel modernere Strukturen, in den entstaatlichten Dienstleistungen gibt es etwa die gleichen Strukturen, aber in den staatlichen Dienstleistungen, zum Beispiel den Kommunalverwaltungen gibt es in Ostdeutschland ein deutliches (weiblich dominiertes) Übergewicht der Beschäftigten. Insofern ist es problematisch, dass sich die politischen Angleichungsbemühungen in den letzten Jahren vor allem auf die Reduzierung der Verwaltungskräfte in Ostdeutschland (Sparprogramm) konzentrieren. Denn eine

¹⁶ Siehe dazu auch Adler/Kretzschmar a.o.O. S. 7f.

Angleichung der industriellen Parameter ist nicht in Sicht, im Gegenteil, hier öffnet sich die Schere zwischen Ost- und Westdeutschland eher, als dass sie sich schließt. Das heißt also, dass der Osten Deutschlands strukturell anders ist und auf längere Zeit auch bleibt. Interpretativ wurden daraus verschiedene extreme Schlussfolgerungen gezogen: vom Osten als „Mezzogiorno Deutschlands“ und vom „Versuchsfeld Deutschlands“, in dem über die Außerkraftsetzung traditioneller marktwirtschaftlicher Regelungen und Tarife neue Dynamiken entfaltet werden sollen, was schließlich alte Überholängste und -hoffnungen neu entfachte.

Realistische Szenarien werden wohl in der Mitte dieser beiden Pole liegen: Es wird einfach nicht mehr viel passieren. Die Strukturen, die in der Mitte der 1990er Jahren errichtet waren, deuten dauerhaft die Probleme Deutschlands an: Soziale Verteilungskämpfe und hinkende Tertiärisierung in Ostdeutschland.

2. Der Wandel sozialer Milieus in Ostdeutschland

Deutschland ist aufgrund seiner zweistaatlichen Entwicklung auch nach der Vereinigung ein Staat mit zwei Gesellschaften. In Ostdeutschland gibt es eine andere soziale Geschichte und deshalb auch andere soziale Milieus als in Westdeutschland. Ausgehend von ihrer sozialen Stellung und Grundorientierung können wir in Ostdeutschland 1995 neun verschiedene soziale Milieus unterscheiden:

Grafik 4: Soziale Milieus in Ostdeutschland 1995

Die sozialen Milieus in Ostdeutschland: Soziale Stellung und Grundorientierung 1995

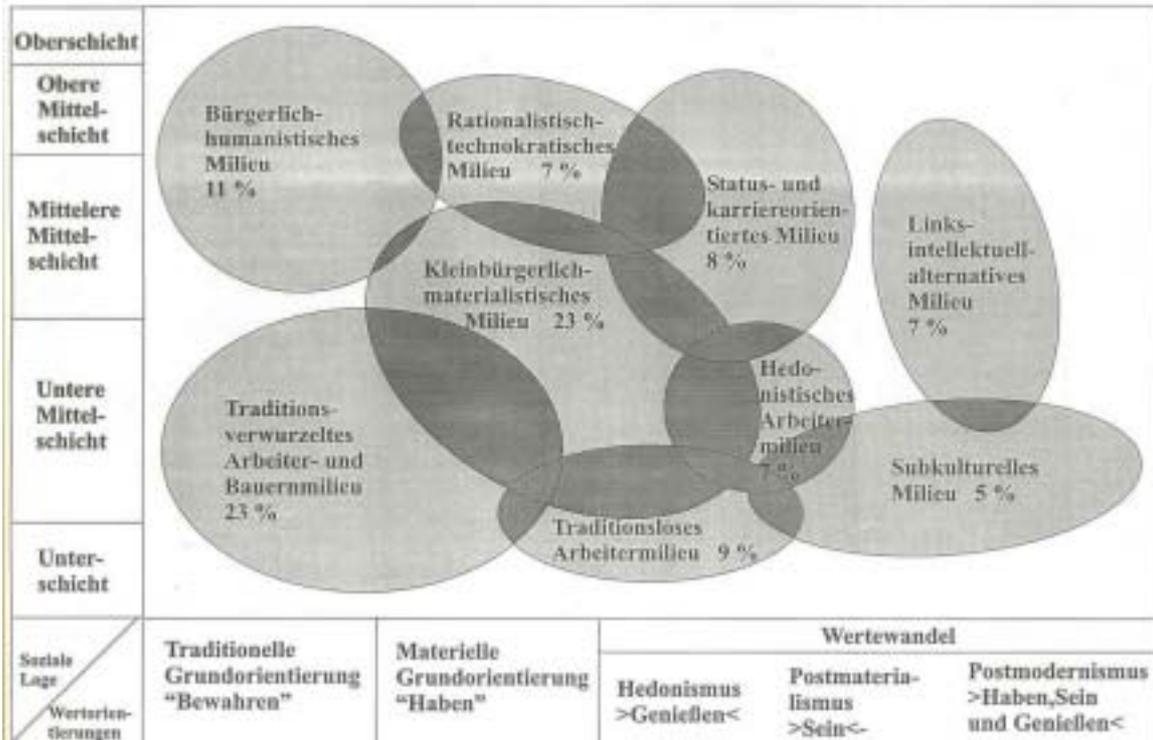


Schaubild 1: Soziale Milieus in Ostdeutschland 1995

Sozialhistorisch gesehen lassen sich diese Milieus drei verschiedenen "Lebensaltern" zuordnen:

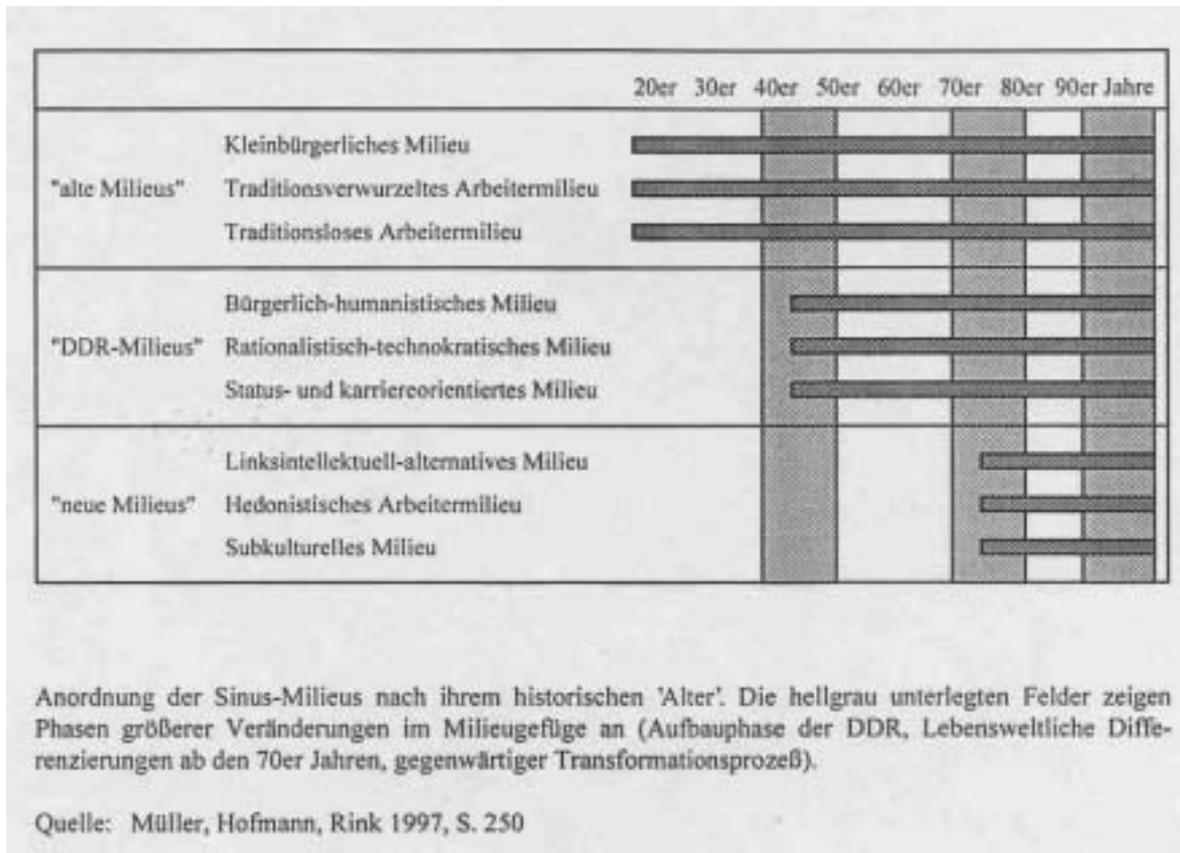


Schaubild 2: Soziale Milieus in Ostdeutschland nach „Lebensalter“

Die zeitlich unterschiedlich geprägten Lebensweisen zeigen die traditionellen überkommenen Milieus der Unter- und Mittelschichten, die oberen DDR-geprägten Milieus des kollektiven Aufstiegs und die neuen, oft hedonistisch orientierten, Milieus, die ihre Entstehung den Wertewandelprozessen der 1970er und 1980er Jahre verdanken:

2.1 Die „alten“ Milieus

Auf alle diese traditionell überkommenden Lebenswelten übte die DDR in den Jahren ihres Neuaufbaus beträchtlichen (politischen) Druck aus. Sozialhistorisch gesehen

wurde die alte Arbeiterklasse in der DDR nicht „befreit“, sie passte sich mit einer nicht zu unterschätzenden Verhandlungsmacht den sozialistischen Verhältnissen an, konnte aber auch ihre traditionellen Lebenswelten bis in die 1980er Jahre hinein verteidigen. Modernisierte, jüngere Fraktionen trennten sich ab Ende der 1970er Jahre als hedonistisches Arbeitermilieu von den traditionsverwurzelten Lebenswelten dieser Arbeiter ab.

Die traditionslosen Arbeiter, jenes flexible um Respekt und Integration ringende, dem Berufsstolz und engen Familientraditionen aber meist entfernte Milieu, konnte seine Lebenswelt in der DDR ganz besonders stabilisieren.¹⁷

Dem kleinbürgerlich-materialistischen Milieu wurde in den 1950er Jahren in der DDR versucht, die eigene wirtschaftliche Reproduktionsbasis zu entziehen. Jedoch gelang das nicht vollends. Auch waren die sozialen Ausgrenzungs- und Druckerfahrungen dieser sicherheitsorientierten Lebenswelt stark genug, um sich zu verteidigen. In den 1980er Jahren stabilisiert sich dieses Milieu auch in der DDR.¹⁸

Diese traditionellen Lebenswelten gerieten nun durch die Transformation am meisten unter Druck. Dabei war es vielleicht sogar günstig, das in der DDR zum größeren Teil traditionelle Lebensverhältnisse herrschten. Die traditionellen Milieus verfügen über beträchtliche soziale Ressourcen und Netzwerke, um die strukturellen Abstiege zu verarbeiten. Sie werden im weiteren Verlauf der Transformation schrumpfen bzw. sich in ihren Anteilen verschieben. Abgeschnitten von ihrer Reproduktionsbasis, den Großbetrieben, trifft der Schrumpfungsprozess vor allem das traditionsverwurzelte Arbeitermilieu.¹⁹ Das traditionslose Arbeitermilieu hingegen wird wachsen und sich stärker auf moderne Jobmentalitäten ausrichten. Die stabilste der deutschen Lebenswelten, das kleinbürgerliche Milieu wird ebenfalls von Schrumpfungsprozessen betroffen sein, weil jüngere und modernisierte Fraktionen von Aufsteigern sich von ihm abspalten. Aber durch die tendenzielle Revitalisierung des alten Mittelstandes und die starke Basis dieses Milieus in den verwaltenden Dienstleistungsbereichen werden die

¹⁷ siehe dazu: Vester/Hofmann/Zierke (Hg.)(1995): Soziale Milieus in Ostdeutschland., aber auch: Engler (1999): Die Ostdeutschen, Berlin

¹⁸ siehe dazu: Müller/Hofmann/Rink: Diachrone Analysen von Lebensweisen in den neuen Bundesländern. In: Hradil/Pankoke (Hg.)(1997) Aufstieg für alle? S.252ff.

¹⁹ siehe dazu: Hofmann/Rink (1993): Die Auflösung der ostdeutschen Arbeitermilieus. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 26-27/1993

ostdeutschen kleinbürgerlichen Lebenswelten auch den politischen Bruch der Transformation mit neuem Anpassungsvermögen und reproduktiver Selbstbehauptung dauerhaft überleben.

2.2 Die „DDR-Milieus“

Wenn die DDR eine sozialhistorische Leistung vollbracht hat, so war es eben nicht die Befreiung der Arbeiterklasse, sondern die Erschaffung neuer gesellschaftlicher Eliten. Nach der Entnazifizierung und der Vertreibung des Wirtschaftsbürgertums gab es in der sowjetischen Besatzungszone nur schwach besetzte funktionelle Eliten. In einer der Transformation vergleichbaren Phase sozialer Mobilität, in einem politisch gesteuerten „Aufstiegsog“ rekrutierte die DDR Ende der 1940er und in den 1950er Jahren sämtliche Funktionseliten neu. Jene Vertreter der DDR-Aufbau- und Aufstiegsgenerationen besetzten in diesen Jahren alle leitenden und mittleren Funktionen in Staat und Gesellschaft. Sie wurden die staatstragende Generation der DDR. Sie sorgten dann in den 1960er und 1970er Jahren auch dafür, dass ihren Kindern gleiche Aufstiegs- und Bildungschancen zukamen. Die Selbstrekrutierung der Bildungseliten war in der DDR in den 1980er Jahren viel höher als in der Bundesrepublik: auch ein Grund der sozialen Erstarrung.²⁰ Es gab im Wesentlichen drei verschiedene Muster des Aufstiegs, der die Lebenswelten entscheidend prägte: Den effizienz- und technikorientierte Typus des sozialistischen Managers in den Wirtschaftsleitungen, Verwaltungen und in der Armee (die Lebenswelt des rationalistisch-technokratischen Milieus), den anpassungs- und karriereorientierten Typus der Staatsbürokratie, der Funktionäre von Parteien und Massenorganisationen, der Sicherheitsorgane, des Leistungssports usw. (die Lebenswelt des status- und karriereorientierten Milieus) und den aufklärungs- und bildungsorientierten Typus im Bildungswesen, der Ärzteschaft, im Kultur- und Sozialbereich (die Lebenswelt des bürgerlich-humanistischen Milieus).

Entgegen vieler politischer Erwartungen bestanden gerade diese DDR-Milieus im Transformationsprozess ihre erste historische Bewährungsprobe erstaunlich gut.

²⁰ siehe dazu: Geißler (1983): Bildungschancen und Statusvererbung in der DDR. In: KZfSS 35/1983

Die Vertreter des rationalistisch-technokratischen Milieus waren in der Abwicklung der veralteten DDR-Industrien und der wirtschaftsorganisatorischen Umstrukturierung wichtige Akteure. Außerdem passte die DDR-sozialisierte Form der Technokratie (ungebrochener Modernisierungsglaube) gut zum Aufbauprogramm für Verwaltung und Wirtschaft. Ein Teil der (in Ostdeutschland im Durchschnitt über vierzigjährigen Existenzgründer) kam aus diesem Milieu. Hier hingen Abstiege vor allem mit politischer Ausgrenzung (etwa Stasi-Mitarbeit) oder mit dem Alter (Vorruhestand) zusammen. Ansonsten gab es in diesem Milieu viele Aufstiege.

Im aufstiegs- und karriereorientierten Milieu wurden viele Menschen in der Anfangsphase der Transformation als „Wendehälse“ abgestempelt, weil sie aus politischen Funktionen massenhaft in Versicherungsvertreter-Jobs abwanderten. Noch in der DDR saßen sie in den wenigen Schleusen, die diese erstarrte Gesellschaft für einen schnellen Aufstieg bereitstellte: im Hochschulwesen, Bereich Marxismus-Leninismus, in politischen Ämtern und Funktionen, in der Armee und bei der Staatssicherheit, im Leistungssport oder in einigen ingenieurtechnischen Bereichen. Aus diesem Grund gehörten sie zu den ersten, die freigesetzt den neu entstehenden Arbeitsmarkt erobern konnten. Und trotz aller politischen und moralischen Diskussionen besaßen sie auch die entsprechenden Voraussetzungen und Qualifikationen für den Aufbau neuer Dienstleistungsbereiche wie das Finanzwesen, die Versicherungsbranche und natürlich die neuen Sicherungsaufgaben bei den Wach- und Schließgesellschaften. Die „good jobs“ im auf- und ausgebauten Dienstleistungsbereich gingen nicht selten an die Vertreter dieses DDR-Milieus.

Im bürgerlich-humanistischen Milieu gab es die wohl größten Anpassungsschwierigkeiten und -konflikte. Das lag zum Teil daran, dass dieses Milieu seinen Bildungsaufstieg und seine gesellschaftliche Selbstverortung eng an das Ethos einer sozialistischen Gesellschaftsutopie bzw. an ein Aufklärungsethos gebunden sah. Einerseits verhalf nun die Transformation den bildungsorientierten Vertretern klassischer Bereiche der Medizin, Kultur oder des Bildungswesens zur besseren Etablierung. Die deutliche Lohnspreizung gegenüber Arbeitern erlaubte den Vertretern dieses spezifisch ostdeutschen Bildungsmilieus eine Ausdifferenzierung und Segregierung ihrer Lebensformen, wenn man so will: einen neuen Verbürgerlichungsschub. Andererseits gab es im Hochschul- und Rechtsbereich eine

starke Elitenkonkurrenz aus Westdeutschland. Hinzu kam die Delegitimierung der sozialistischen und zum Teil auch der aufklärerischen Gesellschaftsideen. Im bürgerlich-humanistischen Milieu Ostdeutschlands bildeten sich deshalb zwei Pole heraus: die in der Elitenkonkurrenz meist unterlegenen, beruflich nicht fest integrierten Intellektuellen, die an ihrem aufklärerischen und sozialistischen Ethos als Integrationsideologie festhalten. Nach einer Untersuchung des Sinus-Institutes aus dem Jahre 1998 bildet diese Fraktion sogar den Kern eines eigenen Milieus: „dem postsozialistischen Vorruhestandsmilieu“²¹. Die Partei des demokratischen Sozialismus ist für viele Vertreter dieser sozialistischen Bildungsaufsteiger zu einer "Milieupartei" geworden.

Im anderen, etablierteren Pol des Milieus stabilisierten sich die Lebenswelten. Die schon in der DDR in den 1980er Jahren spürbar gewordene "Verbürgerlichung" (äußerlich sichtbar am Umzug aus den Plattenbauten in die alten Bürgerwohnungen, an der Verstärkung "bürgerlicher" Geselligkeitsgewohnheiten, Salons, Restaurants und Kleidungsformen, Jacketts, sowie an der deutlichen Distinktion zur "Arbeiterklasse", Anredeformen, Entmischung der Freundeskreise) setzt sich verstärkt fort. Die etablierten Vertreter des sozialistischen Bildungsaufstiegs gewinnen mit neuer Verhaltenssicherheit und Deutungsmacht Züge einer ostdeutschen gesellschaftlichen Elite und eines Establishments, obwohl auch sie aufgrund ihrer Sozialerfahrungen oft Distanz zu den spezifischen Demokratie- und Freiheitserfahrungen des Westens halten. Noch, so scheint es, halten allerdings die Netzwerke und Gesellungsformen, die die Etablierten mit den nicht Etablierten verbindet. Nach unseren Erfahrungen sind die Kräfte der Milieuintegration vor allem über die sozialistisch-aufklärerische Integrationsideologie stark. Auch verbindet der Ost-West-Konflikt immer wieder beide Fraktionen. Der Spagat wird allerdings größer, so dass die vom Sinus-Institut bereits avisierte Abtrennung eines eigenen, weniger integrierten "post-sozialistischen Vorruhestandsmilieus" vorstellbar erscheint. Das hängt auch davon ab, wie weit der sozialistische und aufklärerisch-kritische Ethos zumindest im ostdeutschen Sozialraum seine Deutungsmacht behält.

²¹ siehe dazu: Typologie der Wünsche. Die Sinus-Milieus in Deutschland, herausgegeben vom Burda Advertising Center, Offenburg 2000.

2.3 Die neuen Milieus

Mit dem Wertewandel der 1970er Jahre, der Kulturalisierung der Lebensstile und vor dem Hintergrund der „Nischengesellschaft“ DDR (Gaus), bildeten sich neue Szenen und Milieus heraus, die wegen ihrer subkulturellen, autonomen und auch oppositionellen Intentionen nicht mehr staatstragende DDR-Sozialwelten darstellten. Zuerst sind hier die hedonistischen (meist männlichen) Arbeiter zu nennen, modernisierte, freizeit- und konsumorientierte jüngere Arbeiter, die ironischerweise oft die Ziehkinder der Honeckerschen Sozialpolitik und der Förderung junger Arbeiterfamilien waren. Diese neuen Arbeiter, meist beschäftigt auf den Modernisierunginseln der DDR-Industrie, hatten von ihren traditionellen Eltern durchaus das Arbeitsethos und die Arbeitsdisziplin übernommen, orientierten sich in ihren Lebensstilen aber zunehmend an den Konsum- und Freizeitkulturen der westlichen Welt. Für sie bot die DDR kaum Entfaltungsmöglichkeiten. Die Vertreter dieses Milieus stellten deshalb den Kern der Antragsteller auf Ausreise aus der DDR: es waren dies vorwiegend männliche, jüngere (im Schnitt 27 Jahre), gut ausgebildete Facharbeiter. Dieses Milieu ist in der Wendezeit stark dezimiert worden, konnte sich aber durch die Rettung und Modernisierung industrieller Kerne in Ostdeutschland rasch stabilisieren.

Zu den neuen Milieus zählt auch das linksintellektuell-alternative Milieu. Die Integrationsideologie dieses Milieus bezieht sich, ethisch hoch besetzt, auf alternative Gesellschaftsvorstellungen und Lebensweisen. Diese alternativen Ideologien und Lebenswelten waren in den 1970er und 1980er Jahren einerseits stark von den westlichen Friedens-, Reform- und Ökologiebewegungen bzw. von den Reformkonzepten des Prager Frühlings²² beeinflusst, andererseits gerieten sie mit den politischen Verhältnissen in der DDR immer stärker in Konflikt. Gerade weil in diesem linksintellektuellen Milieu vor allem sozialistische Reformhoffnungen kursierten, wurde es zu einem alternativen Milieu.²³

²² siehe dazu: Radovan Richta (1970): Zivilisation am Scheideweg, München

²³ Paradigmatisch dafür steht das Buch von Rudolf Bahro: Die Alternative, Berlin 1990, das bereits in den 1970er Jahren in intellektuellen Kreisen als Manuskript kursierte und einen Beginn alternativer linksintellektueller Szenen markiert.

Das linksintellektuell-alternative Milieu war die Lebenswelt vieler Vertreter der Bürgerbewegungen der DDR. In der Wendezeit bekamen sie kurzfristig großen Einfluß und Deutungsmacht, ließen sich aber nicht ohne weiteres in die neuen staatlichen und politischen Strukturen einpassen. So gibt es auch in diesem Milieu starke Differenzierungen und Polarisierungen zwischen den Etablierten, die langsam aus dem Milieu herauswachsen (in eher technokratische oder bürgerlich-humanistische Lebenswelten hinein) und den an ihrem alternativen Lebensstilen Festhaltenden. Ähnlich wie in Westdeutschland in den 1980er Jahren wird dieses alternative Milieu in Ostdeutschland wohl weiter schrumpfen.

Am schwierigsten ist die Geschichte des subkulturellen Jugendmilieus zu erzählen. Diese jugendlichen (Musik-)Szenen, die sich in den 1980er Jahren in der DDR zu eigenen, autonomen Lebenswelten verdichteten, bekamen in der Transformation zu einer freiheitlich-pluralistischen Gesellschaft große Entfaltungsräume. Versucht man ihre rasche Differenzierung in den 1990er Jahren nachzuzeichnen, stößt man an die Grenzen einer Milieustrukturierung Ostdeutschlands. Es lässt sich nicht entscheiden, ob es diesen jugendlichen Szenen gelingt, eine eigene, autonome Lebenswelt zu stabilisieren und auch im ökonomischen Sinne eigene (tertiäre) kulturelle Strukturen zu entfalten oder ob diese Milieukonstruktion vielmehr ein Passagemilieu beschreibt, das von Jugendlichen zeitweilig genutzt und durchschritten wird. Diese Frage ist vor allem bei den rechten, gewaltbereiten Szenen bedeutsam, weil sie darüber entscheidet, ob sich in Ostdeutschland diese rechtsextremen, gewaltbereiten Muster dauerhaft als Teil der politischen Kultur etablieren können. Zahlreiche rechtsextreme Saubermänner aus allen Teilen Deutschlands versuchen genau das zu erreichen.

Insgesamt sind diese neuen Milieus der westdeutschen Sozialerfahrung sehr ähnlich und entwickelten sich auch mit ähnlichen Integrationsideologien. Obwohl die Abgrenzung von benachbarten Szenen besonders scharf akzentuiert wird, ist die deutsche Einheit in diesen Lebenswelten viel weniger als Problem thematisiert. Es ist zu vermuten, dass in diesen sich an internationalen kulturellen Trends orientierenden Szenen wohl am ehesten zusammenwachsen wird, was zusammengehört. Dies ist dann aber kaum mehr ein Problem des Transformationsprozesses.

3. Ausblick

Nachdem in der Mitte der 1990er Jahre der institutionelle Strukturwandel weitgehend abgeschlossen wurde und die ostdeutsche Gesellschaft eine strukturelle Stabilität nachweist, sind die sozialen Veränderungen wieder viel stärker mit kulturellen Mustern erklärbar. Ab Mitte der 1990er Jahre können wir streng genommen nicht mehr von Transformation reden. Wir haben es in Ostdeutschland wieder mit einem „ganz normalen“ sozialen Wandel zu tun. Die soziale Mobilität reduzierte sich auf ein normales Maß, die Gesellschaft ist „zur Ruhe“ gekommen. Die Transformation ist abgeschlossen. Ihr Ergebnis ist eine soziale Gliederung Ostdeutschlands, die zahlenmäßig starke Ober- und Unterschichtmilieus, aber eher schwache Mittelschichtmilieus aufweist. Von dieser Gesellschaft am Anfang des neuen Jahrtausends „einen großen Sprung“ zu erwarten, eine Aufholjagd oder auch nur eine rasche Angleichung, wäre wenig sinnvoll. Es wird einfach alles so bleiben, wie es ist. Für Deutschland wird die Tatsache, dass es nunmehr ein Staat mit zwei Gesellschaften ist, aber wohl eher ein Motor als ein Bremsklotz sein.

Literatur:

Becker, Ulrich/Becker, Horst/Ruhland, Walter (1992): Zwischen Angst und Aufbruch. Das Lebensgefühl der Deutschen in Ost und West nach der Wiedervereinigung. Düsseldorf u.a.

Berking, Helmuth/Neckel, Sighard (1991): Außenseiter als Politiker. Rekrutierung und Identitäten neuer lokaler Eliten in einer ostdeutschen Gemeinde. In: Soziale Welt, H. 3/91.

Bertram, Hans/Hradil, Stefan/Kleinhenz, Gerhard (Hg.)(1995): Sozialer und demographischer Wandel in den neuen Bundesländern. KSPW-Reihe, Berlin.

Beyme von, Klaus (1995): Verfehlte Vereinigung - verpasste Reformen? In: Holtmann/Sahner, 41-68.

Thomas Buhlmann (1996): Sozialstruktureller Wandel. In: Zapf/Habich (Hg.)(1996): Wohlfahrtsentwicklung im vereinten Deutschland. Berlin, 25-49.

Buhlmann Thomas (1997): Vereinigungsbilanzen. apuz B 40-41/1997.

Burda und Sinus (1993): Wohnwelten in Ostdeutschland. Alltagsästhetik, Wohnmotive, Wohnstile und Gärten in den neuen Bundesländern. Offenburg.

Dahrendorf, Ralf (1990): Die offene Gesellschaft und ihre Ängste. Rede auf dem 25. Deutschen Soziologentag, Frankfurter Rundschau 13.Oktober.

Deppe, Rainer (1991): Bilanz der verlorenen Zeit. Industriearbeit, Leistung und Herrschaft in der DDR und in Ungarn. In: Rainer Deppe; Helmut Dubiel und Ulrich Rödel (Hg.): Demokratischer Umbruch in Osteuropa, Frankfurt.

Diewald, Martin/Mayer, Karl-Ulrich (Hg.)(1995): Zwischenbilanz der Wiedervereinigung. Strukturwandel und Mobilität im Transformationsprozess. Opladen.

Dümke, Wolfgang/Vilmar, Fritz (Hg.)(1995): Kolonialisierung der DDR. Kritische Analysen und Alternativen des Einigungsprozesses. Münster.

Flaig, Bodo/Meyer, Thomas/Ueltzhöffer, Jörg (1993): Alltagsästhetik und politische Kultur. Verlag J.H.W. Dietz, Bonn.

Friedrich, Walter (1990): Mentalitätswandlung der Jugend in der DDR. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 16-17/1990.

- Gebhardt, Winfried/Kamphausen, Georg (1994): Zwei Dörfer in Deutschland. Mentalitätsunterschiede nach der Wiedervereinigung. Opladen.
- Geißler, Rainer (1990): Entwicklung der Sozialstruktur und Bildungswesen in der Bundesrepublik Deutschland und in der Deutschen Demokratischen Republik. In: Anweiler, Oskar u.a. 1990.
- Geißler, Rainer (1991): Transformationsprozesse in der Sozialstruktur der neuen Bundesländer. In: Berliner Journal für Soziologie, Heft 2/1991.
- Geißler, Rainer(1992): Die ostdeutsche Sozialstruktur unter Modernisierungsdruck. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B. 29-30/1992.
- Geißler, Rainer (Hg.) (1993): Sozialer Umbruch in Ostdeutschland. Opladen.
- Geißler, Rainer (Hg.) (1994): Soziale Schichtung und Lebenschancen in Deutschland. Stuttgart.
- Geißler, Rainer (1996): Die Sozialstruktur Deutschlands. Opladen.
- Gensicke, Thomas (1991): sind die Ostdeutschen konservativer als die Westdeutschen? Überlegungen zur Mentalität der Ostdeutschen und ihrer gegenwärtigen Stimmungslage. In: Reißig, Gläßner 1991.
- Georg, Werner (1993): Modernisierung und Lebensstile Jugendlicher in Ost- und Westdeutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 26-27/1993, 20-28.
- Giesen, Bernd/Leggewie, Claus (Hg.) (1991): Experiment Vereinigung. Ein sozialer Großversuch. Berlin.
- Günther, Burkhard (Hg.)(1990): Sozialisation im Sozialismus, Beiheft der Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie. Weinheim, 1/1990.
- Henckel, Dietrich/Grabow, Busso/Holbach, Beate/Usbeck, Hartmut; Niemann, Heinz (1993): Entwicklungschancen deutscher Städte - Die Folgen der Vereinigung. Stuttgart, Berlin, Köln.
- Hofmann, Michael/Rink Dieter (1993): Die Auflösung der ostdeutschen Arbeitermilieus. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 26-27/93, 29 – 36.
- Hradil, Stefan (1990): Epochaler Umbruch oder ganz normaler Wandel? Wie weit reichen die neueren Veränderungen der Sozialstruktur in der Bundesrepublik? In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Umbrüche in der Industriegesellschaft. Herausforderungen für die politische Bildung. Bonn 1990.

Hradil, Stefan (1992): Die „objektive“ und die „subjektive“ Modernisierung. Der Wandel der westdeutschen Sozialstruktur und die Wiedervereinigung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 29-30/1992.

Hradil, Stefan(1996): Die Transformation der Transformationsforschung. In: BJfS, Berlin Heft 3, 299-303.

Huinink, Johannes/Mayer, Karl Ulrich (1993): Lebensverläufe im Wandel der DDR-Gesellschaft. In: Joas, Hans; Kohli, Martin (Hg.): Der Zusammenbruch der DDR. Soziologische Analysen. Frankfurt 1993.

Hans Joas/Martin Kohli (Hg.)(1993): Der Zusammenbruch der DDR. Soziologische Analysen. Frankfurt.

Kaase, Max u.a. (1996): Politisches System. KSPW-Bericht, Opladen.

Klinger, Fred (1990): Soziale Probleme des wirtschaftlichen Umbruchs in der DDR. In: Edition Deutschland Archiv (Hg.): Die DDR-Forschung auf dem Weg zur Deutschen Einheit. 23. Tagung zum Stand der DDR-Forschung, 5.-8. Juni 1990, Köln.

Koch, Thomas (1991): Deutsch-deutsche Einigung als Kulturproblem. Konfliktpotenziale nationaler Re-Integration. In: Deutschland-Archiv, H.1/91.

Koch, Thomas (1996): Von der „dualistischen Gesellschaft“ zur „solidarischen Bürgergesellschaft“? BISS public 20, 9-26.

Krollmorgen Raj/Reißig, Rolf/Weiß, Johannes (Hg.)(1996): Sozialer Wandel und Akteure in Ostdeutschland. Opladen.

Lutz, Burkhard u.a.(1996): Arbeit, Arbeitsmarkt und Betriebe. KSPW-Bericht, Opladen.

Maaz, Hans-Joachim (1990): Der Gefühlsstau. Ein Psychprogramm der DDR. Berlin.

Manz, Günther (1996): Entwicklung der Armut in Ostdeutschland unter besonderer Berücksichtigung der Altersarmut. KSPWE-Kurzstudie, Halle.

Mayntz, Renate (1994): Die deutsche Vereinigung als Prüfstein für die Leistungsfähigkeit der Sozialwissenschaften. In: BISS public 13, 21-24.

Meyer, Gerd (1989): Sozialistischer Paternalismus. Strategien konservativen Systemmanagements am Beispiel der Deutschen Demokratischen Republik. In: Ralf Rytlewski (Hg.), Politik und Gesellschaft in sozialistischen Ländern. Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 20/1989, 426.

Miegel, Meinhard (1994): Wie realistisch und wünschenswert ist die Angleichung der Lebensverhältnisse in West und Ost? In: BISS public 14, 5-9.

Müller, Dagmar/Hofmann, Michael/Rink, Dieter (1996): Diachrone Analysen von Lebensweisen in den neuen Bundesländern. Zum historischen und transformationsbedingten Wandel der sozialen Milieus in Ostdeutschland. Expertise für die KSPW, Hannover und Leipzig.

Niethammer, Lutz/von Plato, Alexander/Wierling, Dorothee (1991): Die volkseigene Erfahrung. Ein Archäologie des Lebens in der Industrieprovinz der DDR. Berlin.

Noelle-Neumann, Elisabeth (1995): Das demokratische Defizit. Frankfurter Allgemeine Zeitung 219.

Offe, Claus (1994): Der Tunnel am Ende des Lichts. Erkundungen der politischen Transformation im Neuen Osten. Frankfurt, New York.

Pollack, Detlef (1996): Sozialstruktureller Wandel, Institutionentransfer und die Langsamkeit der Individuen. Europa-Universität Viadrina. Arbeitsberichte, Frankfurt/O.

Reißig, Rolf/Gläßner, Gert-Joachim (1991): Das Ende eines Experiments. Umbruch in der DDR und deutsche Einheit. Berlin.

Reißig, Rolf (1993): Rückweg in die Zukunft. Frankfurt, New York.

Reißig, Rolf (1997): Transformationsforschung. WZB-paper P 97-001, Berlin.

Roethe, Thomas (1999): Arbeiten wie bei Honecker, leben wie bei Kohl." Ein Plädoyer für das Ende der Schonfrist. Frankfurt.

Sahner, Heinz (Hg.)(1995): Transformationsprozesse in Deutschland. Opladen.

Srubar, Ilja (1991): War der reale Sozialismus modern? Versuch einer strukturellen Bestimmung. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 43 (1991), 415-432.

Srubar, Ilja (Hg.)(1998): Ethik, politische Kultur und Privatisierung in Ostdeutschland, Tschechien und Mittelosteuropa, Konstanz.

darin: Srubar: Probleme der europäischen Integration post-sozialistischer Länder Mittelost-Europas (341-356).

Thomas, Michael (Hg.) (1992): Abbruch und Aufbruch. Sozialwissenschaften im Transformationsprozess. Erfahrungen - Ansätze – Analysen. Berlin.

Typologie der Wünsche. Die Sinus-Milieus in Deutschland. herausgegeben vom Burda

Advertising Center, Offenburg 2000.

Ueltzhöffer, Berthold/Flaig, Bodo (1992): Spuren der Gemeinsamkeit? Soziale Milieus in Ost- und Westdeutschland. In: Weidenfeld, Werner (Hg.): Deutschland. Eine Nation, doppelte Geschichte, Köln.

Vester, Michael/Hofmann, Michael/Zierke, Irene (Hg.) (1995): Soziale Milieus in Ostdeutschland. Gesellschaftliche Strukturen zwischen Zerfall und Neubildung. Bund Verlag, Köln.

Vester, Michael (1995): Deutschlands feine Unterschiede. Mentalitäten und Modernisierung in Ost- und Westdeutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (B) 20/95 vom 12. Mai 1995, S. 16 – 30.

Westle, Bettina (1992): Strukturen nationaler Identität in Ost- und Westdeutschland. In: KZSS, 461-488

Wiesenthal, Helmut (1995): Einheit als Interessenpolitik. Studien zur sektoralen Transformation Ostdeutschlands. Frankfurt, New York

Wiesenthal, Helmut (Hg.)(1996): Einheit als Privileg. Frankfurt, New York.

Woderich, Rudolf (1992): Mentalitäten im Land der kleinen Leute. In: Thomas 1992

Woderich, Rudolf (1992): Mit Haut und Gewand - Mentalitäten zwischen Anpassung und Eigensinn. Anmerkungen zur Rekonstruktion lebensweltlicher Zusammenhänge im Osten Deutschlands. In: Hansgünter Meyer (Hg.): Soziologie in Deutschland und die Transformation großer gesellschaftlicher Systeme. Berlin.

Wohnwelten und Gärten in Ostdeutschland (1993). Ein Forschungsbericht der Burda GmbH, Offenburg und Sinus, Heidelberg, Burda Anzeigen-Marktforschung Offenburg.

Wollmann, Hellmut/Wiesenthal Helmut/Bönker, Frank (Hg.)(1995): Transformation sozialistischer Gesellschaften. Am Ende des Anfangs. Leviathan, Sonderheft 15.

Zapf, Wolfgang (1991a): Der Untergang der DDR und die soziologische Theorie der Modernisierung. In: Giesen, Bernd; Leggewie, Claus (Hg.): Experiment Vereinigung. Ein sozialer Großversuch. Berlin.

Zapf, Wolfgang (1991b): Die DDR 1989/90 - Zusammenbruch einer Sozialstruktur? In: Berliner Journal für Soziologie, H. 2/1991.

Zapf, Wolfgang (1994): Modernisierung, Wohlfahrtsentwicklung und Transformation. Berlin

Zapf, Wolfgang/Habich, Roland (Hg.)(1996): Wohlfahrtsentwicklung im vereinten Deutschland. Sozialstruktur, sozialer Wandel und Lebensqualität. Berlin.

Darin: Zapf/Habich: Die Wohlfahrtsentwicklung im vereinten Deutschland. Einführung. S. 11-24.

Darin: Zapf/Habich: Die sich stabilisierende Transformation - ein deutscher Sonderweg, 328-352.

Iris Peinl

Ostfrauen auf der „Zeitengrenze“ (Christa Wolf): Erwerbsarbeit als zunehmend wichtiger sozialer Integrationsmodus

Christa Wolf's Medea geriet auf eine „Zeitengrenze“ (Wolf 1998, 50). Kommend aus dem östlichen Kolchos, in dem Elemente einer eigenen Identität von Frauen galten, verlor sie in dem reichen Korinth, in dem der Tanz um das „goldene Kalb“ Frauen mehrheitlich diskriminierte, ihre magischen Fähigkeiten. Sie ist am Ende vernichtet. Sie fragt: *„Wohin mit mir, ist eine Welt zu denken, eine Zeit, in die ich passen würde. Niemand da, den ich fragen könnte. Das ist die Antwort“* (Wolf 1996, 236).

Mich reizt diese scheinbar resignative, eher aber durch ihre „Endzeitstimmung“ provokative Antwort. Gibt es – das ist m.E. die Frage – in reichen westlichen Gesellschaften letztlich keinen Ort für auf Selbstbestimmung und eigene Identität beharrende Frauen? Werden mit anderen Worten im Zeitalter der zunehmenden Ökonomisierung des Gesellschaftlichen und der De-Legitimierung von Politik und Staat (vgl. Kreisky 2001, 77) ohne jede strukturelle und kulturell-politische Anker einer zu entwickelnden Gegenwehr hoffnungslos hegemoniale Männlichkeitsmuster reformuliert und maskuline ökonomisch-geldliche Geschlechterregime reetabliert?

Ich möchte diese Frage für die deutsch-deutsche Transformationsgesellschaft ein Stückweit aufnehmen: Inwieweit gibt es in ihr – so zunächst allgemein formuliert – Chancen für ostdeutsche Frauen auf Selbstbestimmung und eigene Identität? Diese Chancen werden, so meine Ausgangsprämisse, in aller Regel über den Modus der Integration in die Erwerbsarbeit hergestellt. Unter Erwerbsarbeit soll hier voraussetzend jene spezialisierte wie hierarchisch verankerte Arbeit verstanden werden, die Güter herstellt oder Dienstleistungen erbringt, und zwar zum Zwecke des geldvermittelten Tausches auf dem Markt, mit der ein Einkommen verdient wird, von dem man lebt: sei es in abhängiger – und bei weitem verbreiteter – Lohnarbeit oder selbstständiger Stellung oder in einer der vielen Grauzonen dazwischen, sei es mit manueller oder nicht-manueller, mit mehr oder weniger qualifizierter Tätigkeit (vgl. Kocka 2000, 481).

Obwohl sich seit den 1970er Jahren diese bislang fordistisch-patriarchale Welt der Erwerbsarbeit in der strukturellen Krise befindet und sie zur Zeit geprägt ist von heterogenen, ambivalenten wie permanenten Übergangskonfigurationen (vgl. Bechtle/Sauer 2001, 86), bleibt sie dennoch das zentrale Selektionsmedium für soziale Integration und Selbstbestimmung (vgl. u.a. Türcke 1996; Hickel 1999; Pfarr 2000; Kurz-Scherf 2001). Trotz aller politischen Gegenreden wie die der Bürgerarbeit (vgl. Kommission 1997; Beck 1999) werden nach wie vor vorrangig über sie soziale Ungleichheitspositionen auch zwischen und innerhalb den Genusgruppen hergestellt, materielle wie immaterielle Ressourcen der Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum abgesteckt und das Maß der individuellen sozial-kulturellen Integration umrissen. Mehr noch: Mit dem massiver werdenden „lean state“, d.h. dem Abbau sozial-, geschlechter- und bildungspolitischer Regulierungsinstrumentarien und der Entregelung nunmehr fast schon traditionell zu nennender tarifrechtlicher Arbeits(schutz)bedingungen schieben sich diese „harten“ erwerbsarbeitsvermittelten Selektions- und Integrationsmodi wieder in den Vordergrund sozialstruktureller Entwicklungen. Deutlich mächtiger als in staatssozialistischen bzw. wohlfahrtsstaatlichen Zeiten stecken sie den Raum für die Verwirklichung individueller Hoffnungen und Träume ab (vgl. Kreckel 1998, 39).

Daher präzisiere ich die Fragestellung nach Chancen für ostdeutsche Frauen auf ein selbstbestimmtes, eine eigene Identität zulassendes, Leben im deutsch-deutschen Umbruchsprozess. Ich zentriere sie klassisch an dem Ausmaß und Modus der Integration von ostdeutschen Frauen in die Erwerbsarbeit und frage mit Hilfe des großbetrieblichen Dienstleisters Deutsche Bahn AG (DB AG)²⁴, inwieweit in der gegenwärtigen Transformation der Erwerbsarbeit hin zur einer flexibilisierten wie ökonomisierten Dienstleistungsarbeit strukturelle wie kulturell-symbolische Gelegenheiten für Frauenerwerbsarbeit eingelagert sind.

Meine bewusst zugespitzte, auf die eingangs genannten Anker von Gegenwehr ausgerichtete These dazu lautet: Diesem Wandel sind historisch neue Gelegenheiten für Frauenerwerbsarbeit und damit Ansatzpunkte für die - politisch zu vermittelnde - Gestaltung sozial gleicherer, d.h. weniger segregierte und hierarchisierte

²⁴ Hier nehmen ich Bezug auf Befunde und Erkenntnisse des von 1996-1998 von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Projekts „Frauen im betrieblichen Transformationsprozess der neuen Bundesländer. Zu weiblichen Handlungsoptionen in der Finanzdienstleistungs- und Verkehrsbranche“ mit dem Untersuchungsfeld DB AG (vgl. u.a. Hüning/Nickel/Völker 1998, 1999; Peinl 1999; Peinl/Völker 2001; Hüning/Nickel/Peinl 2001).

Geschlechterverhältnisse eingelagert. Dies bezieht sich auf die vervielfältigten wie neuen, im weiten Spektrum von geistiger Arbeit angesiedelten, Arbeitstätigkeiten im breit ausgefächerten Dienstleistungssektor. Sie sind im Unterschied zur körperlichen Arbeit, die das industrielle Zeitalter prägte und mit männlichen Attributen wie Kraft, Härte oder auch Robustheit besetzt war, ökonomisch jenseits der realen und/oder vermeintlichen Geschlechterdifferenz nunmehr prinzipiell verwertungsoffen. Mit anderen Worten: Im Unterschied zum industriell-männlichen wie einen Familienlohn erbringenden Normalarbeitszeitverhältnis existiert heute ein tendenziell „entgeschlechtlichter“ Zugriff auf die „neutrale“ Ware Arbeitskraft. Er erfolgt intensiver denn je entlang der für die optimale Verwertung von Arbeitskraft relevanten Merkmale wie formale Qualifikationszertifikate und, ebenso wichtig, flexible Selbstorganisation und -ökonomisierung letztlich insgesamt des Arbeits- und Lebenszusammenhangs (vgl. Voß/Pongratz 1998). Die These der historisch neuen Gelegenheiten für Frauenerwerbsarbeit bezieht sich aber auch auf die modifizierten – und hier vor allem zeitflexibilisierten wie ökonomisch effizienteren – Arbeitsorganisationen: Jenseits der für die industrielle Phase charakteristischen und über „Zeit“ und „Ort“ vermittelten geschlechtsspezifischen Trennung von „Erwerbsarbeit“ und „Leben“ gibt es heute potenziell neue Gelegenheiten eines Brückenbaus zwischen „Arbeiten“ und „Leben“ für ein ganzheitlicheren, weniger zerrisseneren Lebenszusammenhang von Frauen und Männern. Ebenso steigt mit Verweis auf die Notwendigkeit wachsender ökonomischer Effizienz die Wahrscheinlichkeit der – positionellen wie geldlichen – Anerkennung von Arbeitsleistungen jenseits der bislang eher hermetisch abgeriegelten wie geschlechtsspezifisch zuungunsten von Frauen konfigurierten „gläsernen Karrieredecke“. Und schließlich: Auch über die zwiespältige, weil auf eine versämtlichende Geschlechterdifferenz und geschlechtsspezifische Sozialisation rekurrierende, Zuweisung von Dienstleistungstätigkeiten auf „die“ sozial wie kommunikativ kompetenten Frauen werden Gelegenheiten für Frauenerwerbsarbeit hergestellt.

Allerdings: Diese Gelegenheiten sind keine „Selbstläufer“. Die Ökonomie der umbrechenden Erwerbsarbeit ist eine politische Ökonomie im Spannungsfeld der zur Zeit hegemonialen, neokonservativ gerahmten Interessendurchsetzung eines „Marktradikalismus“ oder aber eines neu auszutarierenden Interessenskonsens der auf

soziale und ökologische Nachhaltigkeit dringenden gesellschaftlichen Subjekte und ihrer Repräsentationen. Wird der Wandel der Erwerbsarbeit wie bisher vorrangig über eine Verwertungslogik der Ökonomie durchgesetzt und werden dabei tarifrechtlich gerahmte Arbeitsschutzbestimmungen abgebaut bzw. nicht neu gesetzt, dann werden gesellschaftlich notwendige sozial-kulturelle Reproduktions-Arbeiten aus der geldlichen gesellschaftlichen Anerkennung weiterhin ausgeblendet und soziale Sicherheiten, Orientierungen und Identitäten demontiert, dann werden diese Gelegenheiten ausgehöhlt durch neue soziale Verdrängungsprozesse – diese betreffen besonders Frauen und hierbei vor allem jene, die in sozial verpflichtenden Lebenskontexten leben. Zu stark wirkt unter Bedingungen, die das „private“, hier ökonomisch nicht verwertbare Leben mehr und mehr ausblenden, die „Schwerkraft“ der traditionellen und gerade gegenwärtig reformulierten kulturell-symbolischen Konstruktion von Geschlecht im Sinne der Dominanz des marktfähigen „Männlichen“. Diese „Schwerkraft“ wird verstärkt durch den rabiaten Abbau jener Institutionen, die neben der Erwerbsarbeitssphäre besonders wichtig für die Neu-Justierung des Geschlechterverhältnisses sind: die Bildungs- und Sozialinstitutionen, die geschlechtsspezifische Disparitäten und Diskriminierungen ein Stückweit auffangen und damit relativieren könn(t)en (vgl. Kreisky 2001, 83f). Die Reformulierung und -aktivierung damit verbundener geschlechtsspezifischer Tätigkeitszuweisungen im hierarchisch angeordneten, soziale Ungleichheit generierenden Spektrum von „Öffentlichkeit“ und „Privatheit“ ist schleichend eine sich wieder etablierende Realität.

1. Arbeitsmarktpolitische Facetten Ostdeutschlands:

Von geschlechtlicher, gleichwohl nicht eindeutig geschlechtsspezifischer Konkurrenz auf knappen Arbeitsmärkten

Ostdeutschlands Transformationsprozess ist prekär: Die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen „Ziel“institutionen der in der Nachkriegsära fortwährend prosperitär geglaubten Bundesrepublik (vgl. Lutz 1984) bricht seit Mitte der 70er Jahren selbst um. Die als stabil hergestellte Kohärenz von Produktions- und Erwerbsarbeitssystem sowie die darauf abgestimmten und vermittelnden politisch-kulturellen, wohlfahrtsstaatlichen Institutionen sind seit dieser Zeit in einem Zustand der Transformation. Diese

Transformation „West“ mit ihrem derzeit immer sichtbarer werdenden Signum der radikalisierten Ökonomisierung der Gesellschaft, der „Totalisierung“ des Marktes (Schui u.a. 1997) ist die strukturelle Rahmenbedingung für die Transformation „Ost“ (Stichwort: doppelter Transformationsprozess (vgl. Hüning/Nickel u.a. 1998). In diesem deutsch-deutschen Umbruchprozess weisen wichtige Indikatoren der Wirtschaftsentwicklung Ostdeutschlands – wie das Bruttoinlandsprodukt, der Anteil der Investitionen an der Bruttowertschöpfung oder das Einkommen – auf eine sich zunehmend öffnende Schere zwischen „West“ und „Ost“ hin (vgl. Thierse 2001). Der Zustand der „konjunkturellen Abkopplung des Ostens“ (ebd.) hat besonders dramatische Folgen für die ostdeutsche Beschäftigungssituation – mit nachhaltigen, eine soziale Diskontinuität wie Verwerfung erzeugenden Folgen.

Bekanntermaßen sind die Arbeitsmärkte in Ostdeutschland seit mittlerweile 12 Jahren prekär, und dies besonders für Frauen. Nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit (ANBA Nr. 4/2000, 402) betrug ihre Arbeitslosenquote (bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen) 1999 18,8 % und war damit erheblich höher als die der Männer mit 15,5 %. Auch finden Frauen schwerer wieder Arbeit. Ihre Arbeitslosigkeit dauerte mit durchschnittlich 36 Wochen weitaus länger als bei Männern mit 24,6 Wochen. Sie waren eher von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen als Männer²⁵.

Diese wenigen Facetten des ostdeutschen Arbeitsmarkts illustrieren eine Geschlechtergrammatik der im Vergleich zum „Westen“ harten Arbeitsmarktkonkurrenz. Ost-Frauen, oft Haupternährerinnen von Familien²⁶, verlieren auf dem engen Markt der flexibilisierten Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse trotz ihrer nach wie vor hohen Erwerbsarbeitseinstellung existenzsicherndes Terrain. Unter dem Aspekt geschlechtersoziologischer Ungleichheit ist wichtig, dass hinter diesen „drögen“ Daten die z.T. bis zur Unkenntlichkeit heruntergefahrenen bzw. zerschlagenen Lebensträume etwa von individueller Selbstentfaltung, öffentlicher Anerkennung oder auch gediegenem Lebensstandard liegen – und zwar nicht nur der betroffenen Frauen (und ihrer Partner), sondern auch die ihrer Kinder.

²⁵ Während fast zwei von fünf der arbeitslosen Frauen (38,3 %) im Jahresdurchschnitt 1999 langzeitarbeitslos waren, war dies nur jeder vierte arbeitslose Mann (24,3 %) (ANBA 4/2000, 402).

²⁶ Das Einkommen der Frauen macht im Durchschnitt knapp die Hälfte des Haushaltseinkommens aus (in Westdeutschland ein Drittel) (vgl. Holst/Schupp 1996). Bekanntermaßen ist die wesentliche Ursache hierfür die Deindustrialisierung Ostdeutschlands und der damit verbundene Abbau von – Familienlöhne erbringenden – Männerarbeitsplätzen.

Gleichwohl: Vereinheitlichende geschlechtsspezifische Aussagen über „die“ ostdeutschen Verliererinnen bilden nicht bzw. nicht hinreichend genau die Differenzierungen innerhalb von Frauen sowie zwischen Frauen und Männern entlang der Erwerbsarbeitsintegration bzw. -desintegration ab. So betrug nach der Bundesanstalt für Arbeit 1998 die – mittlerweile stark zurückgegangene – Erwerbstätigenquote von Ost-Frauen 56,4 %; im Unterschied dazu die der Männern 66,3 %²⁷ (ANBA 2000, 388ff). Aber: Erwerbstätige Ost-Frauen arbeiten zu 82 % (im Unterschied zu Männern mit 48 %) im zukunftsbesetzten, sich hinsichtlich seiner Produkte wie auch in Bezug auf die Erwerbsarbeit selbst schnell wandelnden Dienstleistungssektor. Frauen sind zu zwei Dritteln in so genannten primären Dienstleistungen des Kassierens, Lagerns, Reinigens, Bewirtens oder auch Sicherns beschäftigt, ein Drittel arbeitet in den so genannten sekundären Dienstleistungen des Managens, Disponierens, Forschens, Beratens, Erziehens. Ost-Frauen weisen gerade in Dienstleistungsunternehmen einen im Vergleich zu Männern hohen Anteil an Führungskräften sowie eine im Vergleich zum produzierenden Gewerbe geringere Einkommensdifferenz auf²⁸ (a.a.O. S. 395f).

Im Folgenden gehe ich von diesen Facetten der Neuschneidung des ostdeutschen Arbeitsmarktes aus, die widerspiegeln, dass die Kategorie Geschlecht eine, aber keineswegs eindeutige soziale Platzanweiserfunktion einnimmt. Daran anknüpfend justiere ich den analytischen Blick ein Stück weit schärfer auf die mittlerweile wirtschaftlich dominante Welt der Dienstleistungsproduktion und -erwerbsarbeit (vgl. u.a. Häußermann/Siebel 1995; Zinn 1997). In diesem Spektrum erkunde ich anhand des eingangs genannten betrieblichen Untersuchungsfalls Deutsche Bahn AG, inwieweit in der flexibilisierten und ökonomisierten Erwerbsarbeit und vor dem Hintergrund der

²⁷ Auch heute befindet sich die Erwerbsquote von Frauen in den neuen Bundesländern auf einem vergleichsweise hohen Niveau. Während Ost-Frauen 1998 zu 73,5 % erwerbstätig waren bzw. erwerbstätig sein wollten, gilt dies für Frauen aus den alten Ländern zu 60,5 %. Festzuhalten ist eine Annäherung beider Quoten: Die östliche sinkt von 91 % für 1989/90 auf 73,5 %, die westliche steigt von 58,4 % für 1991 auf nunmehr 60,5 % an. Die relativ hohe Erwerbsquote von Ost-Frauen darf nicht darüber hinweg täuschen, dass ihre tatsächliche Integration in die Erwerbsarbeit stark zurückgeht. So sank ihre Erwerbstätigenquote von 1991 und 1998 von 66,7 % auf 56,4 %. Im Unterschied hierzu erhöhte sie sich bei West-Frauen von 54,6 % auf 55,3 %. Diese Ost-Quote - soviel zur Differenz - liegt also nur noch etwas höher. Gemeinsam ist beiden Erwerbstätigenquoten, dass sie vorrangig im zukunftssträchtigen Dienstleistungssektor erzielt werden. Für West sind das 78 %, für Ost 82 %.

²⁸ In kleinen und mittleren Unternehmen lag der Führungsanteil von Frauen 20 %, in Großkonzernen gilt auf Konzernebene immer noch eine frauenfreie Zone.

Erosion des industriell-männlichen Normalarbeitsverhältnisses Gelegenheiten für Frauenerwerbsarbeit eingelagert sind.

2. Ökonomisch-strukturelle Umbruchsprozesse in der Erwerbsarbeit und Gelegenheitsstrukturen für Frauenerwerbsarbeit: Zum Untersuchungsfall DB AG

Die DB AG, gegründet zum 1.1.1994 als Ergebnis der Fusion der ehemaligen Staatsbetriebe Deutsche Bahn und Deutsche Reichsbahn, ist als insgesamt männerdominiertes Unternehmen²⁹ für meine Frage ein höchst interessantes Feld: Sie befindet sich seitdem in einem für die gegenwärtige Ära paradigmatischen Umbau zu einem wirtschaftseffizienten Privatunternehmen. Ein wichtiges Ziel in diesem Umbau ist die Börsenfähigkeit des Unternehmens: Unter der Bedingung wachsender Konkurrenz mit anderen Verkehrsanbietern nicht nur auf den Absatz-, sondern ebenso auf den Kapitalmärkten drängt die DB AG auf eine beständige Steigerung der Unternehmenseffizienz und Rentabilität. Das Unternehmen soll für zukünftige Aktionäre attraktiv sein. Dieser radikalisierten Ökonomisierungstendenz des Unternehmens sind neue Entwicklungstendenzen von Erwerbsarbeit eingeschrieben. Sie möchte ich im folgenden holzschnittartig skizzieren und dabei fragen, inwieweit Frauen an diesen Veränderungen profitieren können.

2.1 Gesteigerte Unternehmenseffizienz durch Reduzierung von Arbeitsplätzen

Ein bekanntes, auf Kurzzeitstrecken effektives Mittel für die Steigerung einer Unternehmenseffizienz ist die Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen. Von 1990 bis Ende 1993 wurde in der personalintensiven und auf ostdeutschen Territorium agierenden Reichsbahn mit sozialverträglicheren Klauseln des Austritts aus der Erwerbsarbeitswelt wie etwa Altersteilzeit, Vorruhestand oder Abfindungsregeln fast 46

²⁹ Laut DB AG Personal- und Sozialbericht von 1997 betrug der allgemeine Frauenanteil an den Beschäftigten 15,4 %. Er ist das Resultat der unterschiedlichen geschlechtlichen ‚Arbeitsmarkt‘segregationen von Deutscher Reichsbahn und Deutscher Bundesbahn für das Jahr 1990 (32 % und 5 %) sowie eines deutlich zuungunsten von Frauen verlaufenden Personalabbaus in der Deutschen Reichsbahn bis Ende 1993.

% der Beschäftigten reduziert³⁰. Dies erfolgte überproportional zu Lasten von Frauen³¹. In der DB AG nahm die Belegschaft seit Ende 1994 bis Ende 1999 um 27,3 % ab, das sind 96.307 MitarbeiterInnen. Gleichwohl: In diesem Zeitraum des weiterhin dramatischen Beschäftigungsabbaus stieg der Frauenanteil an den MitarbeiterInnen incl. der Auszubildenden von Ende 1994 bis Ende 1999 von 18,1 % auf 19,7 %. Dies ist u.a. die Folge der im Folgenden zu betrachtenden Um- bzw. Neuschreibung unternehmensspezifischer Arbeitstätigkeiten

2.2 Um- und Neuschreibung unternehmensspezifischer Arbeitstätigkeiten

Im Zuge der Neuausrichtung der DB AG an kurzfristig-effizienten Dienstleistungen verändert sich das Tätigkeitsfeld der Beschäftigten: Abgebaut werden, insbesondere in Folge technikzentrierter Rationalisierungen, vorrangig niedrig qualifizierte Arbeitsplätze im technischen Bereich. Dies trifft eher Männer- als Frauenarbeitsplätze, beispielsweise in alten Stellwerken. Demgegenüber steht ein deutlicher Zuwachs bzw. eine Neuinstallation von service- und personengebundenen Dienstleistungen, exemplarisch etwa in den Reisezentren, den Bahnhofs-Service-Points oder auch in den ICE's als ZugbegleiterInnen. Unter einem personalentwicklungspolitischen Aspekt sind diese servicezentrierten Tätigkeiten vielfach gekoppelt mit An- und Kurzlehrgängen. Gleichzeitig werden im höherqualifizierten Segment in geringerem Umfang neue Berufspositionen geschaffen, z.B. die der ICE-ZugführerInnen oder der BahnhofsmanagerInnen. Beiden Tätigkeiten gemeinsam ist die flexible, ökonomisch effiziente Kundenberatung wie -betreuung. Der berufliche Anforderungskatalog weist neben der unterschiedlich angesiedelten Qualifikation Kommunikationsfähigkeit, soziale Kompetenz oder geduldige Selbstzurücknahme bei der Herstellung konsensualer Arbeits- und Geschäftssituationen aus.

Diese geistigen Dienstleistungstätigkeiten werden in Abhängigkeit von der hierarchischen Position konventionell bis gut entlohnt. Unternehmensseitig werden sie im Rekurs auf traditionale Geschlechtsattributierungen eher Frauen als Männern zugeschrieben. Weiblich konnotierte Dienstleistungsarbeit avanciert hier zu einem

³⁰ 1989 betrug der Personalbestand der DR ca. 250.000, Ende 1993 138.000 (vgl. Peinl 1998, 40f).

³¹ 1989 betrug der Frauenanteil in der DR 32 %, der Frauenanteil der wegrationalisierten Beschäftigungsverhältnisse hingegen 40,3 % (ebd.).

Faktor ökonomischer Effizienz. Sie stellt eine moderne, zukunftsrelevante Gelegenheitsstruktur für Frauenarbeit dar. Gleichwohl ist damit eine Tendenz der friktionsreichen Integration von Frauenarbeit unter die radikale ökonomische Verwertung von Dienstleistungsarbeit verbunden: So ist die niedrig qualifizierte Dienstleistungstätigkeit nur mit geringen hierarchischen Aufzugsschächten versehen. Hier erfolgt also eine Integration von Frauen qua Segregation zu ihren Ungunsten (vgl. Gottschall 1995). Gleichzeitig wird unternehmensseitig hochqualifizierte Dienstleistungsarbeit von Frauen nachgefragt und ermöglicht ihnen neue Karrierechancen. Dies wird zumindest teilweise wieder ausgehebelt durch die Tendenz kosteneffiziente Verschlinkung betrieblicher Strukturen etwa im Personalwesen, der Öffentlichkeitsarbeit oder regional-spezifischer Leitungsstrukturen - jene vorrangig mittelhierarchischen Strukturen also, in denen vorrangig Frauen mit Führungspositionen sitzen.

2.3 Wertorientiertes Personalmanagement

Der Hinweis auf die Gelegenheit der Integration von Frauenerwerbsarbeit in neue Dienstleistungstätigkeiten, die sich in der betrieblichen Praxis allerdings als äußerst widerspruchsvoll darstellt, verweist noch auf einen anderen Aspekt. Angesprochen ist der in der jüngeren Vergangenheit sich rasant vollziehende Wandel der Formen, in denen diese neue Dienstleistungstätigkeiten ausgeübt werden. Dieser Formenwandel erfolgt unter dem Stichwort der erweiterten Ökonomisierung und Nutzung der menschlichen Dienstleistungsarbeit. Dabei erfolgt die Transformation des Arbeitsvermögens der Beschäftigten in marktfähige Arbeitsleistung zunehmend entlang der Marktsituation des Unternehmens. Flexible, erweitert ökonomisierte Arbeitsformen sind die Folge. Für die DB AG in ihrer härter werdenden Wettbewerbssituation heißt das nach ihrem Personal- und Sozialbericht von 1999/2000 wertorientiertes Personalmanagement. Es wird gemessen an einem weiter zu erhöhenden Kundennutzen (vgl. DB AG 1999/2000: 4). Zwei zentrale Komponenten machen dieses wertorientiertes Personalmanagement aus.

Die erste Komponente ist eine weitgehende Flexibilisierung der Arbeitszeit (vgl. Krüger 2001). Der tarifrechtliche Rahmen hierfür ist der Jahresarbeitszeittarif der Deutschen

Bahn. Er ist jenseits der alten wöchentlichen und nunmehr auf ein Jahr vermessenen Arbeitszeitregelungen angesiedelt. Er zielt auf eine konsequent kundenorientierte Zeitnutzung der Arbeitskraft der Beschäftigten, auf deren effizienteren Einsatz und Produktivitätssteigerung. Für die Beschäftigten bedeutet dies zum einen eine relativ variable, vorrangig an den Interessen des Unternehmens ausgerichtete und zum Teil kurzfristig, d.h. bis zum Arbeitsende des Vortages angekündigte Verteilung ihrer vertraglich vereinbarten Jahresstundenzahl. Verteilungs- oder auch Dispositionsrahmen sind dabei – unter den tarifvertraglich vereinbarten Schutzbestimmungen – alle Tage. Für eine Vollzeitstelle von 1984 Jahresstunden sind im Monat beispielsweise zwei arbeitsfreie Wochenenden geplant, die z.T. Samstag ab 13.00 Uhr beginnen. Und zum anderen bedeutet dies die durch das Unternehmen angezielte Erhöhung von individuell vereinbarter Teilzeitbeschäftigung. Sie betrug im Jahr 1999 4,5% (vgl. DB AG 2001: 25). Für die nähere Zukunft ist mit dem Verweis des Unternehmens auf die Niederländische Eisenbahn mit einer Teilzeitquote von immerhin 11% gerade in diesem Beschäftigungssegment eine Wachstumsdynamik zu vermuten.

Dieser Flexibilisierung von Arbeitszeiten sind Gelegenheiten für Frauenerwerbsarbeit insofern inhärent, als dass die ehemals rigide getrennten Arbeitszeitregime und Lebenszeitregime nunmehr potenziell mehr Überlappungen zulassen. Übersetzt für das praktische Leben bedeutet das Möglichkeiten auf ein zeitlich besseres Ausbalancieren von Arbeits- und Lebenstätigkeiten als Behörden-, Gesundheits-, Schulgänge, Sorge- und Liebesarbeit für andere oder – ebenso wichtig – für sich selbst.

Die zweite zentrale Komponente des wertorientierten Personalmanagements ist die tarifpolitische Flexibilisierung unter dem Motto: „Von traditionellen Besitzständen zu flexiblen Einkommensstrukturen“. Dieses Leitbild der DB AG thematisiert die Entgeltstrukturen, genauer den „Modus vivendi“ der monetären sozialen Verteilungsverhältnisse. Aus Konzernsicht muss dieser Modus aufgrund der härteren Konkurrenz mit Verkehrswettbewerbern mit z.T. niedrigeren Sozialstandards „enttraditionalisiert“ werden. Ohne auf den betrieblichen Umbau der entgeltpolitischen Regelungen hier eingehen zu können³², ist für meine Argumentation zu den

³² Ein wichtiges Datum der tarifpolitischen Modifikation war das Jahr 1999 mit der Gründung von fünf Tochter- bzw. Führungsgesellschaften. Damit wurde ein neues Tarifsystem für die Gesellschaften des Kerngeschäfts der Bahn geschaffen, das ein wesentlicher Baustein auf dem Weg der Bahn hin zu einem

Gelegenheitsstrukturen für Frauenerwerbsarbeit das Ziel dieses Umbaus wichtig: Es ist eine wieder stärker in Haftung genommene Arbeitsleistung, die genauer vermessen wird an den ökonomischen Zielen des Unternehmens. Instrumente hierfür sind vor allem Zielvereinbarungen wie etwa das geldliche Leistungsanreizsystem für den Verkauf in Reisezentren und Fahrkartenausgaben. Demnach werden beschäftigte Reiseberater in Teams organisiert, mit denen jeweils ein umsatzbezogenes Ziel vereinbart wird. Bei seiner Überschreitung wird jedem Mitarbeiter ein zusätzliches Entgelt gezahlt. Ohne Zweifel vollzieht sich mit dieser betrieblichen Leistungspolitik eine Ökonomisierung von Arbeit. Gleichwohl: Sie umfasst einerseits eine stärker an realer Leistung und nicht qua (männlicher) Position vermessenen Entlohnung. Und andererseits: Sie beinhaltet potenziell die Ausdehnung von Gestaltungsmöglichkeiten und Entscheidungsbefugnisse der Beschäftigten. Nicht unmöglich erscheint eine auszuhandelnde Arbeitsabsprache etwa zwischen Planungsexperten mit zeitwirtschaftlichen Rahmendaten, Meistern/Meisterinnen und Belegschaft. Damit würde Leistungspolitik ein Stückweit deutlicher zur Konsenspolitik, die Leistungskriterien von Arbeit zumindest teilweise in ihrer Einbettung zum Leben erörtert und festschreibt.

flexibel agierenden, ökonomisch effizienten Unternehmen ist. Dieses Tarifsystem ist auf folgenden drei Ebenen verankert:

Ebene 1, d.h. die Konzerntarifverträge für das Kerngeschäft, umfaßt drei Vereinbarungen, die den flexiblen Wechsel der Beschäftigten zwischen den Geschäften und damit eine effiziente Unternehmensorganisation mit knappen Personalmitteln ermöglichen sollen. Dies ist a) der *Konzern-Rahmentarifvertrag*. In ihm sind als kleinster gemeinsamer Nenner tarifpolitische Standards hinsichtlich der Personalnebenkosten geregelt. Das betrifft u.a. die Anrechnung von Vorzeiten im Konzern, die Fortschreibung von Kündigungsbeschränkungen bei Wechsel von Beschäftigten innerhalb des Konzerns, das Urlaubsgeld oder betriebliche Leistungen. Dies ist b) der *Konzern-Entgelttarifvertrag*. Er legt die monatlichen Tabellenentgelte für die im Tarifbereich beschäftigten EisenbahnerInnen incl. der beurlaubten Beamten nach Beschäftigungszeiten sowie Gebiet West und Ost fest. Und dies ist schließlich c) der *Konzern-Ratiotarifvertrag*. Er puffert soziale Nachteile für Beschäftigte, die von Rationalisierungs- bzw. Umstrukturierungsmaßnahmen betroffen sind, ab, und zwar unter der Bedingung ihrer erhöhten Mobilität und Flexibilität. Als Nachteile gelten u.a. der Wegfall von Besitzstandszulagen oder Einkommensdifferenzen zwischen alter und neuer Entgelttabelle.

Ebene 2 stellt die *Verweisungstarifverträge* dar, die für ausgegliederte, in unterschiedlichen Wirtschaftsbranchen agierenden Gesellschaften und Tochterunternehmen gelten. Mit diesen Verträgen wird eine deutlich stärkere Abgleichung vorrangig der Entgelt- und Arbeitszeitstrukturen der Unternehmenstöchter mit den jeweils spezifischen Wettbewerbern und regionalen Besonderheiten angezielt. Besonderes Augenmerk wird in diesen Verweistarifverträgen u.a. auf die Flexibilisierung des Entgeltes im Sinne eines Leistungsanreizsystems gelegt. Und schließlich stellt die

Ebene 3 die *Haustarifverträge* dar. Sie stellen eine Modifikation der Verweisungstarifverträge dar und zielen gewissermaßen punktgenau auf die branchenspezifische Wettbewerbssituation der einzelnen „Häuser“.

Als Zwischenresümee ist festzuhalten: In der flexiblen, ökonomisierten Tertiarisierung des Ensembles kapitalistischer Produktions- und Erwerbsarbeitsverhältnisse sind historisch neue Gelegenheiten für Frauenerwerbsarbeit eingelagert. Das ist die gute Nachricht. Damit existieren strukturelle wie konfigurierte „Korridore“, in denen soziale Un-Gleichheiten zwischen den Genusgruppen zum Teil abgebaut und selbstbestimmtere Leben von Frauen ermöglicht werden.

Diese Gelegenheiten sind aber eingebettet in die „unbestimmte, gleichwohl antagonistische Natur des Kapitals als gesellschaftliches Verhältnis...“, in die „...konstitutive Unvollkommenheit des Kapitalverhältnisses, kraft derer seine Reproduktion in instabiler und widersprüchlicher Weise von veränderlichen außerökonomischen Bedingungen abhängt“ (Jessop 2001, 27). Das heißt: Eine „lupenrein“ kapitalistische Gesellschaft, die Alles und Jedes ökonomisch über den am Markt zu realisierenden Wert re-produziert, gibt es nicht. Sie ist eine jeweils zeit- und ortspezifische Konfiguration von ökonomischen und außerökonomischen Bedingungen, repräsentiert durch verschiedener Subjekte, Institutionen und Systeme. Zur Zeit wird diese Konfiguration und ihre einzelnen ökonomischen, sozialpolitischen wie -kulturellen Komponenten an der Markteffizienz neu vermessen. Für die Sphäre des Außerökonomischen ist in diesem Kontext eine Tendenz der Privatisierung sozialer Ungleichheiten und Risiken sowie der Entvergesellschaftung von physischen und psychischen Reproduktionsaufgaben festzustellen (vgl. ausführlich Lang 2001).

Dieses – jede Pore des Uneffizienten herausfilternde – „Neu-Vermessen“ der Sphäre der Erwerbsarbeit wie auch des „Außerökonomischen“ konterkariert die Wirkungskraft der Gelegenheitsstrukturen für Frauenarbeit. Notwendig ist die politische Auseinandersetzung um ein demokratisches Erwerbsarbeits- und Geschlechterregime. Dazu allerdings bedarf es eines Möglichkeitssinns.

3. Wirklichkeitssinn versus Möglichkeitssinn (Musil nach Overbeck): Erwerbsbezogene Durchrationalisierung des eigenen Lebens vs. lebenseingehgte Erwerbsarbeit³³

Die Wirklichkeit der flexibilisierten wie ökonomisierten Dienstleistungsarbeit stellt sich aus der Sicht beschäftigter Ost-Frauen in der DB AG gerade auch in ihrer Wechselwirkung mit der Familie und dem eigenen Leben zunehmend kompliziert dar. Besonders der intensiverte Zugriff auf die Arbeitskraft und das Arbeitsvermögen der Beschäftigten erfasst als Grenzüberschreitung in einer neuen Qualität den sog. ‚privaten‘ Lebensraum. Er schnurrt in ungünstigen Fällen auf eine den Rationalisierungserfordernissen der Arbeitskraft angepasste Restgröße zusammen und wird vielfach zu eng für die einfache Reproduktion.

Diese Grenzüberschreitungen erfordern gerade für Frauen, aber auch für Männer und insbesondere in Lebenszusammenhängen mit Kindern, ein hochgradig flexibilisiertes Management zwischen Arbeit und Leben. Hier ist ein physischer wie psychischer ‚Hochleistungssport‘ angesagt, der bekanntermaßen nur über einen bestimmten Zeitraum zu verkraften ist.

Er zeigt desintegrative Folgen vorrangig für Frauenerwerbsarbeit (vgl. Völker 1999; Peinl/Völker 2001). So ziehen sich Frauen einerseits entnervt und entmotiviert, vielfach entkräftigt sowie scheinbar freiwillig aus der flexibilisierten Erwerbsarbeit zurück. Sie wollen oder können die Zerrissenheit zwischen den unterschiedlichen, zum Teil sich widersprechenden Lebens- und Arbeitsanforderungen gerade mit Kindern, aber nicht nur, nicht mehr ausbalancieren. Besonders gravierend ist hier das Moment der Zeit- und/oder Ortsflexibilisierung von Arbeit, aber auch die körperlich schwer auszuhaltenden Permanenz der Kundenfreundlichkeit. Andererseits schrauben sie ihre Karriereambitionen zurück oder frieren sie zumindest für eine aktive Familienphase ein. Dies lässt sich begründen mit der Zeit, die eine betriebliche Position in praxi erfordert,

³³ Die Argumentationen in diesem Textteil beruhen auf einer gemeinsamen Veröffentlichung mit meiner Kollegin Susanne Völker (vgl. Peinl/Völker 2001). In ihr wird auch genauer auf empirische Befunde zu sich verändernden Erwerbsorientierungen und Lebensarrangements ostdeutscher Frauen im genannten betrieblichen Transformationsprozess eingegangen. Dazu liegt in Kürze auch die Dissertationsschrift von Susanne Völker vor.

aber auch mit der Unkalkulierbarkeit des betrieblichen Umbaus sowie den damit verbundenen Positionen.

Diese knapp skizzierten desintegrativen Effekte zeigen: Gewinnerinnen und Gewinner in dieser „schönen neuen Arbeitswelt“ (Beck) mit den aufgezeigten Gelegenheitsstrukturen für Frauenerwerbsarbeit sind zur Zeit eher qualifizierte, sich vor allem dauerhaft flexibel an ihre Erfordernisse anpassenden Arbeitskräfte. Dazu leben jene im günstigsten Fall in einer ebenso „schönen privaten Lebenswelt“. Sie wird an den erwerbsbezogenen Rationalisierungsanforderungen vermessen und reduziert sich u.U. auf eine Restgröße der einfachen, durch den Kauf gering bezahlter DienstbotInnenarbeit unterstützten, Reproduktion von Arbeitskraft. Wenig Raum gibt es hier für sozial verpflichtende Beziehungen.

Der Begriff des Möglichkeitssinns zielt darauf, das zu denken, was ebenso gut sein könnte (vgl. Oberbeck 1997, 152). Mit Blick auf die skizzierten erwerbsbezogenen Ambivalenzen bis Zumutungen für Frauen – und Männer – könnte auch eine politisch modifizierte und/oder anders regulierte Arbeitspolitik gedacht werden (vgl. Kern/Schumann 1998), und dies auch aufbauend auf die genannten Gelegenheitsstrukturen für Frauenerwerbsarbeit. Eine solche Arbeitspolitik müsste die komplizierte – weil monetäre gesellschaftliche Umverteilungsprozesse neu thematisierende wie regulierende – Aufgabe in Angriff nehmen, die Erwerbsarbeit konsensual ein Stückweit neu zu gestalten. Dies betrifft die betriebliche Ebene, reicht aber natürlich weit darüber hinaus in den gesellschaftlichen Raum. Auf der betrieblichen Ebene geht es um eine kontinuierliche und zertifizierte Qualifizierung jenseits der zunehmenden ad-hoc Qualifikation gerade von Frauen, die die Chance auf zukünftige Arbeitsmarktplatzierung in und außerhalb des Unternehmens erhöhen. Des Weiteren bedarf es einer Modifizierung der zur Zeit gültigen Arbeitszeitpolitik im Sinne einer Blockung vertraglich geregelter und damit für die Beschäftigten fest planbarer arbeitsfreier Zeiträume. Es geht um eine konsensuale Leistungs- und damit Entgeltpolitik und schließlich um eine betriebliche Förderpolitik des Zusammenhang von Arbeits- und Lebenswelt. Es geht also um eine weitreichendere Unterstützung privater Reproduktionsaufgaben. Jenseits dieses Suppentellerrands betrieblicher Arbeitspolitik liegen weitergehende, für die gesellschaftliche Kohärenz weitreichende

Gestaltungsaufgaben einer neuen Arbeitspolitik. Sie sind zu verorten zwischen der Reduzierung des Normalarbeitszeitverhältnisses, der geldlichen Anerkennung sozial-kultureller Dienstleistungsarbeit, der Unterstützung des zeitweisen Ausstiegs aus der Erwerbsarbeit, des Abbaus von Überstunden bis hin zur verstärkten Anerkennung von Teilzeitarbeit.

Erforderlich ist eine Arbeitsmarkt- und Geschlechterpolitik, die die strukturellen Gelegenheiten für Frauenerwerbsarbeit als Handlungskorridore politisch aufgreift. Dabei geht also um die Gestaltung einer Erwerbsarbeitswelt, die im Unterschied zu heute nicht sukzessive andere Lebenswelten okkupiert, sondern vielmehr geldliche, zeitliche, örtliche oder auch physische wie psychische Brückenbauten zu ihnen zulässt. Sie würde auch (wieder) Raum geben für eine deutlichere Selbstbestimmung von Frauen und Männern.

Das ist keine Antwort, aber ein Versuch des Miteinander-ins-Gespräch-Kommens.

Literatur

- Deutsche Bahn AG (1998): Personal- und Sozialbericht 1997. Berlin.
- Deutsche Bahn AG (2000): Personal- und Sozialbericht 1999/2000. Berlin
- Deutsche Bahn AG (2001): Personal- und Sozialbericht 2000/2001. Berlin.
- Bechtle, Günter/Sauer, Dieter (2001): Fordismus als Zwischenspiel? Zur heterogenen und ambivalenten Entwicklung des gegenwärtigen Kapitalismus. In: Wagner, Hilde: Interventionen wider den Zeitgeist. Für eine emanzipatorische Gewerkschaftspolitik im 21. Jahrhundert. Hamburg: VSA-Verlag, 86 - 98.
- Beck, Ulrich (1999): Schöne neue Arbeitswelt. Vision: Weltbürgergesellschaft. Frankfurt am Main/New York: Campus-Verlag.
- Gottschall, Karin (1995): Geschlechterverhältnis und Arbeitsmarktsegregation. In: Becker-Schmidt, Regina/ Knapp, Gudrun-Axeli: Das Geschlechterverhältnis als Gegenstand der Sozialwissenschaften. Frankfurt am Main/New York: Campus-Verlag, 125-246.
- Häußermann, Hartmut/Siebel, Walter (1995): Dienstleistungsgesellschaften. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Hickel, Rudolf (1999): Zukunftsfähige Politik für Arbeit und Umwelt - Thesen zur Konzeption und zu den Instrumenten. In: Fricke, Werner: Jahrbuch Arbeit und Technik 1999/2000. Bonn: Verlag J.H.W. Dietz Nachfolger GmbH, 199-217.
- Hüning, Hasko/Nickel, Hildegard Maria u.a. (1998): Finanzmetropole Berlin. Strategien betrieblicher Transformation. Opladen: Leske+Budrich.
- Hüning, Hasko/Nickel, Hildegard Maria/Peinl, Iris (2001): Erwerbsintegration und Geschlechterpolitik. In: Bulletin - Texte 22. Zentrum für interdisziplinäre Frauenforschung der Humboldt-Universität zu Berlin, 1-22.
- Jessop, Bob (2001): Kritischer Realismus, Marxismus und Regulation. Zu den Grundlagen der Regulationstheorie. In: Candeisa, Mario/Deppe, Frank (Hrsg.): Ein neuer Kapitalismus? Akkumulationsregime - Shareholder Society - Neoliberalismus und Neue Sozialdemokratie. Hamburg: VSA-Verlag, 16 - 40.
- Nickel, Hildegard Maria/Völker, Susanne/Hüning, Hasko (Hrsg.) (1998): Chancenstrukturen weiblicher Erwerbsarbeit. In: ZIF Bulletin 16. Zentrum für interdisziplinäre Frauenforschung der Humboldt-Universität zu Berlin.

- Nickel, Hildegard Maria/Völker, Susanne/Hüning, Hasko (Hrsg.) (1999): Transformation - Unternehmensreorganisation - Geschlechterforschung. Opladen: Leske+Budrich.
- Kern, Horst/Schumann, Michael (1998): Kontinuität oder Pfadwechsel? Das deutsche Produktionsmodell am Scheideweg. In: Bruno Cattero (Hrsg.), Modell Deutschland - Modell Europa. Probleme, Perspektiven. Opladen: Leske+Budrich, 85-97.
- Kocka, Jürgen (2000): Arbeit früher, heute, morgen: Zur Neuartigkeit der Gegenwart. In: Kocka, Jürgen/Offe, Claus (Hg.): Geschichte und Zukunft der Arbeit. Frankfurt a.M./New York: Campus Verlag, 476-492.
- Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen (zit. als: Kommission) (1997): Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland. Entwicklung, Ursachen und Maßnahmen. Teil III - Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungslage. Bonn.
- Kurz-Scherf, Ingrid (2001): 1000 Stunden sind genug! In: Claudia Lenz/Waltraud Waidelich/Elisabeth von Dücker/Anne Reichmann (Hrsg.): Hauptsache Arbeit? Was wird Maßstäbe. Modelle. Visionen. Hamburg: VSA-Verlag, 74-85.
- Kreckel, Reinhard (1998): Klassentheorie am Ende der Klassengesellschaft. In: Berger, Peter A./Vester, Michael: Alte Ungleichheiten. Neue Spaltungen. Opladen: Leske+Budrich, 31-47.
- Kreisky, Eva (2001): Die maskuline Ethik des Neoliberalismus - Die neoliberale Dynamik des Maskulinismus. In: femina politica. Zeitschrift für feministische Politik - Wissenschaft 2, 76-91.
- Krüger, Ute (2001): Jahresarbeitszeit in der Deutschen Bahn AG - wer kommt mit? In: Bulletin - Texte 22. Zentrum für interdisziplinäre Frauenforschung der Humboldt-Universität zu Berlin, 100 - 115.
- Lang, Sabine (2001): Das Reprivatisierungen im neoliberalen Geschlechterregime. In: femina politica. Zeitschrift für feministische Politik - Wissenschaft 2, 91 - 104.
- Lutz, Burkart (1984): Der kurze Traum immerwährender Prosperität. Frankfurt a.M.
- Oberbeck, H. (1997): Die Entwicklung der Arbeit in der Dienstleistungsgesellschaft. In: Altvater, E./ Haug, F./ Negt, O. u.a.: Turbo-Kapitalismus. Gesellschaft im Übergang ins 21. Jahrhundert. Hamburg: VSA-Verlag, 133-154.

- Pfarr, Heide (2000): Soziale Sicherheit und Flexibilität: Brauchen wir ein "Neues Normalarbeitszeitverhältnis"? In: WSI-Mitteilungen 5, 279-283.
- Peinl, Iris (1998): Aspekte ambivalenter Gelegenheitsstrukturen für Frauenerwerbsarbeit in ostdeutschen Niederlassungen der Deutschen Bahn AG. In: Zeitschrift für Frauenforschung 1+2, 40 - 46.
- Peinl, Iris (1999): Das Ende der Eindeutigkeiten. Zu Gelegenheitsstrukturen weiblicher Erwerbsarbeit in der Landesbank Berlin und der Deutschen Bahn AG. In: Nickel, Hildegard Maria/ Völker, Susanne/ Hüning, Hasko (Hrsg.).
- Peinl, Iris/Völker, Susanne (2001): Arbeit und Geschlechterverhältnisse im Umbruch: (Des)Integration der Lebenssphären. In: Berliner Journal für Soziologie 1, 63-76.
- Schui, Herbert u.a. (1997): Wollt ihr den totalen Markt? Der Neoliberalismus und die extreme Rechte. München.
- Sonderdruck aus den Amtlichen Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit (ANBA) (2000): Arbeitsmarkt für Frauen. Aktuelle Entwicklungen und Tendenzen im Überblick. Nr.4
- Thierse, Wolfgang (2001): Fünf Thesen zur Vorbereitung eines Aktionsprogramms für Ostdeutschland. In: <http://www.zeit.de/2001/02/thierse>.
- Türcke, Christoph (1996): Ausgrenzung. Die Aktualität eines Begriffs oder: Das andere Gesicht der Integration. In: Frankfurter Rundschau. 2.11.
- Völker, Susanne (1999): Erwerbsorientierungen und betriebliche Transformation. Selbstverortungen und Handlungsstrategien ostdeutscher Frauen bei der Deutschen Bahn AG. In: Nickel, Hildegard Maria/Völker, Susanne/Hüning, Hasko (Hrsg.).
- Voß, G. Günter/Pongratz, Hans J. (1998): Der Arbeitskraftunternehmer. Eine neue Grundform der Ware Arbeitskraft. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 1, 131-158.
- Wolf, Christa (1996): Medea. Stimmen. Gütersloh: Luchterhand.
- Warum Medea? Christa Wolf im Gespräch mit Petra Kammann am 25.1.1996. In: Hochgeschurz, Marianne (Hrsg.) (1998): Christa Wolfs Medea. Voraussetzungen zu einem Text. Mythos und Bild. Janus press, Berlin
- Zinn, Karl Georg (1997): Von der tertiären Zivilisation in die tertiäre Krise. Zum Verhältnis von Dienstleistungen und Produktion. In: Zinn, Karl Georg: Jenseits der

Markt-Mythen. Wirtschaftskrisen: Ursachen und Auswege. Hamburg: VSA-Verlag, 98-121.

Erika M. Hoerning³⁴

Frauen in den Zentren der Macht. Zur sozialen Konstruktion symbolischer Ordnung³⁵

1. Frauen als Arbeitsmarkt-, Bildungs- und Kaderreserve

Die hohe Frauenerwerbsquote, die kontinuierliche weibliche Erwerbstätigkeit und die entwickelte Erwerbsneigung der DDR-Frauen waren "Strukturmerkmale des Beschäftigungssystems der DDR-Gesellschaft" (Sørensen/Trappe 1995; Trappe 1995). "Dass in der DDR seit den siebziger Jahren jeweils rund die Hälfte aller Abiturienten, die Hälfte der Studenten und Beschäftigten weiblich war, galt der SED als Nachweis vollzogener Gleichstellung." (Helwig 1995, 1248) In den 1980er Jahren waren die Frauen in den unteren Hierarchieebenen der akademischen Massenberufe bemerkenswert vertreten. "70 Prozent aller Lehrer (mehr als 95 Prozent aller Erzieher, mehr als 90 Prozent aller Grundstufenlehrer), ca. 50 Prozent aller Ärzte, 57 Prozent aller Zahnärzte und sogar 68 Prozent aller Apotheker und schließlich 54 Prozent aller Richter (waren) Frauen" (Meyer 1986, 296). Von der Stunde Null bis zum Zusammenbruch hatte die DDR auf dem Sektor Frauenpolitik – so scheint es auf den ersten Blick – Außergewöhnliches geleistet.

Auf den zweiten Blick zeigt sich, dass die Verstetigung der geschlechtsspezifischen Berufswahl, der vergleichsweise schleppende Zugang von Frauen in Männerberufe und die Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern auf allen Beschäftigungsebenen trotz hoher Frauenqualifikations- und Beschäftigungsquote erhalten geblieben waren. Wenn wir dann den Frauenanteil *innerhalb* der einzelnen Berufshierarchien betrachten, treffen wir auf ein altes Phänomen: Frauen werden durch *Segregation* und durch *Marginalisierung* in die Erwerbsarbeit integriert. Herbeigeführt wurde dies durch die Frauenpolitik der DDR, die die Frauen "vorrangig nach der Familiensituation und weniger

³⁴ Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Lentzeallee 94, 14195 Berlin, Fon (030) 824-06 340; Fax (030) 824-9939, email: hoerning@mpib-berlin.mpg.de

³⁵ Dieser Beitrag ist die überarbeitete Fassung eines Referats, das auf dem 30. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie: 'Gute Gesellschaft'. Köln: 26.-29.09.2000, Sektion Biographieforschung, gehalten wurde.

nach den beruflichen Leistungen" beurteilt (Frauenreport '90, 96). Oder wie es Herta Kuhrig 1989 zusammenfasst: "Es wurde mehr Politik für die Frau als Mutter gemacht als Politik gemeinsam mit den Frauen für die Emanzipation ihres Geschlechts. ... Frauenpolitik wurde mehr und mehr zur Bevölkerungspolitik. ... Erfolge der Frauenpolitik wurden gemessen an Geburtenzahlen, nicht ... an ... sozialen Erscheinungen, die über den Stand der Emanzipationsprozesse des weiblichen Geschlechts Aufschluss geben ..." (ibid., 1139/1140). Die Frauenfrage in diesem Sinne war ein Nebenwiderspruch.

Strukturpolitisch waren die DDR-Frauen der 1950er Jahre die *Arbeitsmarktreserve* (Budde 1997, 185ff). Bis Ende der 1940er Jahre wurden die Frauen – nachdem sie während des Zweiten Weltkrieges häufig als Statthalterinnen die Positionen der Männer wahrgenommen hatten – in die zweite Reihe verwiesen. Selbst die Frauenfördermaßnahmen der sowjetischen Besatzer blieben vollmundige Versprechen. Die Stunde der Frauen der 1950er Jahre erschöpfte sich in "Frauen in Blaumännern, auf Traktoren und hinter Fließbändern" (ibid., 188), die Stunde oder die Zeit der Akademikerinnen war sie nicht. Die wenigen Frauen, die es in Spitzenpositionen schafften, wurden von Zeit zu Zeit als 'Paradefrauen' bzw. als einsame Pionierinnen vorgestellt, sozusagen die Ausnahme von der Regel. Auch waren häufig die Frauen, die höchste Positionen erreicht hatten, nicht in jedem Fall Vorbilder³⁶. Festgeschrieben wurde in der DDR in den 1950er Jahren das Idealbild der erwerbstätigen Frau.

Am Ende der 1950er Jahre, aber auch in den 1960er bis Mitte der 1970er Jahre wurden die Frauen die *Bildungsreserve* der DDR. Während die Frauen in den 1950er Jahren Kriegsausfälle und Abwanderungen kompensierten, setzte in den 1960er Jahren "der wirkliche Take-Off der Frauenförderung" (ibid., 191, Hildebrandt 2000; Steiner 2000) in der DDR ein, ausgelöst durch das 1961 verbreitete Kommuniqué "Die Frau - der Frieden

³⁶ Dass dieser Gedanke nicht abwegig ist, dokumentieren die Biographien über Hilde Benjamin (1902 bis 1989), die als bürgerlich kommunistische antifaschistische Kämpferin ihre Karriere als Oberstaatsanwältin und Kaderleiterin von 1945 bis 1949 begann, als gnadenlose Richterin von 1949 bis 1953 wirkte, mit harter Hand von 1953 bis 1967 das Justizministerium führte, bis 1967 maßgeblich am neuen Familien- und Frauenrecht der DDR beteiligt war und 1967 als Ministerin entlassen wurde. "Kaltgestellt mit Ordensblech und Ehrentitel" arbeitete sie bis zu ihrem Tod an der Akademie für Staatswissenschaften und Rechtswissenschaften (Brentzel 1997; Feth 1997). Die Akademie war eine Institution des Ministerrates der DDR für die Aus- und Weiterbildung für leitende Mitarbeiter des zentralen und regionalen Staatsapparats, der Justiz und des Auswärtigen Dienstes. Die Akademie galt als die fünfte juristische Fakultät neben den Universitäten Halle, Jena, Leipzig und Berlin (Ludz unter Mitarbeit von Kuppe 1979, 35/36).

und der Sozialismus", eine Initiative von Lotte Ulbricht. Die Frauenförderpläne wurden beschlossen und eingeführt. 1963 wurde das Frauensonderstudium und das Fernstudium eingerichtet, Stipendien für studierende Mütter wurden aufgestockt und Krippen- und Kindergartenplätze wurden kostenlos vergeben. Die Arbeitsorganisationen wurden rechenschaftspflichtig in Sachen Frauenförderung.

Mit der *Berufslenkung* sollten dann auch die alten Zöpfe der frauenspezifischen Ausbildungs- und Arbeitsplätze abgeschnitten werden, vor allem sollten Frauen in den 1960er Jahren die wissenschaftlich-technische Revolution unterstützen. Dieser politische Wunsch hatte keine Breitenwirkung. Lediglich wurden der Lehrer-, der Arzt- und der Richterberuf feminisiert, nicht jedoch die traditionellen naturwissenschaftlichen Berufe.

Gleichzeitig kam es zu einer *Diversifizierung* der wissenschaftlichen Arbeit. Die wissenschaftliche Arbeit geriet in den Zeitrhythmus der Industriearbeit, das heißt, Anfang und Ende waren vorgegeben, die Verantwortung wurde auf mehrere Gruppenmitglieder verteilt, Publikationsdruck bestand nicht. Dadurch wurden die wissenschaftlichen Standards und die Exklusivität porös (Budde 1997, 199/200). Die verschiedenen akademischen Berufsebenen, in denen zahlreiche hochqualifizierte Frauen zu finden waren, waren hocharbeitsteilig und hierarchisch organisiert, was den Effekt hatte, dass die wissenschaftliche Arbeit entindividualisiert und entautonomisiert wurde. In dieser Pyramide waren die Frauen häufiger als die Männer die wissenschaftlichen 'Sachbearbeiterinnen'. Die *diversifizierten Berufsebenen* wurden entweder aufgrund bestehender Traditionen (wie in der Medizinerprofession) übernommen oder neu geschaffen. Deshalb können wir nicht von *Deprofessionalisierung* reden, sondern es handelt sich um *Professionsdiversifizierung*, die die Erwerbsarbeit der Frauen begünstigte, aber auch gleichzeitig in Sackgassen führte.

Verspätet wurden die qualifizierten Frauen in den 1980er Jahren langsam aber stetig zur *Kaderreserve*. Der verspätete und (häufig selbst) beschränkte Zugang der Frauen in die Leitungsebenen akademischer Berufsfelder war immer nur – wie wir oben gesehen haben – ein partieller Zugang bzw. eine Integration auf den unteren Ebenen. Dazu kam die reale alleinige Verantwortung für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, entgegen dem

Familiengesetzbuch der DDR 1965. Die politische Konstruktion der Vereinbarkeit von Beruf und Familie verhinderte weitgehend Spitzenkarrieren und dadurch auch den Elitenwechsel in den Professionen. Die Schattenseiten der staatlich verordneten Frauenpolitik wurden von den Frauen nicht politisiert (ibid., 207). Auch hatte die weibliche Intelligenz kein Interessenvertretungsorgan und keine Lobby im "Demokratischen Frauenbund Deutschlands", dort zogen die Arbeiterinnen und Bäuerinnen an ihnen vorbei.

Wie aber gelang es nun wenigen Frauen in die Vorzimmer der Macht zu kommen? Um als Wissenschaftlerin oder Professionelle in Ämter der Politikberatung zu kommen oder ein Kombinat zu leiten, musste 'frau' zur Kaderreserve gehören. Um Kaderreserve in der DDR zu werden, genügte es nicht, sich im Bildungs- und Beschäftigungssystem zu qualifizieren und/oder in einer regierungsnahen Institution zu arbeiten und sich dort durch hervorragende berufliche Leistungen bemerkbar zu machen, sondern das Feld der gesellschaftlichen Arbeit musste mindestens ebenso engagiert bestellt werden. In der Kaderakte wurden die Leistungen im Bildungs-, Berufs- und politischen Verlauf, die soziale Herkunft und die politischen Leistungen der übrigen Familienmitglieder von den politisch beauftragten/ernannten Gralshütern (das waren LehrerInnen, AusbilderInnen, Pionier- und FDJ-LeiterInnen und Vorgesetzte) festgehalten, deren Auswertung schon sehr früh über den Zugang zu Bildungs- und Berufskarrieren, aber auch über den Zugang zu Positionen in der administrativen und operativen Dienstklasse (Solga 1994) entschieden.

Lassen wir die Partielite als herrschende Klasse (die Sekretäre, Mitglieder und Kandidaten des Zentralkomitees, Mitglieder und Kandidaten des Politbüros, die Leiter der Abteilungen des Zentralkomitees, die ersten Sekretäre der SED-Bezirksleitungen, sowie die Mitglieder der obersten Führungsgremien der parteiabhängigen Organisationen) hier einmal außer Acht, denn die Berufungen in diese Positionen folgten einem besonderen Prinzip, dem der höfischen Bestellung. Der Partielite standen die *administrative* und die *operative Dienstklasse* im staatssozialistischen Planungssystem zur Seite.

Zur *administrativen Dienstklasse* gehörte der Nomenklaturkader der Volkskammer, des Staatsrats, des Ministerrats, der staatlichen Plankommission, der Kombinarsleitungen, des

Militärs³⁷, der oberen Führungsgremien der Partei und der Massenorganisationen, der Führungsebene der wissenschaftlichen Institute der SED und der Akademie der Wissenschaft. Der Nomenklaturkader der administrativen Dienstklasse hatte in seiner Funktion als Leitungskader die Aufgabe des Nachbeschließens und der Durchsetzung der Parteibeschlüsse. Sie waren wissenschaftlich ausgebildete Experten, zumindest seit den 1960er Jahren (NÖS).

Der *administrativen* folgte die *operative Dienstklasse*, der alle mittleren Führungskader und die Angestellten angehörten, die hochqualifizierte Tätigkeiten (Expertenwissen, Professionalität) im Auftrag und per Delegation von Verantwortung ausübten. Die Mitglieder der *operativen Dienstklasse* waren wissenschaftlich ausgebildete Spezialisten ohne Leitungsbefugnisse, die die Entscheidungen vorbereiteten.

Wie nun aber sah die Lebenspraxis der professionellen Frauen aus, die zwar nicht zur sozialistischen Führungselite gehörten, aber sehr eng, bewusst und selbst gewählt im Sinne der herrschenden Parteipolitik in der *administrativen* Dienstklasse arbeiteten. Um das nachvollziehen zu können, möchte ich Ausschnitte aus den Bildungs- und Arbeitsbiographien einer Professorin für Soziologie an der Akademie der Wissenschaften der DDR und der Generaldirektorin eines Kombinats³⁸ vorstellen.

2. Die soziale Konstruktion der symbolischen Ordnung

Die Frauen waren einem Ruf gefolgt, der mehr als Professionalität forderte, nämlich, der Professionalität übergeordnet, die Loyalität mit der politischen Führung und ihren Beschlüssen. Es war ihre Aufgabe, auf den ihnen zugewiesenen Plätzen an der sozialen

³⁷ "Zu ergänzen ist noch, dass Frauen rechtlich bzw. faktisch vom Aufstieg in so herrschaftsrelevante Apparate wie Armee, Staatssicherheitsdienst und Polizei ausgeschlossen sind. ... Auch ein relativ hoher weiblicher Anteil an leitenden Kadern in bestimmten Tätigkeitsbereichen führt nicht zur 'Übernahme' als höherrangiger Parteifunktionär, wirkt sich also nicht im Sinne eines 'spill-over' aus, d.h. es gibt faktisch keine Konvergenz oder gar Kongruenz zwischen beruflichem Aufstieg und damit verbundenen Qualifikationserwerb einerseits und entsprechender Berücksichtigung bei der Rekrutierung in die höheren und höchsten Positionen der Machtelite andererseits. ... Insgesamt führen diese Mechanismen auch dazu, dass Frauen in politischen Leitungspositionen, in den Ausschüssen der Volksvertretungen oder in Massenorganisationen oder auch insgesamt in der öffentlichen Diskussion, vor allem für bestimmte Bereiche 'zuständig' sind - insbesondere für die Themen Frauen, Jugend, Soziales, Gesundheit, Bildung/Erziehung." (Meyer 1986, 296/297)

³⁸ Die empirische Basis bilden themenorientierte biographische Expertinnengespräche aus einer Longitudinalstudie über die 'Intelligenz' der DDR, die jährlich zwischen 1991 und 1994 durchgeführt wurden.

Konstruktion der symbolischen Ordnung mitzuarbeiten, sie zu verbreiten und auch durchzusetzen.

In diesem Sinne wird der Begriff symbolische Ordnung für die politische Ordnung der DDR- Gesellschaft verwendet. Es ist die politische Ordnung, die offiziell diskutiert und dokumentiert wurde. Die Aufgaben und Erwartungen in den Arbeitsprozessen sind definiert, werden kontrolliert, gelobt oder kritisiert, und die Evaluierungsprozesse durch die politischen Machthaber entscheiden über den weiteren Verlauf der beruflichen Karriere. Zu unterschiedlichen historischen Zeiten haben sich die ausgewählten Frauen als Mitglieder der *administrativen* Dienstklasse darauf verpflichtet. Auf der Arbeitsebene bedeutet das, dass sie mit ihren Arbeitsprodukten die politische Ordnung unterstützen und sie damit auch rekonstruieren und immer dann, wenn es um Konstruktionsprozesse gehen könnte, stoßen sie an die Grenzen ihrer Handlungsmöglichkeiten.

Da ist zunächst die Professorin für Soziologie, Leiterin des Bereichs Sozialpolitik an der Akademie der Wissenschaften, Jahrgang 1930. 1989 ist sie die Vorsitzende des wissenschaftlichen Rates³⁹ "Die Frau in der sozialistischen Gesellschaft" und Mitglied der administrativen Dienstklasse. Mit ihrer Forschungsgruppe an der Akademie der Wissenschaften erarbeitet sie Vorlagen, Expertisen, wissenschaftliche Studien zur Vorbereitung der Planung und Durchsetzung frauenpolitischer Maßnahmen. Als verschiedene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der ZEIT 1986 die DDR zum zweiten Mal bereisen (Dönhoff/Leonhardt/Sommer 1964; Sommer 1986), treffen sie die Professorin:

"Für die Frau, die wir zum Thema 'Frauen in der DDR' trafen, blieb uns kaum Zeit. Eine Stunde zwischen zwei anderen Terminen. Im Galopp musste Frau Professor ... ihr Programm absolvieren. Immerhin ist sie eine der Oberfrauen des Landes. Die Frauen sind ihr Beruf. ... (E)ine Frau, geübt im Umgang mit Männern, die Frauenfragen eher belächeln." (Menge in Sommer 1986, 83/184)

³⁹ Wissenschaftliche Räte waren forschungsleitend und -koordinierend. In den Gremien der wissenschaftlichen Räte wurde diskutiert und die Wissenschaftsorganisation festgelegt. Neben dem wissenschaftlichen Rat für naturwissenschaftliche Forschung gab es den wissenschaftlichen Rat für die gesellschaftswissenschaftliche Forschung. Die Gründung geht auf den Politbürobeschluss vom Oktober 1968 über die Entwicklung der Gesellschaftswissenschaft in der DDR zurück. Die wissenschaftlichen Räte waren für Ausgestaltung, Organisation und Koordinierung des 'Zentralen Forschungsplans' verantwortlich. Die Räte wurden Organisationen zugeordnet, und in diesem Konzept nimmt die Akademie der Wissenschaften eine herausragende Stellung ein (Zimmermann et al. 1985, 1522ff).

Die zweite Frau, Jahrgang 1942, ist Generaldirektorin eines Kombinats mit 8.500 Beschäftigten. 1989 gab es 175 Kombinate in der DDR, zwei Kombinate wurden von Frauen geleitet. Die Generaldirektorin Brunhild Jäger leitete das VEB Fotochemische Kombinat, Wolfen, die Generaldirektorin Christa Bertag, die hier befragt wurde, leitete das VEB Kosmetik Kombinat, Berlin.

Kombinate in der DDR 1989

Ministerium für ... Kombinate	Anzahl der	Generaldirektorinnen
allgemeinen Maschinen-, Land- maschinen- und Fahrzeugbau	9	0
Bauwesen	21	0
Lebensmittelindustrie	19	0
Chemische Industrie	15	2
Elektrotechnik/Elektronik	16	0
Erzbergbau, Metallurgie und Kali	8	0
Geologie	3	0
Glas- und Keramikindustrie	8	0
Handel & Versorgung	1	0
Kohle und Energie	23	0
Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft	13	0
Leichtindustrie	4	0
Materialwirtschaft	2	0
Schwermaschinen- und Anlagenbau	13	0
Umweltschutz und Wasserwirtschaft	1	0
Werkzeug- und Verarbeitungsmaschinenbau	6	0
insgesamt	175	2

Quelle: *Herbst/Ranke/Winkler 1994, 478-511.*

Die Generaldirektorin ist diplomierte Chemikerin und Absolventin eines dreijährigen gesellschaftswissenschaftlichen Studiums an der Parteihochschule.

Gemeinsam ist den Frauen, dass sie verheiratet sind. Die Professorin mit einem Aufbauer der 1950er Jahre, Jahrgang 1929, der von 1973 bis 1982 Minister war, dann aber entlassen und zum Vizepräsidenten der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft wurde. Die Generaldirektorin hat ihren gleichaltrigen Mann in der Arbeiter-und-Bauern-Fakultät (ABF⁴⁰) kennen gelernt, und von da an gehen sie gemeinsam nach Leuna ins praktische Jahr, zum Studium nach Merseburg und in die Ehe. Am Ende der DDR hat der Ehemann einen hohen ministerialen Rang in der administrativen Dienstklasse erreicht, und diese Karriere endet 1989. Beide Frauen haben Kinder, sie sind auch Großmütter, und sie sind in erster Ehe verheiratet. Zu Beginn des 20. Lebensjahres treten beide Frauen als überzeugte Mitstreiterinnen in die Partei ein. Beide haben die 'richtige' soziale Herkunft: das kommunistische Arbeitermilieu und die großen Vorbilder sind die Großeltern und deren Überleben im Nationalsozialismus.

Die Professorin, Jahrgang 1930, gehört zu den 'jungen Aufbauerinnen', die enthusiastisch die neue Zeit begrüßen und die auf jeden Fall an diesem neuen Staat mitarbeiten wollen.

"Also für mich war es überhaupt keine Frage, dass diese neue Zeit die Richtige für mich war, das war meine Welt, das wird unsere Welt, und das wird die bessere Welt."
(Gespräch 1991)

Die Bildungsbiographie der Professorin ist eine – wie viele Biographien der Aufbauer-Patchworkbiographie: von der Volksschule über die Wirtschaftsoberschule zur

⁴⁰ Die Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten (ABF) waren Studieneinrichtungen zur Erlangung der Hochschulreife an den Universitäten der DDR und gingen aus den Vorstudienanstalten am 1. Oktober 1949 hervor. Sie waren nach gesellschaftswissenschaftlichen, mathematisch-naturwissenschaftlichen und medizinisch-landwirtschaftlichen Einrichtungen gegliedert. Von einer Auswahlkommission, die unter der Leitung des FDGB stand, wurden Arbeiter- und Bauernkinder in einem dreijährigen Studium für den Übergang in die Hochschule/Universität delegiert und vorbereitet (Abschluss: Abitur). Bis zur Schließung 1963 gingen 33.729 Personen diesen Weg. Die ABF existierte bis 1989 an der Technischen Hochschule, Freiberg und an der Universität Halle. Neben dem Zugang zur Hochschule wurde auch auf das Auslandsstudium (in der Regel in der Sowjetunion) vorbereitet. Nach der Wende blieb die Einrichtung an der Universität Halle erhalten, wurde jedoch umbenannt in das "Institut zur Vorbereitung auf das Auslandsstudium". Das Delegationsverfahren wurde zugunsten eines freien BewerberInnenverfahrens geändert.

Fachschule für Wirtschaft und Verwaltung an die Universität Leipzig (zum Studium des Marxismus-Leninismus), danach fünf Jahre Assistentin und Marxismus-Leninismus-Dozentin an der Hochschule für Ökonomie, von dort delegiert an die Akademie für Gesellschaftswissenschaften zur Aspirantur. Sie promoviert 1962 und wird Sekretärin der Forschungsgruppe "Frau im Sozialismus" an der Akademie der Wissenschaften. Von 1968 bis 1978 leitet sie die Forschungsgruppe und ab 1978 wird sie wissenschaftliche Leiterin des Bereichs Sozialpolitik. Drei Jahre später wird sie zur Vorsitzenden des Wissenschaftlichen Rates "Die Frau in der sozialistischen Gesellschaft" ernannt und dadurch Mitglied der Frauenkommission beim Politbüro des ZK. Sie wechselt von der operativen in die administrative Dienstklasse. Ihre berufliche und politische Bindung an die herrschende Klasse verbietet ihr Kritik an der politischen und alltäglichen Praxis der 'Frauenfrage'. Erwartet wird von ihr, dass sie den Nebenwiderspruch, die Frauenfrage, im Sinne der Patriarchen löst, und dazu gehört es, dass alle "Muttis der DDR" einen Kindergartenplatz bekommen, wenn sie es wünschen (Menge in Sommer 1986, 185). Als Vorsitzende des wissenschaftlichen Rates gibt sie eine Zeitschrift zur Unterstützung der Praxis vor Ort und zur Rechenschaftslegung gegenüber ihren Gralshüter heraus, aber gelegentliche Versuche, ihre Kritik zwischen den Zeilen zu sagen, finden keine Resonanz, sondern im Gegenteil, verschiedenen Frauen, die sich wissenschaftlich, schriftstellerisch oder journalistisch mit diesem Thema befassen, wird sie suspekt und unglaubwürdig. Die übergeordneten Gralshüter geben ihr den politischen Takt vor.

"Ich rede jetzt nicht von Inge Lange (Kandidatin des Politbüros und zuständig für Frauenfragen, E.M.H.), da kamst du ja gar nicht ran, den unmittelbaren Kontakt hast du ja doch mit der Mitarbeiterin gehabt. Aber mit Inge Lange wurde es immer schlimmer. Aber sie saß eben im Politbüro als Kandidatin 26 oder 27 Jahre. ... Weshalb sie so auf Mutti-Politik gesetzt hat, sind wirklich auch ihre Grenzen im theoretischen Denken. Ihr war jeder Feminismus fern. In den Traditionen der Arbeiterbewegung, so wie sie sie auch verstanden hat, ist die Frau gegenüber dem Manne deshalb benachteiligt, weil sie Kinder kriegt. Also sie hat zu vereinbaren. ... Folglich muss man es ihr erleichtern. Das haben wir getan: Mädchen haben die gleiche Bildung, wir haben die Gleichberechtigung verwirklicht, Frauen haben das Recht auf Arbeit. Aber die Bedingungen für die

Wahrnehmung dieser Rechte sind unterschiedlich, und die hat sie eben nicht an Geschlecht gebunden gesehen, sondern an Mutterschaft." (Gespräch 1991)⁴¹

Bei den berufstätigen Frauen in den Betrieben vertritt sie, gebunden und bis zum Ende der 1970er Jahre überzeugt, die Frauenfrage im parteilichen Sinne. Danach wartet sie, die Tagesbefehle erfüllend – wie so viele – auf die biologische Lösung (Land/Possekel 1994, 1995, 1998; Reich 1992). Sie reproduziert mehr die symbolische Ordnung als dass sie 'konstruiert', oder anders gesagt: Ihre Konstruktionen sind freiwillig gebunden und verpflichtet auf die symbolische Ordnung der Politik, und das sind "unsere Muttis", denen Unterstützung von den Männern der Macht 'gewährt' wird. Schon vor, aber besonders deutlich nach dem Zusammenbruch der DDR wenden ihre wissenschaftlichen Kolleginnen und Kollegen ihr den Rücken zu, von Journalistinnen und Schriftstellerinnen wird ihr die Gefolgschaft verweigert. Nach dem Zusammenbruch der DDR hat sie weder als Wissenschaftlerin noch als Frau der politischen Praxis eine Gefolgschaft, die ihrem nunmehr kritischen Aufbruch, den sie 1989 in der Zeitschrift *Einheit* publiziert, folgt. Die wissenschaftlichen und politischen Aufbauerinnen und Aufbauer der DDR wurden nur sehr wenig in den Aufbruch nach 1990 von der nächsten Generation mit einbezogen; da ist sie keine Ausnahme: eine Generation, die kein politisches Erbe weitergeben kann (Hoerning 1996). Sie wird Ende 1990 - sie ist 60 Jahre alt - in den Ruhestand geschickt, bleibt Mitglied in der PDS und engagiert sich dort im Arbeitskreis zu Frauenfragen (LISA).

Die Generaldirektorin, Jahrgang 1942, wechselt nach der achten Klasse 1957 auf die EOS und in der 11. Klasse in die Arbeiter-und-Bauern-Fakultät mit Internatsbetrieb zur Vorbereitung auf ein Auslandsstudium in der Sowjetunion. 1961 macht sie ihr Abitur, ein Studienplatz Chemie in der SU steht jedoch nicht zur Verfügung.

⁴¹ Über die Aufbauer sagt *Theo Sommer*, der mit *Marion Gräfin Dönhoff* und *Rudolf Walter Leonhardt* die DDR bereist hatte, zu einer Zeit, als die Professorin bereits die Sekretärin der Forschungsgruppe "Frau im Sozialismus" war: "Es war schließlich die verblüffendste Erfahrung unserer DDR-Fahrt, eine Erkenntnis, die mir jedenfalls am meisten zu schaffen gemacht hat: dass drüben soviel Lauterkeit am Werke ist, soviel Hingabe, soviel unbezweifelbar moralisches Wollen." (Dönhoff/Leonhardt/Sommer 1964, 110)

"Aber ich wollte unbedingt Chemie studieren und habe auf das Auslandsstudium verzichtet ... Ich bin dann (für das praktische Jahr, E.M.H.) nach Bitterfeld gegangen."
(Gespräch 1991)

Nach Abschluss des praktischen Jahres hat sie den Chemiefacharbeiterstatus erworben und beginnt 1962 mit dem Chemiestudium. Im zweiten Studienjahr heiratet die Generaldirektorin, im dritten Studienjahr tritt sie in die Partei ein und ihre Tochter wird geboren, 1967 macht sie ihr Diplom in Chemie und wird Betriebschemikerin bei Leuna. Fünf Jahre später – sie ist 32 Jahre alt und 1969 wurde ihr zweites Kind geboren – wird sie zum gesellschaftswissenschaftlichen Studium an die Parteihochschule delegiert. Nach dem Abschluss arbeitet sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Grundstoffindustrie beim ZK der SED und als sie 1986 zur Generaldirektorin berufen werden soll, weiß sie, dass der Wechsel von der operativen in die administrative Dienstklasse die "Mühen der Ebenen" bedeuten werden.⁴²

"Dann kam die Frage, es wird ein neuer Generaldirektor gebraucht im Kosmetikkombinat, und das lag auch in meinem Verantwortungsbereich, und da wurde die Frage an mich gestellt. Und ich habe mich mit Händen und Füßen gewehrt. Ich wollte das nicht, weil ich, wie soll ich das sagen, ich wusste, was ein Generaldirektor ist. ... Der Generaldirektor war eben für alles verantwortlich, für alles, was in der Volkswirtschaft nicht ging, war der Generaldirektor da. Ich habe damals, das war so in Freundeskreisen und die gingen bis in die Partei hinein, also bis ins Zentralkomitee, da konnte man sich schon über Probleme unterhalten. Und ich habe damals gesagt, der Generaldirektor, das ist doch eine prima Erfindung von Mittag (Wirtschaftsminister der DDR bis 1989, E.M.H.). Er hat dann immer jemanden, den er verantwortlich machen kann. Es war nicht der Minister verantwortlich und schon gar nicht die Parteiführung, sondern das waren die Generaldirektoren, die unfähig waren, diese Probleme zu lösen. Sie konnten sie aber gar nicht lösen." (Gespräch 1991)

⁴² Von den "Mühen der Ebenen" berichten in ausgezeichneter Weise Theo Pirker, Rainer M. Lepsius, Rainer Weinert und Hans-Hermann Hertle 1995 über die Wirtschaftsführung in der DDR, besonders der Beitrag von *Rainer M. Lepsius* "Handlungsspielräume und Rationalitätskriterien der Wirtschaftsfunktionäre in der Ära Honecker", 347-362.

Sie übernimmt diese Position, obwohl sie weiß, dass sie auf einem Schleudersitz sitzt, denn das Kombinat wurde über Jahre mit Verlusten von Männern geführt, die abgelöst wurden. Für die Übernahme stellt sie Bedingungen an das ZK: Zusage von Investitionen und einen 'machbaren' Plan. Sie erhält diese Zusage, eine außergewöhnliche Geste des ZK, die sie aus der Masse der Generaldirektoren heraushebt. Das nennt *Rosabeth Moss Kanter* (1977) "tokenism": Eine hohe Sichtbarkeit "aufgrund (der) Unterrepräsentation (von Frauen in diesen Positionen, E.M.H.)" (Müller in Wetterer 1995, 101ff), was den Frauen für ihre Zielverwirklichung Vorteile bringen kann. Sie sind aber gleichzeitig konfrontiert "mit machtvollen, unhinterfragten, stereotypen Wahrnehmungen all ihrer Handlungen." (ibid., 101). Innerhalb kürzester Zeit beherrscht sie das Spiel der Planzahlen und wie man sie erfüllt (vgl. Pirker et al. 1995).

"Im Jahre 1986 habe ich das Kombinat übernommen. Ab 1987 schrieb das Kombinat schwarze Zahlen und entwickelte sich sehr gut. Wir entwickelten uns zu einem der Besten in der chemischen Industrie, was nicht mal so gerne gesehen wurde, zumindestens nicht öffentlich. Da habe ich mich immer drüber aufgeregt." (Gespräch 1991)

Wie wenig sie aber das berufliche Feld 'neu' strukturieren kann, erfährt sie während der gefürchteten Leipziger Seminare, in denen der Wirtschaftsminister *Günther Mittag* erratisch mit 'seinen' Kombinatdirektoren abrechnet. Für die Generaldirektorin waren diese Seminare die Reinkarnation der Macht, denn dort wurden "gestandene Leute wie die Lämmer zusammengetrieben" und warteten darauf, dass sie dort nicht genannt wurden (vgl. Pirker et al. 1995, 248ff).

"Ich war einmal so weit, auf so einem Leipziger Seminar, da hatte mich der Mittag so gereizt, auch persönlich, da ging es ja immer nicht so fein zu. Da wollte ich aufstehen. Ich war die Wut, die glühende Wut und dachte, jetzt ist Schluss, das lasse ich mir nicht mehr bieten, egal was jetzt kommt. Dann aber kamen Freunde von mir, andere Generaldirektoren, die haben mich richtig festgehalten. Und sagten, mache das nicht. Was erreichst du damit, du wirst rausgeschmissen und an der Sache ändert sich nichts. So war es ja auch. Es gab ja Beispiele. Dann wäre ich jetzt vielleicht ein Märtyrer, ein Opfer des Systems." (Gespräch 1991)

Unter der wohlwollenden Mentorenschaft verschiedener Generaldirektoren und den Männern aus der administrativen Klasse unterhalb der Machtelite erlernt sie 'ihr' Handwerk. Sie kann ihr professionelles Wissen einsetzen und politische Erfolge erringen.

Vor der Übernahme des Betriebs durch die Treuhand nach der Wende war sie die Chefin von 8.500 Beschäftigten und 20 Zuliefererbetrieben. Nach der Privatisierung und dem Verkauf des Berliner Kernbetriebes an einen US-Interessenten 1993 arbeitet sie als Chief Operating Officer ... mit nunmehr 100 Beschäftigten (*Pirker et al. 1995, 237*). Sie muss sich in die neuen Bedingungen der Betriebsführung einarbeiten und sie muss tausende von Arbeitsverhältnissen kündigen. Über die Verbliebenen, inzwischen durchmischt mit Kolleginnen und Kollegen aus dem Westen, sagt sie:

"Die stehen hinter dem Unternehmen und die sagen, das muss was werden. Und wir wollen, entweder wir stehen so lange bis wir gewonnen haben, oder wir gehen gemeinsam unter. Die Motivation ist unglaublich.

Sie ist sicher nicht bis in den kleinsten Bereich vorhanden, aber in den entscheidendsten Positionen schon. Zum Beispiel auch unsere Leute im Vertrieb. Von denen ich ja sagte, dass wir sie aus eigenen Kräften rekrutiert haben. Alles Leute aus der Forschung, Doktoren und Leute aus dem Verwaltungsbereich, die nie was mit Vertrieb zu tun hatten. Geschult durch Außenstehende. Wir wussten ja selber nicht, wie es geht. Und wir haben alle dabei gelernt. Und es ist eigentlich auch eine tolle Sache, dass wir alle den gleichen Wissensstand haben. Und diese Leute, bei einigen hatte ich wirklich Bedenken. Und dachte, ob das man gut geht, wenn ich die nun auf die Händler loslasse. Und Sie glauben das nicht, die haben die besten Ergebnisse gebracht.

Das ist so eine innere Motivation: Also von mir hängt das ab, ob jetzt Umsatz kommt oder nicht. ... Ja, also insofern macht es auch Spaß. Man muss einen großen Optimismus haben. Wenn ich den nicht hätte und dann auch noch immer versuche, ein bisschen locker zu sein, dann hätte ich vielleicht auch schon aufgegeben. Die Belastung ist unheimlich groß. Manchmal würde ich mir schon so einen Ruhepunkt wünschen (Gespräch 1991).

Den Betrieb gibt es heute noch und die ehemalige Generaldirektorin ist eine umtriebige Geschäftsführerin geworden, die wiederum einen Tanker flott gemacht hat.

3. Zusammenfassung und Diskussion

Vorgestellt wurden professionelle Frauen, die der administrativen Dienstklasse angehörten. Wir sehen, dass die Selbstverpflichtung zur politischen Loyalität 'die' handlungsanleitende Maxime beider Frauen ist, wobei die Professorin im Verlauf ihrer Tätigkeit ihre professionelle Reputation verliert, während die Generaldirektorin von Stufe zu Stufe an Reputation gewinnt, so dass am Ende der DDR der Übergang in die Marktwirtschaft eine neue Herausforderung bedeutet. Und sie hat Gefolgschaft, während die Professorin weder gerufen wird noch Gefolgschaft hat.

Die Vorbilder zu diesem Prozess sind männlich und wenn in Bereichen die Vorbilder fehlen beziehungsweise wenn Bereiche von 'gewährender Pose' von Männern konstruiert und strukturiert werden, können Frauen nicht gewinnen. Und möglicherweise hat die 'gewährende Pose' der Männer in den Zentren der Macht viele hochqualifizierte Frauen der DDR davon abgehalten, sich in die männlichen Vorgaben einzutakten. In den Positionen der administrativen Dienstklasse ging es immer um die Rekonstruktion der symbolischen Ordnung, von der Konstruktion der symbolischen Ordnung in den Machtzentren waren die Angehörigen der administrativen Dienstklasse, so auch die Professorin und die Generaldirektorin, ausgeschlossen.

Aber neben den Frauen, die in der administrativen Dienstklasse arbeiteten, gab es auch die 'unruhigen' Frauen, die seit Ende der 1970er Jahre offensiv wurden. Das begann mit Büchern "... von Irmtraud Morgner, Christa Wolf, Gerti Tetzner, Brigitte Reimann, Helga Königsdorf und (mit) Maxie Wanders Ansatz eines 'literarischen Feminismus'..." (Budde 1997, 207) Und Christa Wolf bemerkte 1978 in ihrem Vorwort zu Maxi Wanders "Guten Morgen, du Schöne": "Wieviel Solidarität untereinander, wieviel Anstrengung, die eigene Lage zu erkennen, wieviel Spontaneität und Erfindertätigkeit in ihren Selbsthilfeunternehmen, wieviel Phantasie, welche Vielfalt (in der westlichen Frauenbewegung, E.M.H.). Ich kann nicht finden, dass wir in der DDR gar nicht davon

zu lernen hätten." (ibid., 207) Dieses Vorwort war ein Signal für zahlreiche Künstlerinnen und Akademikerinnen, sich mit den staatlich gesetzten Grenzen ihrer Emanzipation zu beschäftigen. In den DEFA-Filmen gab es widerspenstige Frauen, und Barbara Thalheim sang in den 1980er Jahren: "Ich bin eine Frau in der Gesellschaft, die von Männern geführt wird".

Literatur

- Brentzel, Marianne (1997): Die Machtfrau. Hilde Benjamin 1902-1989. Berlin: Links.
- Budde, Gunilla-Friederike (1997): "Paradefrauen. Akademikerinnen in Ost- und Westdeutschland". In: Dies., Hg., Frauen arbeiten. Weibliche Erwerbstätigkeit in Ost- und Westdeutschland nach 1945. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 183-211.
- Dönhoff, Marion Gräfin, Leonhardt, Rudolf Walter, und Theo Sommer (1964): Reise in ein fernes Land. Bericht über Kultur, Wirtschaft und Politik in der DDR. Hamburg: Die Zeit.
- Feth, Andrea (1997): Hilde Benjamin - Eine Biographie. (Justizforschung und Rechtssoziologie. 1). Berlin: Spitz.
- Frauenreport '90, siehe Winkler
- Helwig, Gisela (1995): "Frauen im SED-Staat". In: Deutscher Bundestag, Hg., Materialien der Enquete Kommission >Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland im Deutschen Bundestag<. Bd. III/2: Rolle und Bedeutung der Ideologie, integrativer Faktoren und disziplinierender Praktiken in Staat und Gesellschaft der DDR. (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages). Baden-Baden: Nomos; Frankfurt/M.: Suhrkamp, 1223-1274.
- Herbst, Andreas, Ranke, Winfried, und Jürgen Winkler (1994): So funktionierte die DDR. Bd. 2: Lexikon der Organisationen und Institutionen. Mach-mit-Bewegung - Zollverwaltung der DDR. (Handbuch. 6349). Reinbek: Rowohlt.
- Hildebrandt, Karin (2000): "Wissenschaftlerinnen in der DDR". In: Schulz, Günther, Hg., Frauen auf dem Weg zur Elite. München: Harald Boldt Verlag im R. Oldenbourg Verlag, 169-188.
- Hoerning, Erika M. (1996): Aufstieg und Fall der 'neuen' Intelligenz. Berliner Debatte INITIAL, 2: 21-32.
- Kanter, Rosabeth Moss (1977): Men and Women of the Corporation. New York: Basic Books.
- Kuhrig, Herta (1989): Brauchen wir ein neues Frauenbewusstsein? Einheit, 44, 12: 1135-1142.
- Land, Rainer/Possekel, Ralf (1994): Namenlose Stimmen waren uns voraus. Politische Diskurse von Intellektuellen in der DDR. (Herausforderungen. 1). Bochum: Winkler.

Land, Rainer/Possekkel, Ralf (1995): 'Symbolhafte Verweigerung' und 'Konspirativer Avantgardismus'. Abgrenzungen in politischen Diskursen von DDR-Intellektuellen. *hochschule ost*, 4, 3: 18-28.

Land, Rainer/Possekkel, Ralf (1998): *Fremde Welten. Die gegensätzliche Deutung der DDR durch SED-Reformer und Bürgerbewegung in den 80er Jahren*. Berlin: Links.

Lepsius, M. Rainer (1995): "Handlungsräume und Rationalitätskriterien der Wirtschaftsfunktionäre in der Ära Honecker". In: Pirker, Theo, Lepsius, M. Rainer, Weinert, Rainer, und Hans-Hermann Hertle, *Der Plan als Befehl und Fiktion. Wirtschaftsführung in der DDR. Gespräche und Analysen*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 347-362.

Ludz, Peter Christian, unter Mitarbeit von Johannes Kuppe (Hg.) (1979²): *DDR-Handbuch*. Herausgegeben vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen. Köln: Wissenschaft und Politik.

Menge, Marlies (1986): "Frauen von drüben". In: Sommer, Theo, Hg., *Reise ins andere Deutschland*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, 183-188.

Meyer, Gerd (1986): *Frauen in den Machthierarchien der DDR oder: Der lange Weg zur Parität. Empirische Befunde 1971-1985*. *Deutschland Archiv, Zeitschrift für Fragen der DDR und der Deutschlandpolitik*, 19: 294-311.

Müller, Ursula (1995): "Frauen und Führung. Fakten, Fabeln und Stereotypisierungen in der Frauenforschung". In: Wetterer, Angelika, Hg., *Die soziale Konstruktion von Geschlecht in Professionalisierungsprozessen*. Frankfurt/M.; New York: Campus, 101-117.

Pirker, Theo, Lepsius, M. Rainer, Weinert, Rainer, und Hans-Hermann Hertle (1995): *Der Plan als Befehl und Fiktion. Wirtschaftsführung in der DDR. Gespräche und Analysen*. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Reich, Jens (1992): *Abschied von den Lebenslügen. Die Intelligenz und die Macht*. Berlin: Rowohlt.

Solga, Heike (1994): 'Systemloyalität' als Bedingung sozialer Mobilität im Staatssozialismus, am Beispiel der DDR. (Arbeitsbericht. 10). Berlin: Max-Planck-Institut für Bildungsforschung.

Sommer, Theo (Hg.) (1986): *Reise ins andere Deutschland*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.

Sørensen, Annemette, und Heike Trappe (1995): "Frauen und Männer: Gleichberechtigung - Gleichstellung - Gleichheit?". In: Huinink, Johannes et al., Kollektiv und Eigensinn. Lebensverläufe in der DDR und danach. Berlin: Akademie Verlag, 189-222.

Steiner, Helmut (2000): "Frauen in der Politik und Wirtschaft der DDR". Erscheint in: Schulz, Günther, Hg., Frauen auf dem Weg zur Elite. Büdinger Forschungen zur Sozialgeschichte. (Deutsche Führungsschichten in der Neuzeit. 23). München: Boldt im Oldenbourg Verlag, 139-168 (Im Text wird aus dem Manuskript zitiert).

Trappe, Heike (1995): Emanzipation oder Zwang? Frauen in der DDR zwischen Beruf, Familie und Sozialpolitik. Berlin: Akademie Verlag.

Winkler, Gunnar (Hg.) (1990): Frauenreport '90. Im Auftrag der Beauftragten des Ministerrates für die Gleichstellung von Frauen und Männern, Dr. Marina Beyer. Berlin: Die Wirtschaft (zitiert als Frauenreport '90).

Zimmermann, Hartmut, unter Mitarbeit von Horst Ulrich und Michael Fehlauer (1985): DDR Handbuch. Band 1: A-L; Band 2: M-Z. Herausgegeben vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen. Köln: Wissenschaft und Politik, 2 Bde.

Zu den AutorInnen

Anne Goedicke

Dr. phil., Studium der Sozialwissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin und an der New School for Social Research, New York City, Dissertation an der Freien Universität Berlin, seit 1999 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung Berlin im Bereich „Bildung, Arbeit und gesellschaftliche Entwicklung“.

Arbeitsschwerpunkte: Lebensverläufe in Transformationsgesellschaften, Arbeitsmarkt und Betrieb, Mobilitätsforschung und Organisationssoziologie.

Erika M. Hoerning

Einzelhandelskauffrau, Diplom-Soziologin, Dr. rer. pol., Habilitation, Privatdozentin an der Freien Universität Berlin, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin.

Arbeitsschwerpunkte: Biographie- und Lebenslaufforschung besonders biographische Sozialisation, Lebenserfahrungen und biographisches Wissen; Generations- und Professionsforschung.

Michael Hofmann

Dr. phil., Privatdozent für Ästhetik an der Universität Leipzig und für Soziologische Theorie an der TU Dresden, Studium der Kulturwissenschaft, Forschungsarbeit auf den Gebieten Kultursoziologie, Sozialstrukturforschung, Transformationsforschung und Alltagsgeschichte,

Herausgabe mehrerer Bücher und zahlreicher Artikel in Zeitschriften und Büchern, wissenschaftlicher Geschäftsführer des Sonderforschungsbereiches 580 an den Universitäten Halle und Jena "Gesellschaftliche Entwicklungen nach dem Systemumbruch".

Iris Peinl

Dr. phil., Diplom-Philosophin. Von 1977 bis 1986 Assistentin an der Humboldt-Universität zu Berlin, 1983 Promotion mit einer Arbeit zu linksradikalen Politikauffassungen in der BRD, 1986 bis 1990 Mitarbeiterin an dem Institut für Soziologie und Sozialpolitik der Akademie der Wissenschaften der DDR. Forschungsschwerpunkte: historisch-spezifische Arbeitsteilungen, Sozialstruktur, empirische Sozialforschung, anschließend Mitarbeit an Forschungsprojekten zur Entwicklung von Frauenerwerbsarbeit im deutsch-deutschen Transformationsprozess, seit 1997 Assistentin am Lehrbereich „Soziologie der Arbeit und Geschlechterverhältnisse“ an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Arbeitsschwerpunkte: Arbeits- und Geschlechtersoziologie: historisch-spezifische Formen der geschlechtlich hierarchisierten Erwerbsarbeit, Tertiarisierung von Produktion und Erwerbsarbeit, Zusammenhang zwischen dem Umbruch des fordistischen Produktions- und Erwerbsarbeitsregimes und dem erwerbsbezogenen Geschlechterregime

Eva Schäfer

Dr. phil., Sozial- und Literaturwissenschaftlerin, in den 1980er Jahren Forschung zu Frauenbewegung, feministischen Theorien und Geschlechterverhältnissen, ab 1989 engagiert in der Unabhängigen Frauen- und Lesbenbewegung Ostdeutschlands, Forschung und Publikationen zu Frauenbewegung der DDR und Ostdeutschlands, Queer Theory und Biografien ostdeutscher Frauen im Transformationsprozess, ab 2000 Referentin für Geschlechterverhältnisse in der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Arbeitsschwerpunkte: Sexual Politics/Queer, moderne Lebensformen, Transformationsprozesse in Ostdeutschland.

Heike Trappe

Dr. phil., Studium der Soziologie an der Humboldt-Universität zu Berlin, zweijähriger Aufenthalt als Postdoktorandin an der University of North Carolina at Chapel Hill, seit

1997 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung Berlin im Bereich „Bildung, Arbeit und gesellschaftliche Entwicklung“.

Arbeitsschwerpunkte: Geschlecht und soziale Ungleichheit, Sozialstrukturforschung, Lebensverläufe im sozialen Wandel in Ost- und Westdeutschland.